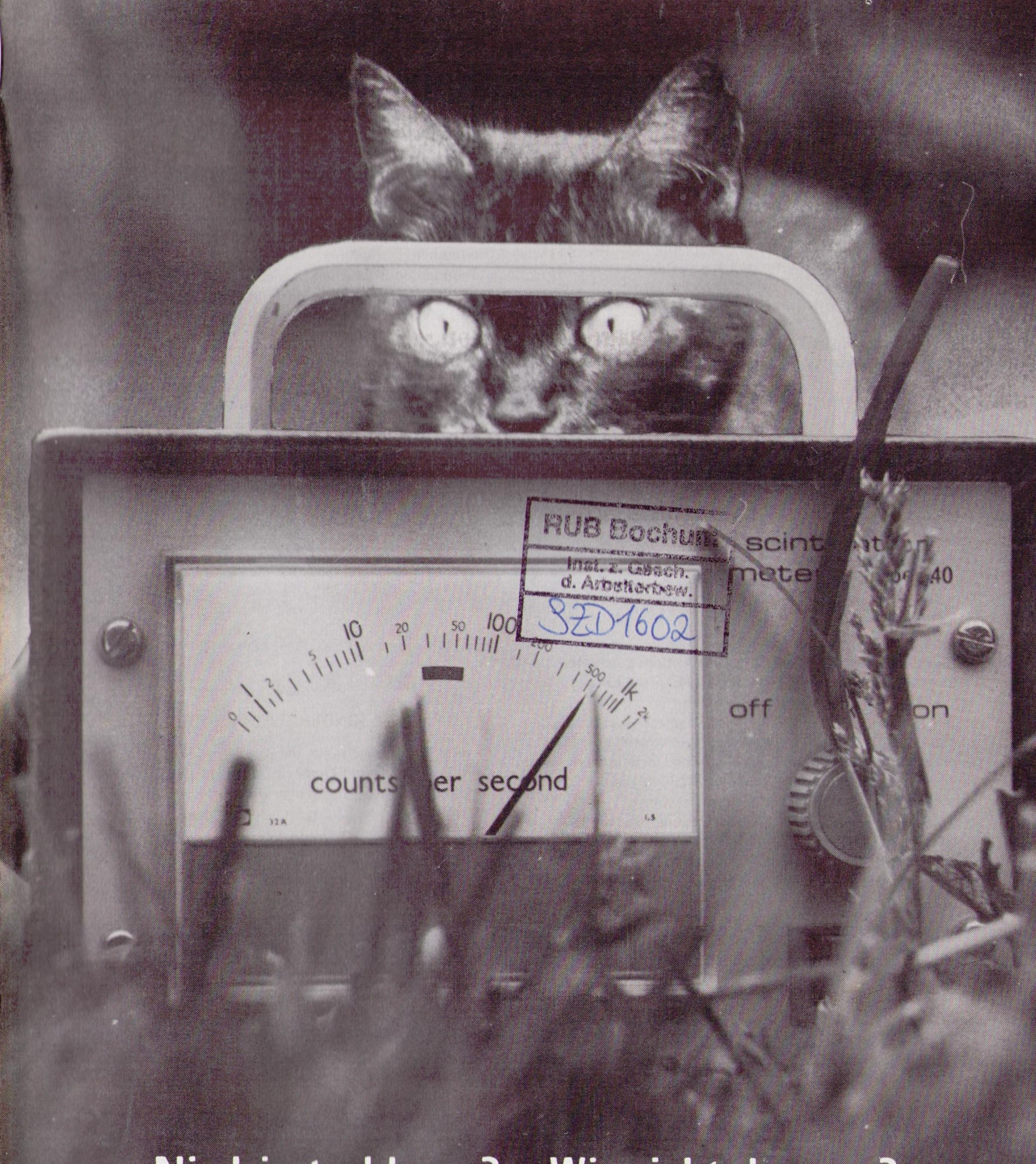
# Informations-Dienst

## zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 282 19. Mai 1979 1,50 DM incl. 6% Mwst. D 1870 CX






**Niedrigstrahlung ? Wie sieht die aus ?**

Hausmitteilung

## EIN SCHNELLERER ID IST EIN BESSERER ID

Wir verlegen den Redaktionsschluß vor, und zwar um einen Tag auf

!!!!!!!!!!!!!!!!!! **Mittwoch 16 Uhr** !!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Das gilt ab nächste Woche, also zum ersten Mal erwarten wir eure beliebten super-dringlichen Anrufe in letzter Minute am 23. Mai um 15 Uhr 59. – Der Sinn der Sache: wir können den ID am Donnerstag versenden, so daß ihn jeder Abonnent und Laden am Freitag hat. Und wenn die Post sich verspätet, dann kommt er immer noch am Samstag. Beim Freitagsversand dagegen kamen die verspäteten IDs erst am Montag, also nach dem Wochenende, bei den Abonnenten an. Fazit: in vielen Fällen liegt in Zukunft ein Tag weniger zwischen unserem Redaktionsschluß und eurem Briefkasten.

## BERICHTIGUNG

**Im letzten ID (Nr. 281) veröffentlichten wir eine Erklärung mit dem Titel: „Solidarität mit den dpa-Besetzern heißt: den Kampf weiterführen". Fälschlicherweise wurde im Vorspann angegeben, die Erklärung wäre von den dpa-Angeklagten selber. Diese Fehlinformation hat sich ohne unsere Erlaubnis einfach eingeschlichen; richtig ist dementgegen, daß uns die Erklärung anonym zugeschickt wurde.**

*ABRÜSTUNG JA BITTE*

*Der Vertreter einer angeblichen „Initiative gegen Abrüstung" auf S. 12 im ID 281 empfiehlt die Aufrüstung der betreffenden Einschiebung mit dem Wort „ABSCHIEBUNG".*

## NICHT IN NÜRNBERG

**Eine Berichtigung:**

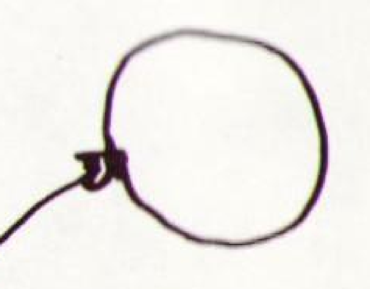
Die auf Seite 3 im ID 281 abgedruckte Aktionsbeschreibung wurde nicht in Nürnberg durchgeführt, sondern in Wiesbaden. Dieser Fehler ist aber nicht auf Eurem Rücken auszutragen, sondern auf dem Rücken der Verfasser. Wir, das Regionalblatt, haben dieselbe Erklärung bekommen. Ebenfalls anonym und was noch bekloppter ist, ohne Ortsbezeichnung. Dies ist aber für uns nicht so schlimm, weil wir die Örtlichkeiten kennen, aber für Euch halt sehr schwer. Und logischer Weise liegt der Schluß nahe, daß die Aktionen in Nürnberg stattgefunden haben. Also: wenn mensch noch nicht mal eine richtige Erklärung abgeben kann, dann ja dann....
liebe Grüße, Regionalblatt-Redaktion, Wiesbaden.

**Berlin** **Kulturabende geplant**

Im Bielefelder Umweltzentrum soll es demnächst 14tägig Kulturabende geben. Dazu werden noch reichlich Theater- und Song-Gruppen, Filme, Dias usw. gesucht, die möglichst immer einen Abend füllen sollten. Die Themen sind nicht nur auf den Anti-Atom-Kampf beschränkt.

*Kontakt: Umweltzentrum, 4800 Bielefeld 1, Friedrichstr. 52-54, Tel. 05428/1547*

## RAUCHT EUCH TOLL UND VOLL



Der Achim vom Münchner „blatt" ist hinter seiner Zeit zurück. Er will, daß im ID steht, daß es eine bundesweite Kampagne „Legalize Cannabis" geben soll, die angekurbelt werden muß. Und dabei läuft die doch schon längst. Da er aber so gerne angerufen wird und Briefe kriegt, sucht er Leute mit Ideen und Tips für die Kampagne, Gerichtsurteile und sonstwas.

**Kontakt: Achim, blatt, Georgenstr. 123, 8000 München, Tel.: 089 / 19 50 21 / 22**
**Im übrigen sind wir der Meinung:**
**DON'T LEGALIZE IT – SMOKE IT !!!**

**Bonn** **Gegenöffentlichkeit an der Universität? !?**

Am 24./25. Mai gibt's in der Gesamthochschule Wuppertal ein wichtiges Seminar, das die Basisgruppen-Fraktion in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) organisiert hat. Thema: „Informationspolitik, studentisches Pressewesen und Gegenöffentlichkeit".

*Interessenten wenden sich an Jutta Schultes, Friedrich-Ebert-Str. 146, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202/311689, um zu erfahren, wo sie schlafen können und um Seminarunterlagen zu bekommen, oder auch an den: Allgemeinen Studentenausschuß der Gesamthochschule Wuppertal, Tel. 0202/434930. Die Basisgruppen-Fraktion erreicht ihr über Albrecht Schmeissner, Kaiserstr. 71, 5300 Bonn, Tel. 02221/223075-77.*

*DER ID SINNT GLÜHENDEN HERZENS AUF DEN ERFOLG DES WUPPERTALER UNTERNEHMENS UND HOFFT AUF EINE PHANTASIEREICHE NACHFOLGE FÜR DEN ALLSEITS BETRAUERTEN HOCHSCHUL-INFORMATIONSDIENST, KURZ HOCHSCHUL-ID*

„na klar"

**NÜRNBERG – KINDERHUNGERSTREIK**

Kinder und Erwachsene, die Kinder bleiben wollen, rufen für den 2. Juni zu einer Demonstration (11 Uhr) und einem Hungerstreik auf dem Nürnberger Bahnhofsvorplatz auf. Sie fordern Freiheit von Eltern und Institutionen, sexuelle Selbstbestimmung (Herabsetzung des Schutzalters für sexuelle Beziehungen), Kinderräte in den Stadtparlamenten, keine Ausgangssperren nachts, Abschaffung der Schulpflicht.
**Kontakt: Indianerkommune, Mittlere Kanalstr. 34, 85 8500 Nürnberg, Tel.: 0911 / 26 67 86**

**Hannover** **Strompreisboykott**

Am 1. Mai 1979 haben 160 Haushalte in Hannover mit dem Strompreisboykott angefangen. Um die nächsten Aktionen (z.B. gemeinsame Einzahlung am 31. Mai 1979, 16 Uhr 30 bei den Stadtwerken) zu besprechen, findet am 25. Mai, 20 Uhr, im Raschplatzpavillon eine Vollversammlung statt.

*Kontakt: Helmut Siebels, Tel. 0511 / 456 907.*

**Köln Bestürzung über Todesschuß**

*Die Unterzeichner dieser Erklärung sind über die Erschießung von Elisabeth van Dyck bestürzt und schreiben:*
Nochstärker als nach der Erschießung von Willi Peter Stoll drängt sich der Eindruck auf, daß die Staatssicherheitsorgane eine kriegsmäßiege Strategie des ,kurzen Prozesses' verfolgen, durch welche die Ungelegenheiten eines regulären Prozesses vermieden werden sollen.
Wir verlangen, daß diese Polizeiaktion öffentlich untersucht und für diesen Einsatz Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Ingeborg Drewitz, Berlin
Max von der Grün, Dortmund
Gerd Hirschauer, München
Volker Schlöndorff, München
Peter Schneider, Berlin
Cristian Sigrist, Münster
Margarethe von Trotta, München
Angelika Wittlich, Köln

**MICHELSTADT – "MITBÜRGER" – EINE NEUE ZEITUNG**

In Michelstadt gibt es eine neue Alternativzeitung, den „Mitbürger!" – Odenwälder Flugschrift, die am 12. Mai zum ersten Mal erschienen ist. Ihrem Titel zum Trotz ist die Zeitung sehr lesenswert.
**Kontakt: „Mitbürger!", Neuthorstr. 19, 6120 Michelstadt, Tel.: 0 60 61 / 40 79**

**FRANKFURT – BROSCHÜRE ÜBER IRISCHE GEFANGENE ERSCHIENEN**

Die Broschüre enthält hauptsächlich Beiträge zu den berüchtigten H-Blocks und zum Kampf der irischen politischen Gefangenen um die Widererlangung des politischen Status.
Sie ist zu beziehen über das
**Irland-Komitee (WISK), 637 Oberursel 5, Postfach 35 und G. Westhoff, Falkstr. 52, 6000 Frankfurt**

**Hamburg Literatur zu Jugendwohngemeinschaften**

Die Hamburger Gruppe „Alternative Heimerziehung" hat eine Literaturliste zum Thema „Jugendwohngemeinschaften" heruasgegeben. Sie bittet um Vorbestellungen„damit sie die Höhe der Auflage und den Preis halbwegs finanzgünstig kalkulieren kann. Inhalt der Liste: Allgemeines zu Jugendwohnungen, Rechtsprobleme , Projekte, Erfahrungen, Konzeptionen, therapeutische Wohngemeinschaften, Selbstorganisation.
**Kontakt: Alternative Heimerziehung e. V. , Vereinsstr. 87, 2 Hamburg 6, Tel.: 040 / 43 28 65**

**FLENSBURG – KAMPF UM DEUTSCHE STAATSBÜRGERSCHAFT**

Tamara Tschikowani kämpft seit langem um die deutsche Staatsbürgerschaft. Die Tochter einer Deutschen und eines Staatenlosen führte mehrere Prozesse. Sie hat jetzt eine Broschüre über ihren Fall zusammengestellt ( 2.- gegen Vorkasse). Dokumentiert sind die Prozesse gegen die schleswig-holsteinsche CDU-Landesregierung, Stellungnahmen Abgeordneter, von Organisationen und Einzelnen und Presseausschnitte.
**Kontakt: Tamara Tschikowani, Kirchberg 3, 2391 Handewitt, Tel.: 0 46 08 / 13 08**

**Frankfurt „Rock gegen Rechts"**

Rock gegen Rechts muß finanziert werden (Frankfurt, 17. Juni, Auftakt der Kampagne). Platz, Anlagen, Spesen für Musikgruppen usw. kosten Geld. Wir meinen, daß ein Finanzierungsbeitrag von 5,– DM für jeden tragbar ist. Für diese 5,– bekommt ihr an Stelle einer banalen, langweiligen Eintrittskarte einen Button „Rock gegen Rechts". Um die Finanzierung zu sichern, muß der Vorverkauf praktisch sofort beginnen. Alle Buchläden, Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen von Nord bis Süd, die für uns Vorverkauf machen wollen, helfen uns, wenn sie sofort eine entsprechende Anzahl von Plaketten bei folgender Anschrift schriftlich bestellen:
*Aktionsbündnis Rock gegen Rechts, Kleine Hochstraße 5, 6000 Frankfurt, Tel. 0611 / 285 281.*
Wichtig: Gebt bitte Adresse und Telefonnummer an! Also: Schnell bestellen, möglichst schnell verkaufen und dann sofort das Geld an uns überweisen.



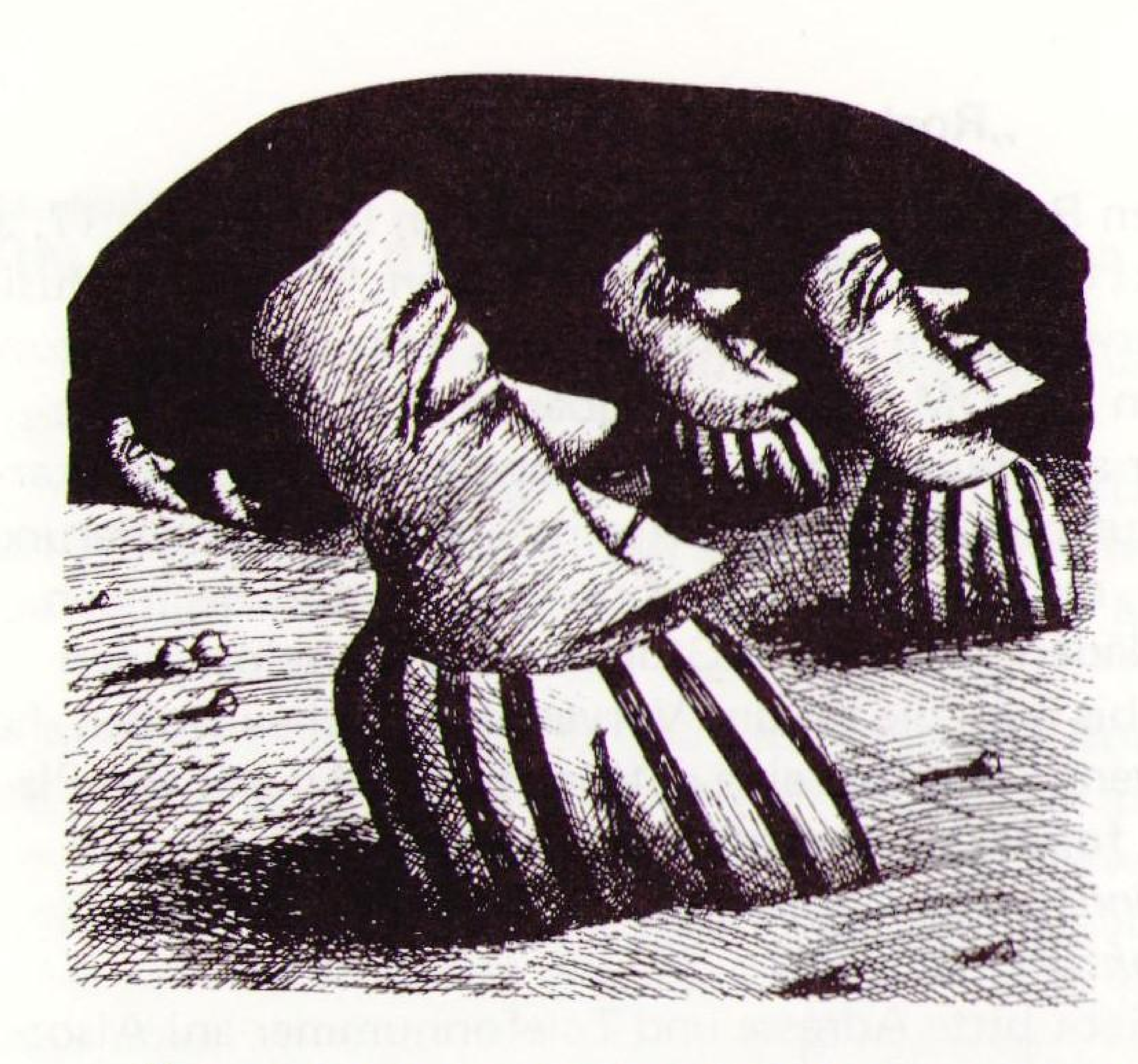
Rock gegen Rechts anno 1479

**MÜNCHEN – MIT BRECHT GEGEN CARSTENS**

Am 5. Mai trafen sich in Herne die Vorbereiter des „Anachronistischen Zugs" zur Bundespräsidentenwahl am 23. Mai nach Bonn unter dem Motto „Mit Brecht gegen Carstens". Bekanntgegeben wurde eine lange Liste der Unterstützer und Befürworter der Aktion (jede Menge „Prominente" von Abendroth bis Flechtheim). Hanne Hiob-Brecht wird während des Zuges rezitieren und will am 22. Mai in Bonn einen Abend mit Brecht-Gedichten gestalten. Ihr Kommen hat auch eine Delegation aus der französischen Stahlarbeiterstadt Longwy zugesagt. Der Marsch beginnt um 10 Uhr am Erzberger Ufer, 11 Uhr Markt, 12. 12 Uhr Beethovenhalle.
**Kontakt: Angelika Kammrad, Tulbeckstr. 4/Rckgb. 8 München 2, Tel.: 089 / 769 40 70**

**ERZHAUSEN – BOYKOTTIERT DIE EURO-WAHL**

Zu einem aktiven Wahlboykott ruft der Ulmi auf. In einem Brief schreibt er, daß er die Europawahlen für einen genausogroßen Schwindel hält wie die Wahlen überhaupt. Er möchte, daß es bundesweite Initiativen zum Boykott der Europawahlen und zur Abschaffung des Parlamentarismus und für Selbstbestimmung gibt.
**Kontakt: Ulmi, Friedrich Ebert.str. 124, 6106 Erzhausen**



## ÄRZTLICHE VERSORGUNG IM KNAST

Berlin 8.5.79 Mitte Januar hat Julia Weihe als freiwillige Mitarbeiterin in der JVA Lehrter Str. mit betroffenen einsitzenden Frauen eine Aufstellung von Kritikpunkten verfaßt, die die ärztliche Versorgung in der Anstalt betreffen. Diese Aufstellung haben mehr als 20 Frauen einer Station unterschrieben.

Julia Weihe schrieb einen Brief dazu, in dem sie sich der Auffassung anschloß, daß die ärztliche Versorgung in der Lehrter Str. katastrophal sei und um sofortige Abhilfe bat. Gleichzeitig konnte sie eine Unterschriftenliste von 6 freiwilligen Mitarbeitern zufügen. Alles zusammen hat sie an dafür in Frage kommende Stellen versandt (Senator für Justiz, Ärztekammer, Humanistische Union, Petitionsausschuß, Anstaltsbeirat).

Als Reaktion auf diese Aktion erhielt sie am 12.2. ein Schreiben eines Berliner Anwalts, der sie i.A. der praktizierenden praktischen Ärztin in der Lehrter Str. aufforderte, sich bis zum 5.3. wegen der von ihr aufgestellten angeblich unwahren Behauptungen (die ärztliche Versorgung in der Lehrter Str. sei katastrophal) zu entschuldigen und eine Kostenrechnung von knapp 200 DM zu begleichen. Sollte sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, würde er sie verklagen. Inzwischen hat Julia Weihe die Sache Rechtsanwalt Schily übergeben. Eine Entschuldigung kam für sie nicht in Frage, da sie lediglich auf die Mißstände bei der ärztlichen Versorgung in der Lehrter Str. hingewiesen hat, ohne damit eine bestimmte Person zu beschuldigen.

Aufgrund dieser Tatsachen hat sich eine Arbeitsgruppe aus knastinteressierten Bürgern gebildet, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Julia zu unterstützen und die Mißstände in der medizinischen Versorgung in den Berliner Justizanstalten öffentlich zu machen. Folgendes ist bereits geschehen:

Redebeiträge beim Rias-Treffpunkt am 22.3., auf einer Großveranstaltung der "Fabrik" am 17.3. und eine Veröffentlichung in der Frauenzeitung "Courage" 4/79. Besonders der Rias-Beitrag fand bei den inhaftierten Frauen und Männern große Resonanz. Weiter fanden Sitzungen im März und April bei dem Monatskreis Gefangenenbetreuung der Humanistischen Union statt, an dem verschiedene Arbeitskreise (AST, Ärztegruppe, AG Spak, HU, zentrale Beratungsstelle), Vollzugshelfer und freiwillige Mitarbeiter teilnahmen. Auf der letzten Sitzung wurde der Vorschlag, eine Bürgerinitiative "Gesundheit im Knast" zu gründen, zugestimmt. Ziel der Bürgerinitiative soll sein:

- SICH MIT JULIA WEIHE ZU SOLIDARISIEREN,
- DIE ÖFFENTLICHKEIT ÜBER DIE SITUATION DER ÄRZTLICHEN VERSORGUGN IN DEN HAFTANSTALTEN ZU INFORMIEREN (Pressekonferenz, Veranstaltung)
- MATERIELLE ABSICHERUNG ALLER KOSTEN

Alle, die die Bürgerinitiative unterstüzen wollen, können eine Anschluß- oder Beitrittserklärung abschicken:

**Kontakt: Julia Weihe, Claudiusstr. 5, 1000 Berlin 21**

## IRMGARD MÖLLER IST SCHWER KRANK

**Presseerklärung von RA Frommann:**

BERLIN/FRANKFURT 17. Mai „Seit dem 4.5. befindet sich Irmgard Möller zusammen mit anderen Gefangenen aus der RAF und der Bewegung 2. Juni im Hungerstreik. Unabhängig vom Hungerstreik ist ihr Gesundheitszustand infolge von

- über 7-jähriger fast ununterbrochener sozialer Isolation (seit 8.7.72)
- akuter Erkrankung der Ohrspeichel- und der Schilddrüse
- des Fehlens entsprechender ärztlicher Versorgung

besorgniserregend.

Wegen der akuten Erkrankung der Ohrspeicheldrüse ordnete Richter Bähr einen externen Spezialisten zur Untersuchung an und zwar zu einer Untersuchung ohne vorheriges Aus- und Umziehen. Die Staatsanwaltschaft verhinderte jedoch bisher die Untersuchung mit der Forderung, daß sie sich zu dieser Untersuchung nackt auszieht. Diesem Versuch, den ärztlichen Versorgungsanspruch zu mißbrauchen, um nur als Schikane zu verstehende Maßnahmen durchzusetzen, mußte sich Irmgard Möller verweigern. Inzwischen konnte erreicht werden, daß Prof. Müller Irmgard ohne Ausziehzwang untersuchen konnte, das Ergebnis dieser Untersuchung steht noch aus.

Irmgard Möller leidet seit Jahren unter einer Schilddrüsenerkrankung, zur Behandlung erhielt sie auf Verordnung des Anstaltsarztes Henk zeitweise täglich 3, in letzter Zeit täglich eine Tablette „Euthyrox". Dieser Behandlung wurde noch zusätzlich das Medikament „Tradon" zugesetzt, ein für die Schilddrüsenerkrankung ergänzendes, für die Stimulierung der Körperfunktionen notwendiges Medikament. Ohne ärztliche Untersuchung hat Anstaltsarzt Becker am 5.5.79 verfügt, daß Irmgard kein „Eutyrox" und kein „Tradon" mehr erhält. (Becker ist der Nachfolger von Henk.)

Irmgard hat in ihrem Schlußwort im Verfahren vor dem LG Heidelberg erklärt, daß Henk – und dies ist im Zusammenhang mit dem jetzigen Hungerstreik von Bedeutung – gerade deshalb abgelöst worden sei, weil er eine Zwangsernährung nur in einer äußersten Notsituation und ohne Verabreichung von Psychopharmaka durchgeführt hätte. Dieser Dr. Becker hat sogar Schritt für Schritt Irmgard sämtliche Zusatznahrungsmittel (1/2 Pfund Butter pro Woche, Quark und Milch täglich) gestrichen und ihr die täglichen Rationen an Calcium und den Vitaminen B, C, D entzogen. Dies begründet er damit, Irmgard Möller müsse – das sei das ärztliche Hauptproblem – vom Medikamentenmißbrauch befreit werden.

Dies alles geschah und geschieht vor dem Hintergrund massiver physischer und psychischer Auswirkungen der über 7-jährigen fast ausschließlichen sozialen Isolation, die allen Verantwortlichen spätestens seit dem Gutachten von Dr. Naeve und Dr. Stoewsand von 1975 bekannt sind und ständig verschärft worden sind. Zitat: „Die Frage nach der Haft- bzw. Verteidigungsfähigkeit der Patientin muß wie folgt beantwortet werden: Unter den Bedingungen, der Isolationshaft ist die Patientin weder haft- noch verhandlungsfähig."

Unter diesen Bedingungen besteht für Irmgard die Notwendigkeit, zum Hungerstreik als dem letzten Mittel der Gefangenen zu greifen. Es geht für sie, wie sie sagt, um das Überleben als Mensch. Angesichts dieser bereits jetzt lebensbedrohenden Situation, der am 18.10.77 erlittenen schweren Verletzungen, der anschließenden Operation und des Kreislaufkollapses vom 16.3.78 beim Versuch der Zwangsentkleidung, würde die bereits jetzt geplante Zwangsernährung das Leben von Irmgard akut bedrohen. Die Forderung nach Freilassung von Irmgard Möller steht auf der Tagesordnung.

**Kontakt: Rainer Frommann, Rechtsanwalt, Seestraße 42, 1000 Berlin 45, Tel. 030 / 461 10 14 oder 15.**

## ZEUGIN PROTESTIERT GEGEN HAFTBEDINGUNGEN

Berlin 7. Mai

**„Ich spreche von den Haftbedingungen in den deutschen Gefängnissen, die nachweislich zum Tode führen."**

So begann am 2. Mai die Erklärung von Esther Dayan-Ulivelli vor Gericht. Sie war als Zeugin im 2. Juni-Prozeß geladen; gerade deswegen sei es ihre unmittelbare Pflicht und ihr unverzichtbares Recht, sich in diesem Prozeß zu den Haftbedingungen zu äußern.

Seit Jahren sind die Haftbedingungen in deutschen Gefängnissen nicht nur menschenunwürdig, sondern in ihrer Konsequenz menschenvernichtend. Der verantwortliche Richter in diesem Prozeß hat in seiner bisherigen Praxis ebenfalls gezeigt, daß er nicht gewillt ist, die Haftbedingungen zu verändern. Darum hat sich Esther Dayan-Ulivelli auf das im Artikel 20 des Grundgesetzes verbriefte Widerstandsrecht berufen. Es heißt dort:

„... alle Deutschen haben das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Das Recht zum Widerstand wird zur Pflicht da, wo die Würde des Menschen angegriffen wird: „ . . . Sie zu achten und zu schptzen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt". (Art. 1 Grundgesetz).

**„Ich spreche von den Haftbedingungen in deutschen Gefängnissen . . ."**

Damit hatten die Richter am Kammergericht wahrlich nicht gerechnet. Sie sind es gewohnt, hier nur „prima Zeugen" (so der Richter Weiß) vorzufinden.

Unter Androhung von Beugehaft, Ordnungsstrafe und Zahlung der entstandenen Kosten hinderte der Vorsitzende Richter Geus die sechzigjährige Dozentin am Weiterreden. Gleichzeitig verwies er eine Zuschauerin, die wie andere Beifall geklatscht hatte, des Saales und ‚bannte' sie mit fünf Tagen Prozeßverbot. Erneut aufgefordert, nur ‚Zur Sache' auszusagen, machte Esther Dayan-Ulivelli von ihrem Widerstandsrecht gebrauch und erklärte, sie werde erst dann ‚aussagen', wen n nachweislich die menschenvernichtenden Haftbedingungen beseitigt sind.

Das Gericht verhing daraufhin Beugehaft „zur Aussetzung", 1000 .- Ordnungsstrafe oder ersatzweise 20 Tage Haft und Zahlung der entstandenen Kosten.

Als Zeugin in diesem Prozeß, so befand das Gericht, sei die Berufung auf das Widerstandsrecht unzulässig. Die Beugehaft wurde bis Freitag den 11. Mai ausgesetzt, damit sie „Gelegenheit habe", sich „rechtlich" beraten zu lassen.

Nachfolgend die Erklärung, die Esther hatte abgeben wollen:

**Wer schweigt, macht sich mitschuldig.**

**Ich spreche von den Haftbedingungen in deutschen Gefängnissen, die nachweisbar zum Tode führen.**

**Die Gefangenen sind der absoluten Willkür von Staatsschutz, Kriminalämtern, Gefängnisleitungen ausgeliefert, sie sind praktisch ohne Rechtsschutz.**

**Was die eine Institution zusagt, hebt die andere Institution wieder auf. Dieser Zynismus erstreckt sich auch auf Besucher, die so terrorisiert werden, daß Besuche möglichst da nicht mehr beantragt werden.**

**Wenn Hunde zu den an Menschen praktizierten Haftbedingungen gehalten würden, ginge ein Aufschrei durch diese Nation. In Bochum erhängte sich ein vierzehnjähriger Schüler am Ostersonntag in einer Isolierzelle. Der stellvertretende Leiter der Vollzugsanstalt, Oberregierungsrat Bockenheim, hat den Tod des Kindes bedauert. Der Mutter wurde der Zugang zu ihrem inhaftierten Kind verweigert.**

**Eine 21-Zeilen-Nachricht ist alles, was an die Öffentlichkeit dringt.**

**Das war ein Beitrag des ‚Modells Deutschland' zum Jahr des Kindes.**

**Die Vernichtungshaft droht jedem. Die Forderungen der Gefangenen müssen erfüllt werden.**

**Solange das nicht geschieht, verweigere ich jede Aussage.**

**Die Forderungen der Gefangenen, die bundesweit erhoben werden, sind:**

- **Die Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention und der anderen internationalen Konventionen über die Behandlung von Gefangenen auf die Gefangenen aus den antiimperialistischen Widerstandsgruppen**
- **Die Abschaffung der Spezialzellen und Isolationsbunker**
- **Die Zusammenfassung der Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen, wie sie von den Gutachtern seit Jahren gefordert wird, mindestens entsprechend dem Berliner Modell, d. h. den Haftbedingungen für die gefangenen Frauen in Berlin**
- **Aufhebung von Informationsbeschränkungen und der Trennscheibe**
- **Die Zulassung von externen Ärzten des Vertrauens**
- **Die Kontrolle der Haftbedingungen durch eine internationale Überwachungskommission**
- **Die Freilassung ohne Auflagen von Günter Sonnenberg, der infolge seiner Kopfverletzung haftunfähig ist.**

*(aus: Hungerstreikerklärung vom 20. 4. 1979)*

## EIN DURCHAUS ERNSTGEMEINTER VORSCHLAG

BOCHUM-HILTON 1. Mai

An den anonymen paranoiker, der den ID zum „teil der kaunterinsörtchenziemaschinerie" befördert hat (nr. 277, seite 2, „arschlöcher", „desorientiertheit", „informationsdienst zur verfälschung von nachrichten", „bullenpolitik" etc. etc.), und an den oder die knülche, die es vorn paar wochen in der gleichen richtung immerhin bis zum „staatsschutzblatt" brachten:

**GEHT NACH HAUSE UND SPIELT ALLEINE WEITER!**

Im namen nicht weniger eingesperrter rebellen

Knofo

— lt. steckbrief Norbert E. Kröcher —

(u.a. rädelsführer einer aktuellen vereinigung — 129 a abs. 2 — und seit mehr als zwei jahren in u-haft mit allen bekannten privilegien — trotzdem kein „folterfreak" oder „fighter" — aber daß u.a. eure sprache allein schon ankotzt, wurde bereits erwähnt.)

P.S.: KOMMANDOMELDUNG !

**Am soundsovielten hat ein kommando palästinensicher helden einen mutigen angriff auf den jerusalemer marktplatz durchgeführt. In einem heroischen kampf konnte das kommando dabei einen zionistischen schuhputzer und drei als marktfrauen getarnte israelische soldaten abmurksen, bevor es selber geschlachtet wurde. Wir gratulieren. Alles für den sieg im krieg-um-jeden-preis-und-gegen-jeden!**

(Drohbriefe und schmähschriften, briefbomben u.ä. sind an mich über den vorsitzenden des 6. strafsenats beim OLG, Cecilienallee 3, 4000 Rüsseldorf 30, zu senden).

*liebe grüße an alle ID-arschlöcher vom Knofo*

## DPA-BESETZER FREI – BIS AUF EINEN

Frankfurt 16. Mai — Am Montag, den 14. Mai hat der Vorsitzende im Prozeß gegen die 11 dpa-Besetzer 7 Haftbefehle aufgehoben. Zwei der Angeklagten waren schon zu Beginn des Prozesses freigelassen worden. Der Richter sah keine Fluchtgefahr mehr, da die zu erwartende Strafe voraussichtlich nicht höher als die bisher abgesessene Untersuchungshaft sein wird: über sechs Monate waren sie bis jetzt im Knast. Auch Simone Borgstedte wurde tags darauf freigelassen, die wegen Schwarzfahrens noch ein paar Tage absitzen sollte. Damit wäre nur noch einer in Haft: Wolfgang Beer, für dessen weitere Inhaftierung das Gericht keine Begründung gegeben hat, allerdings kann man vermuten, daß man ihn wegen seiner Vorstrafe nicht freilassen will.

Ferner faßte das Gericht den Beschluß, die Anklage auf den Paragrafen 129a zu beschränken: das bedeutet, das nicht mehr die Besetzung des dpa-Brüos der Gegenstand der Verhandlung ist (Anklage wegen Hausfriedensbruch und versuchter Nötigung), sondern nur noch die dazu abgegebene Erklärung. Nach der peinlichen Zeugenvernehmung des dpa-Chefredakteurs Schulze-Andree versucht das Gericht damit einer Beweisaufnahme zu entgehen, mit der die Verteidigung am Beispiel Werner Hoppe und Karl-Heinz Dellwo einiges zum Thema Isolation und Folter an Gefangenen in deutschen Gefängnissen ans Tageslicht bringen würde.

**Die nächsten Prozeßtermine sind: Montag, der 21. und Donnerstag der 24. Mai, jeweils 9.15 Uhr im Saal 165 c, Landgericht Frankfurt.**




## HUNGERSTREIKS VON GEFANGENEN

*Zur Zeit sind wieder etliche Gefangene im Hungerstreik. Unter ihnen Stefan Wisniewski in der JVA Frankenthal. Aus seiner Erklärung veröffentlichen wir den Abschnitt über seine Erfahrungen mit der Trennscheibe:*

„Aber zuerst noch einmal zu der Trennscheibe: Ist also ein Druchbruch zwischen zwei Zellen, ca. 1,5 auf ein Meter doppelte sehr feste Art Plexiglas, in dem sich keine Löcher befinden. Das Ganze ist in einem einrahmenden Stahlgerüst drin, was die Akustik zusätzlich besonders entstellt. Das Glas hat die Eigenschaft zu spiegeln, so daß man sich leicht doppelt sieht da drin. Das BKA ist meist auf der Seite der Besucher - je nach dem wer kommt, haben sie auch schon ein paar zusätzlich auf meine Seite gesetzt. Ich hab lange den Fehler gemacht, die sterile subjektive Erfahrung der Trennscheibe von den andern Bedingungen zu trennen, was sich verheerend ausgewirkt hatte für mich, da ich mit den Grünen bis auf das absolut notwendigste nicht reden kann, ist das mit dem Besuch oft das erste und einzige an Kommunikation nach Wochen überhaupt . Worauf sich natürlich alle Gehirnzellen und jede sinnliche Äußerung konzentriert vorbereitet, sozusagen der langersehnte Griff nach Lebendigem, Politischem. Halt all das, ohne das die eigene Identität zum Nichts verkommen muß.

Der Besuch verläuft „normal". Ich komm zwar nie voll zu dem, was ich mir vorgenommen hab, aber trotz aller innerer Aufregung oder Aufbäumung immer auch etwas Entspannung. Ein Reflex von Leben, bei dem ich während dem Besuch so fast vergesse, daß da 'ne Scheibe ist. - Die antiseptischen Bedingungen allerdings haben ihre Brutalwirkung erst in und durch die „Zeit". Der subjektive Maßstab ihrer Effektivität ist dabei die „Gewöhnung".

Beim Besuch selbst gibt es einen Grund zum Freuen. Und die Zeit da ist immer zu kostbar-knapp, um die Bedingungen, den Haß auf diese demütigenden Umstände auszudrücken oder gar praktisch zu artikulieren. Tausend Dinge vermitteln, erfahren und noch diskutieren, wie in Trance. Das gelegentliche „Hören Sie damit auf, sonst wird abgebrochen" von den BKA-Bullen hör und seh ich da fast gar nicht mehr. Der Begriff „Faschisten" läuft allein deswegen nicht als Antwort, weil es viel Wichtigeres gibt. Im Gegenteil, manchmal versucht das BKA grad über so Reibungsflächen, die Zeit nutzlos zu machen bis hin zu Provokationen, die auf den Abbruch des Besuches zielen.

Dann wieder zurück ins Kerkerloch, der Kreislauf total hochgepowert. Die Gehirnzellen fluktuieren mit einer Geschwindigkeit, daß 'ne lockere Reflektion des Besuchs nicht mal versuchsweise möglich ist. Also rein in die Leere. Ich guck noch auf den Zettel, den ich mir zuvor gemacht habe. Aber der Schlag sitzt zu tief, der da den ganzen Körper butterweich getroffen hat, der zu erdrücken droht, den Magen zusammenzieht, den Schädel in einem fast unscheinbar langweiligen Dauerton niederschreit. Die Arme schwach und die Beine faul macht. Aber ich kenn das - also mobilisier ich, reflektier den Besuch, schnell noch 200 Liegestütz auf meinen Fäusten. Aber der Feind ist weiter unsichtbar, das ist seine Gefährlichkeit und unerbittliche Härte, in der er auftritt, sich überall festfrißt, wo die eigene Blöße, Schwäche dafür Platz läßt.

Es ist mir klar, daß ich dieses feed-back der Trennscheiben-Besuche wieder in Griff kriege, es überwinde durch die Erfahrung, stärker zu sein, zu werden (der nächste Besuch ist schon in Planung). Aber die Frage taucht doch immer wieder auf, was bringen Besuche unter den Bedingungen? Soll ich überhaupt? Christoph W. hat mir neulich geschrieben, daß er auch so 'ne feed-back-Wirkung kennt, ähnliche Erfahrungen hat wie ich und auch die gleichen Fragen. Aber es war ein richtiger Kraftquell, das bei jemand anderem mitzukriegen (obwohl ich weiß, daß meine Bedingungen da nichts Besonderes sind). Einfach, weil schon so ein gemeinsames konkretes Bewußtsein Kräfte gegen die Ursache, den Feind, der sich hinter dieser eiskalten Technologie und Perfektion verbirgt, freisetzt, die vielleicht trotz allem noch in subjektivistischer Selbstbefragung gefesselt blieben. Weil der Feind wieder Konturen annimmt, der Trennscheiben-Besuch nur ein kleiner Schritt, aber immerhin was faßbares wird, mit dem genau diese sozialdemokratische Schreckensherschaft auf Dauer niedergerungen und besiegt wird. Das feed back bleibt, der Mensch wächst. Was ich hierbei gelernt habe, ist, daß ich den Isolations-Schocks nicht ausweichen kann. Es geht darum, sich ihnen entgegenzustellen, jeden Zipfel von Gemeinsamem nutzend und entwickelnd.

Und solange die „Gewöhnung" nicht die gewaltsame Auflehnung in eine Friedhofsruhe verwandelt

hat, kann das feed back der Trennscheibe nur zum Aufschrei des Widerstandes werden.

Am 6. April 79, nach über zehn Monaten grundsätzlicher Trennscheibe, war es mir dann zum ersten Mal möglich, meine tapfere Mutter zu umarmen, anzufassen - halt Zärtlichkeiten auszutauschen, die unsere manchmal unsichtbare, aber stärkere Front sind - gegen die eiskalte faschistische Maschinerie. Wir waren beide überrascht, da dies kurzfristig angeordnet wurde. Sollte also keine Entscheidung sein, sondern ein „Versuch". Aber auch die neuere Besuchsbeschränkung und meine Situation insgesamt gaben dem Ganzen dann trotz allem ein wenig den Beigeschmack einer „Henkersmahlzeit"...

*Kontakt: RA Helmut Funke/Rudolf Schön, Starkenburger Str. 84, 6000 Frankfurt 61, Tel. 0611/421049*

**Im Hungerstreik ist auch Angelika Speitel**

Sie trat am 10. Mai in unbegrenzten Hungerstreik. Sie fordert, zusammen mit anderen Gefangenen :

die Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention und der UNO-Menschenrechtsdeklaration, die Abschaffung der Isolation und der Kleinstgruppenisolation, die Abschaffung der Isoltionstrakts und -bunker, die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in interaktionsfähigen Gruppen von mindestens 15 Gefangenen (entsprechnd der medizinischen Gutachten), Untersuchung und Überwachung der Haftbedingungen durch internationale humanitäre Organisationen, sofortige Freilassung von Günther Sonnenberg, der schwer krank ist.

*Kontakt: RA Peter Kruse/Silvia Oster, Dagobertstr. 19, 4300 Essen 1, Tel. 0201/787061*

**Shaker/Zuth/Moehle: „Wer noch lebt, sage nicht: niemals. Das Sichere ist nicht sicher. So wie es ist, bleibt es nicht..."**

Im Butzbacher Gefängnis sind Tofe Shaker, Frank Zuth und Bernd Moehle am 14. Mai für die gleichen Forderungen wie Angelika Speitel in den Hungerstreik getreten. Sie schreiben dazu u.a.:

„...Hier in Butzbach, wo keine Gefangenen aus der Guerilla inhaftiert sind, diktiert das LKA unsere Haftbedingungen. Die Trennscheibe, die ursprünglich nur für Gefangene, die wegen § 129a einsitzen, geplant war, wird heute schon bei anderen Gefangenen angewandt, so z.B. in Schwalmstadt oder bei den Fixern in Preungesheim (Frankfurt).

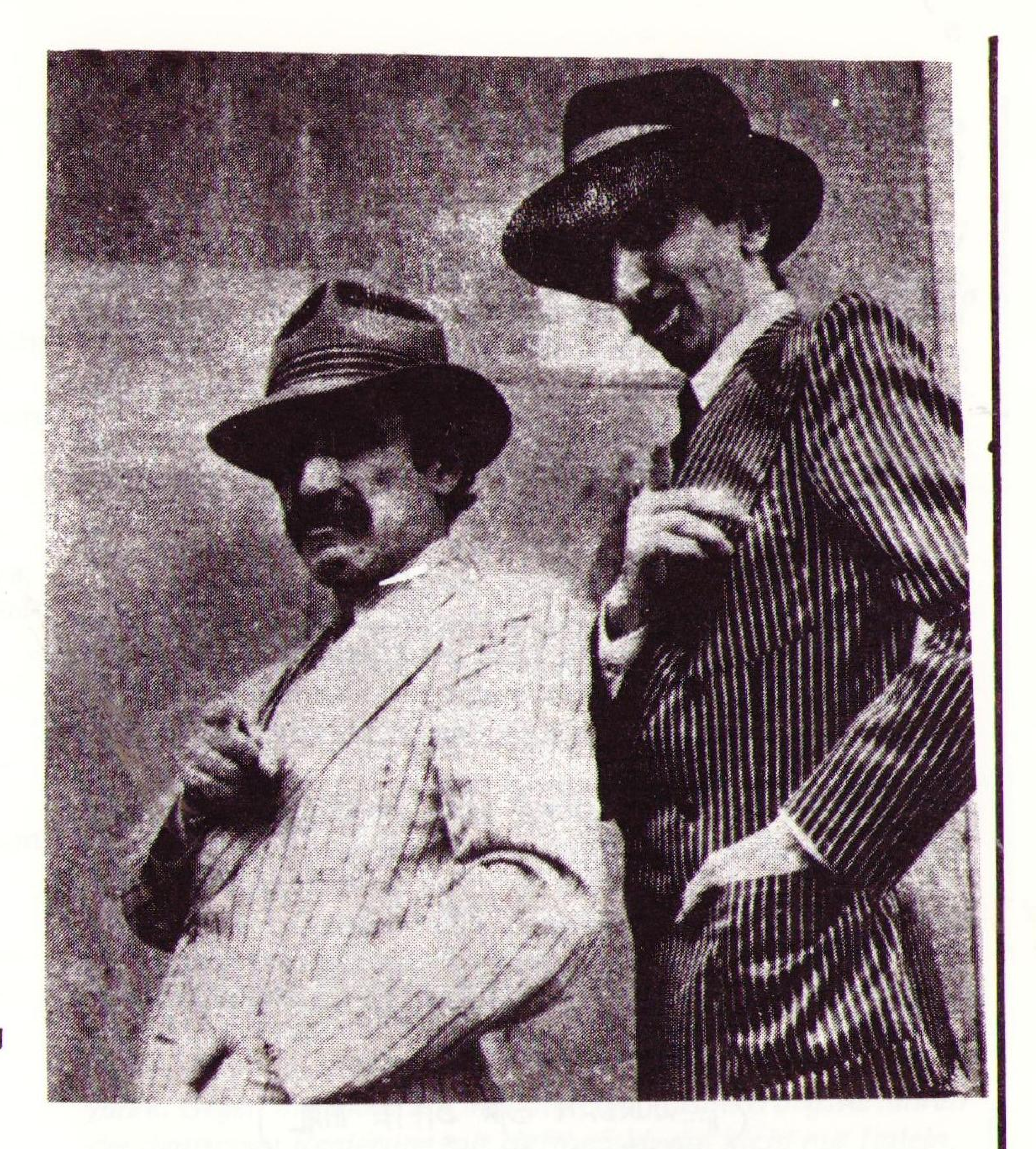
In den sogenannten Bunker- oder B-Zellen werden permanent Gefangene verschleppt und oft werden sie tot aus ihnen wieder geborgen, wie z.B. in Mannheim, Hamburg Glocke, Nürnberg, Berlin...

Die Spezialsicherheitszellen, die angeblich nur für Gefangene aus der Guerilla gebaut werden, sind heute auch mit sozialen Gefangenen belegt.

Die Ausdehnung der Vernichtungsmaßnahmen gegen die Gefangenen aus der Stadtguerilla ließen sich an weiteren Beispielen festmachen...

Die Spezialsicherheitszellen und „Toten Trakte" wurden und werden gebaut in Celle, Lübeck, Berlin, Bruchsal, Stammheim, Straubing, Landsberg und Schwalmstadt. Und sie werden früher oder später - wenn wir nicht schon heute zur Gegenwehr übergehen - für alle Gefangenen, die anfangen zu denken und anfangen zu kämpfen, offen stehen..."

*Kontakt: Tofe Shaker, Frank Zuth, Postfach 320, 6308 Butzbach. Bernd Moehle wurde inzwischen nach Kassel verlegt.*



## RUFMORD AN HENDRIK BICKNAESE

Göttingen
7. Mai

Der Göttinger Student und Schriftsteller Hendrik Bicknaese ist in der Nähe von Luino (Italien) am 29.3.79 von einer ca. 40 Mann starken, schwerbewaffneten italienischen Antiterror-Spezialeinheit (DIGOS), unter Leitung von zwei deutschen Beamten des Verfassungsschutzes, festgenommen worden.

Dieser Großeinsatz bot den Medien Anlaß genug, um aus der Festnahme eines deutschen Bürgers einen „erfolgreichen Schlag gegen den Terrorismus" zu konstruieren. So stand z.B. in der überregionalen Tageszeitung „Il Giorno" vom 31.3.79: „. . . H. Bicknaese ist wahrscheinlich eine Hauptfigur in der deutschen extremen Linken, mit Kontakten zur RAF. Nur so scheint die Anwesenheit von Antiterroreinheiten und des Verfassungsschutzes der BRD in Luino gerechtfertigt zu sein. . . " Derartige Falschmeldungen müssen vor dem Hintergrund der z.Z. in Italien stattfindenden Hetze gegen weite Teile der italienischen Linken gesehen werden.

Obwohl eigene Recherchen des Göttinger Tageblattes bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ergaben, daß Hendrik Bicknaese nicht auf deutschen Fahndungslisten steht und daß gegen ihn auch kein Verfahren läuft, kolportierte das Blatt die haltlosen Verdächtigungen der ausländischen Presse in unverantwortlicher Weise (vgl. Meldung im Göttinger Tageblatt vom 3.4.79).

Wie konnte es überhaupt zu dieser Verhaftung kommen?

Als Hintergrund muß hier Hendriks bisherige Auseinandersetzung mit der deutschen Justiz gesehen werden:

„. . . 1977 wurde er rechtskräftig zu 1 Jahr und 7 Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Ihm wurde ein Rauschgiftdelikt angelastet, das Urteil erging aufgrund fragwürdiger Zeugenaussagen und Indizien, die Verwerfung der Revision erfolgte nicht nur gegen den Antrag der Verteidigung, sondern auch gegen den Antrag der Staatsanwaltschaft. . . ", so schrieb Wolfgang Bittner in der Dokumentation „Ordnungsrecht in Aktion: Ausbildungsverbot gegen Hendrik Bicknaese."

Daraufhin betrieb Hendrik ein Wiederaufnahmeverfahren, das noch nicht entschieden war, als er im März 1978 die Aufforderung zum Strafantritt bekam.

Hendrik war völlig überzeugt, daß ein Wiederaufnahmeverfahren zu einem Freispruch führen müßte. Um nicht ein weiteres Jahr sinnlos hinter Gefängnismauern verbringen zu müssen, entzog er sich dem Strafantritt, indem er vorübergehend ins Ausland ging. Weil das Oberlandesgericht Köln den ersten Antrag auf Wiederaufnahme aus formalrechtlichen Gründen ablehnte, bereitet Hendriks Anwalt z.Z. ein zweites Wiederaufnahmeverfahren vor.

Hendrik kann von der deutschen Justiz aufgrund eines fragwürdigen Urteils wegen einer Reststrafe von einem Jahr (7 Monate der Strafzeit hat er hinter sich) belangt werden.

Während der politische Charakter des Urteilspruches bisher stets geleugnet wurde, trägt der Einsatz der ungeheuren Fahrdnungs- und Polizeimaschinerie, die für seine Verhaftung in Gang gesetzt wurde, eindeutig den Stempel politischer Verfolgung.

Erklärlich wird diese durch seine vielfältigen politischen Aktivitäten: dem Urteil voran gingen Agitationen/Aktionen im Knast, u.a. ein Hungerstreik mit dem Schriftsteller P.P. Zahl und 80 anderen Mitgefangenen in Köln-Ossendorf. In diese Zeit fallen auch die Beschlagnahmungen zahlreicher von ihm verfaßter kritischer Texte und Artikel. In Göttinger arbeitete




er in Initiativen gegen Wohnraumzerstörung und mit einer Gruppe zur Unterstützung Strafgefangener.

Gleichzeitig veröffentlichte er engagierte Texte zur politischen Situation in der BRD. Das führte — wenn auch uneingestanden — zum Versuch einer Zwangsexmatrikulation (Ausbildungsverbot) durch die Universitätsbürokratie.

Aus dem Haus, in dem Hendrik seit einem halben Jahr lebte, wo er sein Examen und ein zweites Buch vorbereitete, sind sämtliche Papiere, Schriftstücke, Zeitschriften und Bücher unkontrolliert fortgeschafft und beschlagnahmt worden.

Seit nunmehr 20 Tagen befindet sich Hendrik unter verschärften Haftbedingungen im Gefängnis von Varese. Jeglicher Besuch von Anwälten und nächsten Angehörigen wird ihm verwehrt; so werden in Italien nur politische Gefangene behandelt.

Der Repressionsapparat von Staat und Justiz, den Hendrik konsequent angeprangert hat, schlägt jetzt hemmungslos zurück. In Zusammenhang mit der massiven Rufmordkampagne einer sensationsgierigen Presse erinnern diese Vorgänge unwillkürlich an die „verlorene Ehre der Katharina Blum".

**KONTAKTADRESSE: Solidaritätskomitee Hendrik Bicknaese, Obere Karspüle 25, 3400 Göttingen, Tel. 0551/42767**

**BERICHT EINER VERHAFTUNG**

Italien, Provincia di Varese, 29.3.1979 — 6.30 Uhr, Val Veddasca, 900 m Höhe, in der Nähe der Grenze zur Schweiz, nur wenige km entfernt.
Eine BAITA, wie die alten Steinhäuser genannt werden, in herrlicher Lage, mit weitem Blick über das Land, hoch über dem See (Lago Maggiore).
Dort wird gebaut, es tut sich etwas. Zum Haus hin wird ein Maultierpfad ausgebaut, damit das Baumaterial herangeschafft werden kann. Eine Wasserleitung wird gelegt. Das Haus wird bewohnt.
Hendrik Bicknaese ist der einzige, der sich dort ständig aufhält. Daneben gibt es ein Kommen und Gehen. Von Freunden und Genossen. Er schreibt an einem Buch, in dem die letzten Knasterfahrungen zum Ausdruck kommen. Ausserdem arbeitet er als Lektor und Herausgeber in einem Schweizer Verlag mit. So fährt er häufig in die Schweiz.

Die Hühner, Enten und Kaninchen, Hund und Katze werden dann von den Leuten aus dem Dorf mitversorgt. Das Haus liegt einsam, etwa 2 km abseits über dem Dorf.
Hendrik fährt nach Zürich. Per Anhalter. Auch im März. Für eine Woche.
Der Bekannte eines Freundes, Clemens, fährt ihn dann zurück nach Italien. Zusammen mit zwei weiteren Personen, die sich anschließen. Er hat kein Auto. Sie fahren ihn nach Hause. Bleiben für eine Nacht bei ihm, um am nächsten Morgen aufzubrechen.
Es schneit über Nacht. 20 cm. —
Sie stehen früh auf. Um 6.00 Uhr. Am Frühstückstisch sind schon die einen. Hendrik geht nach draußen, um die Hühner zu füttern. Es schneit immer noch. Kuba, der Hund, hat sich unterm Bett versteckt. Frostig klirren die Bäume.
Da sind Schatten.
Da ist Watte, die die Schreie verschluckt.
Es ist alles so unwirklich: Die Schreie, die Schatten.
Sie nähern sich.
Vom Bach, den Hügel hinauf.
Oben vom Berg herunter. MP's in den Händen.
— Su le mani! (Hände hoch!)
— Fermati! (Beweg dich nicht!)
Es sind über 40 DIGOS (Spezialeinheit „Nucleo Antiterrorismo" di Milano), dazu Zivile. Offiziere, die das Unternehmen zu leiten scheinen. Sie sprechen deutsch.

Es sind Deutsche!
Zwei Beamte des Amtes für Verfassungsschutz. Sie haben das militärpolitische Unternehmen sorgfältig geplant. Und leiten es aus dem Hintergrund.
Hendrik wird nicht mehr in das Haus zurückgelassen. Er wird in die Scheune hinaufgeführt, die voll ist mit Baumaterial, aber auch Körbe und Kartons mit Briefen, Büchern und Material aus seinem „Archiv", Adressen, Zeitungsausschnitten, Manuskripten, das Entwürfe und Exzerpte vorläufig beherbergt.
Außerdem befinden sich dort oben 4 Betten und Matratzen, wo Freunde bis zur Fertigstellung des Hauses provisorisch beherbergt werden können.
Ein Gewimmel von Uniformen und Waffen.
Kartons werden geleert. Eine Flugblattsammlung entdeckt. Die Schätze rieseln vom Himmel.
Alte Liebesbriefe von Irlana, seiner Frau, werden inspiziert.
Ein Schuß aus einer MP.
Er hat sich versehentlich gelöst.
— Ausziehen.
Man will sehen, was er unter der Kleidung trägt.
Man betrachtet sich sein Knie. Man will ihn identifizieren. Anhand frischer Nähte und Wunden, die er dort haben soll. Man scheint sich mit seiner jüngsten Vergangenheit beschäftigt zu haben. Sie tuscheln. Ist er's oder ist er's nicht? Handelt es sich

um eine frische Schußwunde, die er wochenlang und zurückgezogen in der Baita pflegte, oder handelt es sich wirklich um einen kürzlichen Motorradunfall, wie ihnen die Leute aus dem Dorf berichtet haben.
Hendrik stellt sich dumm. Spricht nur gebrochen italienisch und scheint nichts zu verstehen.
Sie finden Bilder von ihm. Fragen, was und wer das sein soll. Ob er auf den Bildern falsche Haare trägt; denn Hendrik's heutige Stirnglatze scheint aus ihm in kurzer Zeit einen neuen Menschen gemacht zu haben. Man ist sich über seine Identität uneins.
Er will schließlich wissen, mit welchem Recht sie bei ihm eindringen, was sie suchen und warum. Auf englisch wird ihm bedeutet und auf deutsch, es handele sich um Waffen und Papiere, deretwegen man zu ihm gekommen ist. — Wir wissen genau, welchen Ruf Sie in Deutschland haben.
Sie wissen alles. Haben die Wahrheit mit Löffeln gefressen, und da ist nichts zu machen.
Stundenlang wartet Hendrik oben im Schnee auf aufsehenerregende Waffenfunde.
Clemens und dessen zwei Freunde halten sich unterdessen unten im Haus auf. Schließlich sollen alle zur weiteren Überprüfung der Identität nach Luino gefahren werden.
Getrennt voneinander fahren sie nach Luino. Vier Terrorspezialisten bleiben auch gegen Protest im Haus. Niemand bleibt anwesend, der darauf achten kann, daß nichts im Hause abgezogen und nichts ergänzt wird.
Das Haus ist sturmfrei.
Alles wird nun möglich.
Auch in Luino bleibt Hendrik von den anderen getrennt, die nach 12-stündigem Warten entlassen werden. Fingerabdrücke, Fotos, Funksprüche, dumme Sprüche sind die Beschäftigungen in der Zwischenzeit.
Er wehrt sich, seine Fingerabdrücke abzugeben. Will nicht fotografiert werden. Wird in eine Küche geführt. Soll sich dort die Hände waschen. Er weigert sich.
Fünfzehn DIGOS (Geheimpolizei) stürzen in die Küche.
Trainiert zieht der eine sofort die Rolläden herunter. Der zweite an Hendriks Brille. Der dritte ihn am Arm. Alles schreit.
— Adesso comincia il casino!
— Ti facciamo vedere cosa succede, se non fai cosa ti diciamo.
— Ti do un calzio in culo!
Sie packen ihn und nehmen die Fingerabdrücke. Auch auf die Fotos soll nicht verzichtet werden. Die Sache scheint ihnen also ernst und wichtig.

Abends um 19.00 Uhr wird allein Hendrik ins Gefängnis von Varese gebracht. Als Grund wird ein Auslieferungsbegehren per Telex aus der BRD angegeben. Für einen noch offenen Rest von elf Monaten Freiheitsstrafe aus einem Urteil von 1970, gegen das derzeit ein Wiederaufnahmeverfahren angestrengt wird. Immerhin: die Strafe ist derzeit rechtsgültig. Im Telex wird freilich eine Auslieferung für diese Verbüßung der Reststrafe „ed altro" („und anderem") verlangt. Niemand weiß, was darunter zu verstehen ist. Hendrik am allerwenigsten.

Soviel ist sicher: Die Aktion war gut vorbereitet. Hendrik scheint seit geraumer Zeit unter intensiver Bewachung gestanden zu haben. Und aus dem Telex der BRD sowie den Aussagen der Verfassungsschützer muß sich das Bild eines tollwütigen, um sich schießenden Terroristen ergeben haben.

Das beweist sich auch aus der aufgebauschten Darstellung der Presse, die ihr Wissen vom zuständigen Richter und den DIGOS bezieht.
So schreibt etwa „Il Giorno", Milano S. 4, am 30.3.79 in seinem ersten Bericht: *„Blitzaktion des Kommandos für Antiterrorismus in einer Baita in 1500 m Höhe — Waffen und fünf Deutsche in einer geheimen Base in den Bergen von Luino. — Die Carabinieri der Spezialtruppe „Antiterrorismus" aus Milano und Varese haben gestern eine „Base" entdeckt, die höchstwahrscheinlich von deutschen Terroristen benutzt wird für Operationen in Italien. Die innere Zone des äußersten Hochtals Val Veddasca ist schneebedeckt und gegenwärtig von Militär umgeben. In der Base, in äußerster Grenznähe zur Schweiz, wurden Waffen entdeckt, Hunderte deutscher und italienischer Dokumente ausgehoben, Namenslisten und Drogen.*
*Gegen einen von ihnen, Chef der Gruppe, läuft seit Monaten ein Auslieferungsbegehren der Deutschen Regierung...*

*Am Platz des Geschehens ist am Nachmittag ein Offizier der deutschen Polizei zur weiteren Zusammenarbeit bei den Untersuchungen eingetroffen. In der vorangegangenen Nacht um 2.00 Uhr hatte der für das Gebiet zuständige Richter Gaetano Taldone aus Luino auf Anfrage der Polizei verschiedene Genehmigungen auf Durchsuchung erteilt. (. . .)*
*Es handelt sich um das selbe Gebiet, wo 1974 über einen unbewachten Grenzübergang bereits zahllose Explosivstoffe eingeführt wurden und gestohlene Waffen aus schweizerischen Armeelagern gefunden worden waren, wofür die italienischen Behören seinerzeit Petra Krause und einige Züricher Anarchisten angeklagt hatte . . .*

„Il Giorno", Milano, S. 4 — 31. 3. 1979:
*„Luino — Von der RAF gesandt — der Deutsche verhaftet? (. . .) Ein Deutscher ist im Gefängnis von Varese, wird jedoch in den nächsten Stunden nach Milano zur Disposition der Procura Generale della Corte d' Appello transferiert werden; es handelt sich um Ludwig Hermann Henrik Bicknaese . . ., 32 Jahre. Gegen ihn läuft seit Monaten ein Auslieferungsverfahren der deutschen Regierung mit Haftbefehl, das nicht nur Italein, sondern auch anderen europäischen Nationen übersand worden war. Der gegenwärtige Rechtsstatus ist der einer „Provisorischen Verhaftung" ohne Haftbefehl, in Erwartung der Akten aus Detuschland, weil die Gefahr besteht, daß sich Bicknaese in die Schweiz begibt und dort von verschiedenen „Elementen" (man weiß noch nicht welchen) versteckt gehalten wird.*
*Henrik Bicknaese also ist mit höchster Wahrscheinlichkeit eine Person aus der obersten Etage in der Szene der Ultra-Linken der BRD, vermutlich ein Gesandter (wie man auf der Presse-*



*konferenz zu verstehen gegeben hat) der „Roten Armee-Fraktion": nur so läßt sich die zahlreiche Anwesenheit der Geheimpolizei des „Nucleo Antiterrorismo" aus Milano und von Funktionären des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus der Bundesrepublik Deutschland erklären.*
*(. . .) Niemand gibt Erklärungen gegenwärtig. Die Untersuchungen werden eilig vorangetrieben und in Milano wird das Material gesichtet (Dokumente, Papiere, Namenslisten, Zeitungsausschnitte, Verabredungen, Termine) *..*
*Das Haus, „Casa Morandin" genannt, befindet sich im nördlichen Zipfel der Lombardei, wo ein riesiges Kraftwerk in der Nähe Elektrizität für Italien, die Schweiz und Deutschland produziert.*
*Während Bicknaese sich offiziell im Gefängnis für Vergehen befindet, die sich in der Bundesrepublik Detuschland auf Drogen beziehen (nur mit dieser Beschuldigung und nicht mit der Anschuldigung eines politischen Verbrechens kann eine Auslieferung aus Italien erfolgen gemäß der Vereinbarung für Auslieferungsverfahren zwischen Italien und Deutschland), . . . wurden alle anderen Personen auf freien Fuß gesetzt. (. . .)*
*„Es ist sicher, daß wir dieser Angelegenheit auf den Grund gehen und wir uns durcharbeiten", hat gestern der Kommandant der Carabinieri, Colonello Pietro Ferretti aus Varese in einer kurzen Pressekonferenz erklärt, für den „weitere fortgeschrittene Ergebnisse nicht auszuschließen" sind. (. . .)."*

In Hülle und Fülle tauchen da noch weitere Mutmaßungen, Annahmen, Verdächtigungen auf. Der Besuch des Außenministers Genscher wird in Verbindung mit der Verhaftung Henriks gebracht. — Merkwürdige Lichtsignale, die in den vergangenen Wochen über der Elektrizitätszentrale auftauchten, sollen den Verdacht bestärkt haben bei den Wachen der Zentrale dort, da sie sich immer in Verbindung mit PKW's bringen ließen, die deutsche Nummernschilder führten.
—Da wurden ständig Leute beherbergt, sowohl Deutsche als auch Italiener. Da wurden Kontakte zu den „Brigate Rosse" hergestellt. — Und es war schon immer eine Gegend, in der der Terrorismus und der Kampf dagegen eine wichtige Rolle spielten. Eine Gegend, angeblich geeignet als Durchgangsbasis für grüne Grenzgänger. Aber auch als Basis für Polizei und Carabinieri.
Und Henrik sitzt im Knast. Noch immer in Varese. Der Richter Cioffi hatte am 31. 3. 1979 lediglich die Aufgabe, seine Identität festzustellen. Im Beisein der Dolmetscherin Elisabeth Braun aus Varese und dem Anwalt Giuseppe Lanata (der jedoch die ganze Zeit nicht ein einziges Mal den Mund öffnete und nur seine Puppenpflicht erfüllte) eröffenete Richter Cioffi eine vorbereitete Erklärung, die Henrik unterschreiben könnte. Dann wäre eine Auslieferung im Schnellverfahren möglich. Innerhalb 48 Stunden nach Deutschland!
Dem konnte Henrik ohne Kenntnis des Inhalts und ohne Rücksprache mit einem Rechtsanwalts seines Vertrauens freilich nicht zustimmen. Jedoch wird ihm nicht erlaubt, auch nur eine Rechtsauskunft auch nur über seine gegenwärtige Rechtslage einzuholen: Weder ein Anwalt noch seine Frau dürfen Henrik jederzeit besuchen. Er befindet sich in „fermata della polizia", in Polizeigewahrsam, und das kann — nach den Terrorgesetzen von 1978 — bis zu 40 Tage dauern. Ohne Haftbefehl! Und ohne Rechtsbeistand!
Die REchtsanwälte, die Henrik Bicknaeses Fall klären sollen, sind einmal Avv. Bagriele Fuga in Milano und zum anderen Avv. Sergio Spazzali in Milano; letzterer bekanntgeworden als Verteidiger in den wichtigsten politischen Prozessen gegen autonome und militante Gruppen.
Daß es sich bei der Entscheidung vor dem Appellationsgericht in Milano auch um die darstellende Klärung der Verteidigung handeln muß, daß Henrik politisch Verfolgter ist, versteht sich nicht nur aus der beschriebenen Vorgehensweise des Vertassun gsschutzes im Ausland. Die Strafverfolgungsbehörden versuchten ja schon 1977 Henriks Existenz zu zerstören, indem sie den Rektor der Georg-August-Universität in Göttingen bewegten, Henriks Studium abzubrechen durch ein vorwegge nommenes Berufsverbot. Erst im August des vergangenen Jahres mußte der Widerruf der Immatrikulation, das Ausbildungsverbot seitens des Rektors vor dem Verwaltungsgericht in Hannover wieder rückgängig gemacht werden. Die Zerstörung von Existenzen durch politische Verfolgung in der BRD, , der sublime Terror mit dem, wie in diesem Fall, ein kritischer Schriftsteller endgültig eliminiert werden soll, wird in Milano zur Diskussion gestellt werden müssen.
Die militärisch-politische Aktion stand im Zeichen deutscher „Erkenntnisse" und beweist, daß es sich primär um politische Verfolgung handelt (und erst sehr verzögert um Auslieferung und Verbüßung einer Reststrafe). Zwar haben die Kommandanten des Unternehmens einräumen müssen, daß sie nicht auf Anhieb fündig geworden sind, doch blieb deren Meldung stets offen. Weiterhin deklarierten sie das Haus in den Bergen als „terroristischen Stützpunkt" und sprechen ihre Hoffnung aus, auf weitere „Zusammenhänge" zu stoßen.
Das Haus blieb geöffnet und unter Aufsicht der Polizeistreitkräfte. Unter dieser Aufsicht — und so völlig unkontrolliert! — kann jeder Fund nachträglich möglich werden.
Es genügt nicht, daß die Anwälte protestieren. In deutschen und schweizerischen Zeitschriften muß eine Gegenöffentlichkeit und nicht nur zu diesem Fall, diesem eindeutigen Fall, Henrik Bicknaese, geschaffen werden!
Vielmehr sind die gegenwärtigen gigantischen Polizei-Aktionen in Italien Zeichen und Ausdruck einer schweren inneren Krise des Landes. Im Rahmen eines Herbststurmes ist das Land überfallen von einer Verhaftungswelle, der täglich neue Namen hinzugefügt werden. Die Führer der autonomen Bewegungen, Schriftsteller und Professoren werden in diesen Tagen in weit koordinierten Polizeimaßnahmen verhaftet: Toni Negri, Luciano Ferrari-Bravo aus Padua; Oreste Scalzone und Franco Piperno aus Rom, Emilio Vesce, Direktor von Radio Sherwood, usw. Fünfzig Verhaftungen in Padua, Torino, MIlano, Varese, Rovigo allein in den letzten Tagen. (7. - 8. April 1979)

Hendrik's Adresse:
**Hendrik Bicknaese, Carcere di Varese, Via Felicita Morandi, 21100 Varese, Italien**

## LETZTE MELDUNG IM FALL HENDRIK BICKNAESE

Hendrik ist mitten in der Nacht zum 9. Mai freigelassen worden. Er konnte das Gefängnis aufgrund eines Fernschreibens der Procura Generale in Mailand verlassen und wurde von der politischen Polizei (DIGOS) in Empfang genommen. Dort verbrachte er sieben Stunden, in denen versucht wurde, ihn erneut einzuknasten. Dann entschied ein Richter, daß er 40 Tage auf freien Fuß gesetzt und nicht an die Schweiz oder die Bundesrepublik abgeschoben oder ausgeliefert wird (wegen Kompetenzstreitereien der verschiedenen Ämter).

Hendrik Bicknaese erhielt für diese Zeit eine Aufenthaltserlaubnis für Mailand und rechnet jetzt täglich/stündlich mit einer erneuten Verhaftung. Diese Verhaftung wird erfolgen, sobald die ins Italienische übersetzten Unterlagen mit offiziellem Antrag auf Auslieferung aus der Bundesrepublik (Staatsanwalt Hofmann, Aachen) eingetroffen sind.

Hendrik bittet in einem kurzen Brief um Unterstützung.

## WAFFENSCHMUGGEL IN STAMMHEIM: WUNDER ÜBER WUNDER

STUTTGART-STAMMHEIM 17. Mai

**Aus der Verhandlung mit dem Kronzeugen Volker Speitel im Müller-Newerla-Prozeß**

KLEINE WIDERSPRÜCHE

Speitel ist am Mittwoch und Donnerstag von der Bundesanwaltschaft verhört worden. Schon dabei ergaben sich erhebliche Widersprüche in seinen Aussagen. Es gibt folgende Fragen:

- Wann wurden die Sachen (Waffen, Munition, Sprengstoff usw.) nach Stammheim hineingeschmuggelt?
- Wer hat es getan?
- Wohin wurden sie geschmuggelt?

Das Hauptproblem ist das Folgende: Nach allen Angaben, die bis jetzt gemacht wurden, wurden die Waffen und alles andere erst nach der Entlassung von Brigitte Mohnhaupt hineingeschmuggelt und vor dem Ende des Stammheim-Prozesses. Der Der Prozeß endete am 28.4.77, Brigitte Mohnhaupt war erst im Februar 1977 entlassen worden. So bleiben nach diesen ursprünglichen Angaben von Rebmann, wie unsere Recherchen damals ergaben, elf Tage, an denen das alles gelaufen sein soll. Jetzt wird nachgeschoben, daß mindestens die erste Waffe 's schon Ende '76 hineingeschmuggelt worden sei, aber niemand scheint sich klar zu sein, wann, wieso und wo. Doch: wo — das ist klar. Es ist alles übers Mehrzweckgebäude gelaufen, weil die Kontrollen im Knast Stammheim viel zu schlimm sind. Da wäre es mit Handakten nicht möglich gewesen.

Jetzt kommen wir dazu, daß nicht nur zwei Pistolen und ein ein sehr dicker Trommelrevolver, sondern auch Sprengstoffstangen, Militärzünder (mehrere), einige Kochplatten, Bügeleisenböden, Kopfhörer, ein Radio und viele kleine Gegenstände hineingeschmuggelt worden sein sollen. Wenn man genau fragt, was es alles war (was er, Speitel, geschmuggelt hätte) antwortete Speitel etwas verlegen dem Bundesanwalt: Sie müßten es ja wissen, Sie haben's ja da oben gefunden.

Heute kam auch die Frage, wieviele Container (nicht die großen Kisten aus dem Hafen sind hier gemeint, nein, speziell präparierte Handakten, in denen das alles geschmuggelt sein soll) Speitel präpariert hätte. Er sagte: fünf. Dann, etwas verlegen: vielleicht sechs oder sogar sieben. Aber nur Speitel hat solche Container gebaut. Diese Container seien vorauspräparierte Handakten gewesen, die man dann den Anwälten gegeben hätte.

Erste Frage: Wie kommen in nur fünf bis sieben solcher Handakten zwei Pistolen, ein Trommelrevolver, Kopfhörer, ein Radio und so weiter, auch Sprengstoff, Bügeleisenböden, mehrere Kochplatten und ziemlich viele verschiedene elektronische Kleinteile in die Zellen? Diese Geschichten kommen den kritischen Journalisten ein bißchen unwahrscheinlich vor. Denn so wie die Handakten vorgeführt wurden, sind das nicht einmal Schnellhefter, es gibt überhaupt noch keine schlagkräftige Vorführung von seiten der Anklage, wie solche Handakten ausgesehen haben sollen. Aber es sollen jedenfalls nicht Leitzordner gewesen sein. Sie konnten angeblich durch den Reißwolf gedreht werden. Man kann nur den Kopf schütteln, wenn man sich fragt, ob fest zugeklebtes Papier überhaupt so einfach in einen Reißwolf geht. Das ist auch später aufgefallen. Eine weitere Version ist, die Handakten-Container seien im Knast geblieben. Zitat: „Die meisten Container blieben ja drin, bei den Gefangenen." Man fragt sich wo.

KLEINE GEDÄCHTNISLÜCKEN

Das Kreuzverhör durch den Verteidiger Detlef Feuerborn aus Mannheim: Ein neuer Höhepunkt der Unsicherheit und Ungenauigkeit von Volker Speitel. In seinem eigenen Prozeß hat er noch klar ausgesagt, daß Rechtsanwalt Arndt Müller Zünder in seinem Taschentuch hineingebracht hat; heute stellt er fest, die Zünder seien ja zu groß für's Taschentuch. Müller habe sie in der Unterhose transportiert. Im Gegensatz zu dem, was er behauptet, wenn er über die Akten redet, sagt er, die Rechtsanwälte werden total gefilzt, besonders von einem Beamten Götz, der anscheinend auf die Geschlechtsteile von Rechtsanwalt Müller sehr scharf war. Zitat: Götz konnte seine Finger kaum in der Gewalt halten, wenn er Müller unten abtastete.

Auch zu dem Problem des Zeitpunktes, wann der Sprengstoff geschmuggelt wurde, über den Speitel heute im großen und ganzen ausgefragt wurde, konnte er nur eines sicher sagen: dies wäre nach der Zeit, als Brigitte Mohnhaupt untergetaucht war, also Mitte bis Ende März '77 gewesen. Neun bis zehn



*Photo: Spielende Kinder vor der Stammheimer Mehrzweckhalle im Mai 78 (Photo Max Watts)*

Stangen Sprengstoff, er vermutet ungefähr hundert Gramm pro Stange, seien ihm übergeben worden, er glaubt, ist sich nicht sicher.

Zuerst sagte er, er hätte nie vorher, oder kaum, oder nur einmal Sprengstoff gesehen. Dann, auf Nachfrage von Feuerborn, erinnert er sich doch, daß er in Paris Sprengstoff gebuddelt hatte, der dann für die Illegalen gewesen wäre. Das hatte er aber vorher total vergessen. Genauso lückenhaft blieben die Erinnerungen Speitels, als es um die Sache ging, wieviel von dem Sprengstoff er aus dem Depot in Stuttgart im Silberburgpark abgeholt hätte. Besonders ungenau blieben seine Erinnerungen, wann dieser Sprengstoff in das Gefängnis in Stammheim gebracht worden ist: Ende März, Anfang April, aber vielleicht auch später. Diese Frage ist äußerst wichtig, denn in der Originalfassung hat Rebmann gesagt, es wäre Newerla, der diesen Sprengstoff in seiner Unterhose herumtransportiert hätte (siehe ID 213). Newerla kam aber überhaupt nicht ins Mehrzweckgebäude, er hatte dort keinen Mandanten. Also muß je jetzt umgebaut werden. Vielleicht hat Newerla doch in seiner Unterhose ca. ein Kilo Sprengstoff transportiert. Direkt ins Gefängnis. Nur lief die Anklage von Anfang an darauf hinaus, daß das Mehrzweckgebäude der undichte Punkt sei. Mit etwas Erstaunen wurde von Speitel auch zur Kenntnis genommen, daß das Mehrzweckgebäude einfacher wäre. Angeblich, so Speitel, wurden die Gefangenen nicht untersucht, wenn sie vom Mehrzweckgebäude zurückgebracht wurden. Entgegen dem Verfahren bei normalen Knastbesuchen. Es bleibt bis zum Redaktionsschluß heute Nachmittag absolut unklar, wie und wann die Waffen dort hineingebracht worden sind.

Für den Hintergrund von all dem ist wichtig: Das Urteil für Speitel ist nicht rechtskräftig, er hat gegen das Urteil (drei Jahre) Revision beantragt, die Staatsanwaltschaft nicht, das heißt, die Strafe kann geringer werden, nicht höher.

Max Watts/ID

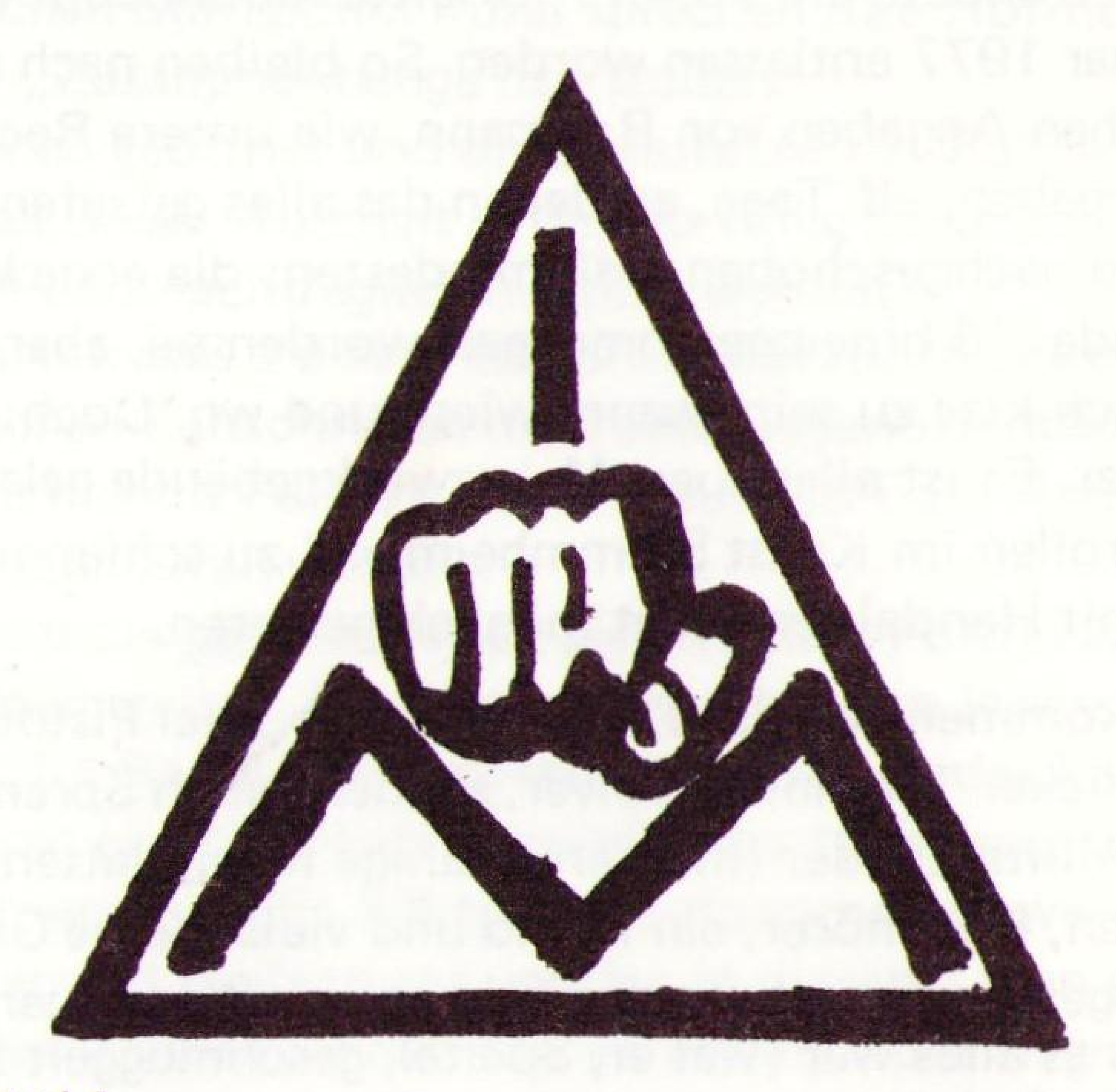
**Hamburg** **Prozeß gegen Horten-„Beleidiger"**

Am 25. Mai stehen der Autor F. C. Delius und der Berliner Rotbuch-Verlag vor der Zivilkammer des Landgerichtes Hamburg. Der Bankier, eingewanderte Schweizer und Liebling der bundesdeutschen Steuerbehörden, Helmut Horten, klagt gegen drei Zeilen des Delius'schen Gedichts „Moritat auf Helmut Hortens Angst und Ende" („Ein Bankier auf der Flucht").

# Revolutionäre Zelle in der IGM

**Die IG-Metall erkennt keine „Terroristen" an!**

FRANKFURT 7. Mai *In der Nacht zum Donnerstag, den 26. April wurden die Häuser des Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall, Eugen Loderer, und seines Stellvertreters Hans Mayr mit schwarzer Farbe angeschmiert, Buttersäure wurde in die Briefkästen geschüttet. Loderer und Mayr waren nicht zuhause. Am nächsten Morgen verbreitete die IG Metall Pressestelle eine Stellungnahme, in der die Anschläge faschistischen Gruppen zugeschoben wurden. Loderer vermutet, daß der Grund für die Anschläge sein Bildzeitungsinterview sei, in dem er sich gegen Rechtsextremisten aussprach. Von dieser Meinung läßt er sich auch durch das noch am gleichen Tag eingetroffene Flugblatt mit Emblem der Revolutionären Zellen nicht abbringen. „Schwarz ist die Farbe der SS-Totenkopfverbände", sagt er. Die Pressestelle dazu telefonisch: „Bisher haben linke Gruppen doch immer freimütig rote Farbe benutzt und auch ihre Embleme hinterlassen. Allerdings hat es diesmal auch keine Hakenkreuze oder etwas Ähnliches gegeben. Ich vermute, daß es auch aus dem EAP-Sumpf Sumpf kommen könnte." Dies wahrscheinlich, weil im Flugblatt auf den Rockefeller-Clan verwiesen wird, der von der Europäischen Arbeiter Partei immer genannt wird. Die Sprache des Flugblattes, so die Pressestelle, sei nicht die von Linksextremisten, wie weit man da auch gehen wolle, bis hin zur RAF. Das Wort Prolet sei von Linken nie so abfällig benutzt worden. Im Flugblatt findet sich dazu die Stelle, wo die Gewerkschaftsposten als Sprungbrett für Proleten zu Geld und Macht genannt sind. Das hört mann nicht gerne bei der IG Metall. Am Besten jeder macht sich selbst einen Reim daraus, darum hier das Flugblatt ungekürzt:*



**„Uns reicht's!**

Wir haben die Schnauze voll von dem Funktionärsklüngel, der immer in „langwierigen und zähen Verhandlungen das Alleräußerste für die Kollegen herausgeholt hat" — die Verarschten sind immer wir — und das schon viel zu lange. Deshalb haben wir zum 1. Mai angefangen, den Spieß endlich rumzudrehen: Dem großen Vorsitzenden der IGM und Multifunktionär (-millionär?) Eugen Loderer haben wir seinen Bungalow, vornehm gelegen in Frankfurt, Am Niddatal 27, rundherum eingeteert und seinen Garten mit Unkrautvertilgungsmittel behandelt, auf daß er kahler werde als unser Essenstisch während des Streiks.

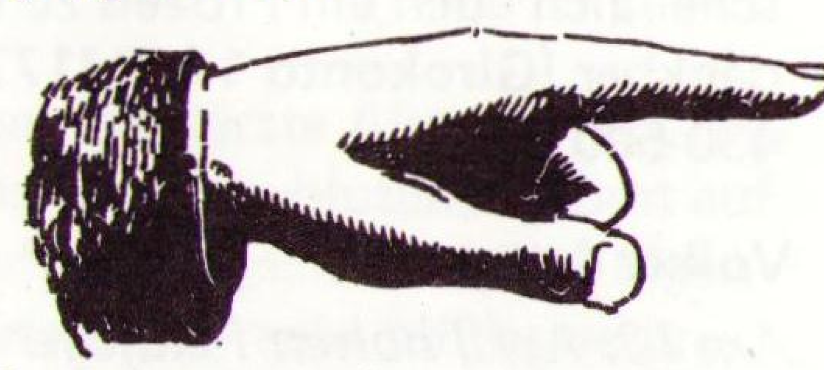
Dem 2. Vorsitzenden der IGM, Hans Mayr, exklusiv im Frankfurter Vorort Dreieichenhain, Philipp-Holzmann-Str. 62, wohnend, haben wir seinen Mercedes mit Unterbodenschutz neu lackiert (mehrjährige Rostschutzgarantie selbstverständlich inclusive). Um ihn an die gute Luft im Ruhrpott zu erinnern, haben wir ihm noch eine ordentliche Portion widerlich stinkender Buttersäure in den Hausflur geschüttet.

Diese beiden Herren zeichnen in erster Linie verantwortlich für die Niederlage im 6-wöchigen Stahlarbeiterstreik. Daß sie diese Niederlage von Anfang an geplant haben, zeigen sowohl Zeitpunkt und Streiktaktik als auch die organisierten Wahlfälschung bei der abschließenden Urabstimmung, deren Ergebnis dokumentieren sollte, daß die Mehrheit der Kollegen hinter ihnen steht. Viele Kollegen haben immer noch Skrupel, Loderer Mayr &Co. dort zu sehen, wo sie wirklich stehen: Auf der anderen Seite der Barrikade. Sie sind lange schon keine Kollegen mehr, sondern Unternehmer im Blaumannskostüm. Gewerkschaftsposten waren immer (vor 50 Jahren wie heute) Aufstiegsleiter und Sprungbrett des Proleten zu Geld und Macht: Ministersessel — Parlamentssitze — Aufsichtsratposten usw. So dient auch die Mitbestimmung letzlich den Funktionären dazu, an Aufsichtsratsposten und die damit verbundenen dicken Tantiemen zu kommen.




*Photo: Szene während der DGB-Demonstration zum 1. Mai vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin (danke für die Grüße)*

## DIE POLIZEI AM ERSTEN MAI
**Oder: Wie der 7-Stunden-Tag verprügelt wird.**



*Fortsetzung des RZ/IGM-Beitrags*

So ist MAYR stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats bei Thyssen, Klöckner und Thyssen Industrie AG --- Loderer besetzt den gleichen Posten bei VW, Mannesmann und den Mannesmann-Röhren-Werken – ist Mitglied des Aufsichtsrat bei der Bank für Gemeinwirtschaft und der Neuen Heimat, Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbund und im Europäischen Gewerkschaftsbund sowie demnächst Abgeordneter im Europaparlament. Weiter sitzt er in der Trilateralen Kommission, einem relativ unbekannten, dafür umso mächtigeren Gremium. 1973 gegründet vom Rockefeller-Clan, gehören ihr Vertreter der multinationalen Konzerne und Banken, der Massenmedien, Regierungsmitglieder und ausgewählte Gewerkschafter (aus der BRD Vetter, Hauenschild, Loderer!) aus den USA, Japan und der EG an. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, angesichts der anhaltenden Weltwirtschaftskrise optimale Bedingungen und Strategien für eine bessere Kapitalverwertung – sprich Ausbeutung – sprich Rationalisierung zu erarbeiten und durchzusetzen. Also genau das WOGEGEN wir gestreikt haben.

Die Bosse haben die 40-stunden-Woche für die nächsten 5 Jahre festgeschrieben; bis dahin sollen 25% aller Arbeitsplätze in der Stahlindutrie wegrationalisiert werden. Wenn wir das kampflos hinnehmen, haben wir's nicht besser verdient. Der Kampf gegen diesen massiven Angriff auf unsere Lebensbedingungen und Existenz kann nur außerhalb und unabhängig von den vorgegebenen Apparaten und Institutionen geführt werden. Auf Abteilungs-, Betriebs- und zwischenbetrieblicher Ebene. Das schließt auch ein, daß wir es endlich schaffen, unsere angeblichen Vertreter, die uns eh nur auf'm Kopf rumtrampeln, mitsamt ihren parlamentarischen Mauschelgremien zum Teufel zu jagen. Unsere einzigen und echten Interessenvertreter sind wir selbst – und sonst niemand. Die Kämpfe der lothringischen Kollegen zeigen, daß Widerstand möglich ist und keine Legalitätsschranke kennen darf und kann!
Revolutionäre Zelle in der IGM

BREMEN 7. Mai *In Bremen gibt es seit langem schon zwei Mai-Kundgebungen des DGB. Zum einen die große, bei der in diesem Jahr 10. bis 12. Tausend waren, in der Bremer Innenstadt. Zum anderen eine kleinere, die schon seit dem Kriegsende in Bremens nördlichem Stadtteil Vegesack durchgeführt wird. Zur kleineren kommen traditionsgemäß hauptsächlich die Kollegen des größten Vegesacker Betriebs – der Bremer Vulkan Werft, wo heute noch 5000 arbeiten (vor der Entlassungswelle, 1977, waren es noch 7000).*
*Zur diesjährigen Mai-Demonstration kamen ungefähr 500 Kollegen zum Treffpunkt vor dem Tor der Bremer Vulkan. Und es kamen, das war neu, ungefähr 50 Polizisten mit mehreren Streifenwagen. Die marschierten dann auch in geschlossener Formation auf der Straße hinter der Demonstration her.*
*Ein Jugendvertreter der Bremer Vulkan hat mir am Telefon erzählt, was dann passiert ist:*

„Auf dem Kundgebungsplatz in Vegesack wars dann so, daß zuerst der Dieter Kirchhoff gesprochen hat, der Vorsitzende vom Betriebsrat, und dann Peter Würtz, Bundestagsabgeordneter von der SPD. Und der ging dann schmerzlos zur Europa-Wahl über. Daraufhin fingen Kollegen an, die Forderung, die wir im Betrieb beschlossen haben, gegenzurufen: Also 35-Stunden-Woche, d.h. sie haben eben gerufen, wir wollen den Sieben-Stunden-Tag. Das haben wir als Forderung für den ersten Mai vorher im Betrieb beschlossen, auf der Vertrauensleutesitzung.
Zwischenfrage: Wollt ihr da im Betrieb irgendwas machen zu dieser Forderung?

Also als Streik oder so nicht, nee.

Könnt ihr ja nicht, habt ja keinen tariflosen Zustand.

Och, das ginge schon, aber zur Zeit schaffen wir das nicht.

Gut, am Ersten Mai war auch ein Megaphon dabei, und als die Kollegen dann riefen, wollten sich auf einmal drei Polizisten das Megaphon rausholen. Das war zwar nicht verboten, aber es war auch nicht erlaubt, jedenfalls gab es keine Aufforderung vom DGB, also von der Demoleitung das etwa abzugeben oder so. Und die Polizei hatte auch keine Aufforderung. Das lief dann so ab, daß die von hinten an den Mann mit dem Megaphon rangingen, ihn in den Würgegriff nahmen und dann hat er sich zusammen mit mehreren umstehenden Kollegen gewehrt. Die Polizisten mußten wieder gehen. Bei dem Gerangel soll denen ein Funkgerät abhanden gekommen sein, dafür gibts aber keine Zeugen.

Einen kurzen Moment später, als die Kundgebung gerade zuende war, preschten 50 Polizisten mit gezogenem Gummiknüppel in die Leute und prügelten wild drauf los.

Die schnappten sich auch einen Jugendvertreter von uns und einen DGB-Ordner, der dazwischen gegangen war, nahmen insgesamt 5 Leute fest. Daraufhin sind dann noch über dreihundert Leute vor die Polizeiwache gezogen, die gleich daneben war und haben gefordert: „Erster Mai ohne Polizei", und „Laßt die Gefangenen raus". Die Leute kriegten dann spitz, daß die die Gefangenen hinten aus der Polizeiwache raustransportieren wollten, und sie besetzten auch noch den Hintereingang. Und dann baute sich die Polizei hinten auf und ein Polizeiwagen fuhr von hinten in die Demonstration rein. Der wurde dann durchgelassen und als er gerade bis zum Tor gekommen war, warf er den Rückwärtsgang rein und fuhr nochmal voll in die Leute. Gottseidank waren alle schnell genug und es ist keinem was passiert. Es gingen dann viele auf den Wagen los und der bekam auch ein paar Beulen dadurch. Dann sofort wieder Schlägereinsatz von der Polizei, wo sie sich wieder einen rausgriffen, der zufällig sogar unbeteiligt war, das war ein 15jähriger Schüler, der dann in der Polizeiwache einen Spießrutenlauf mitmachen mußte, der da auch ein Attest vom Arzt hat.

Danach haben wir uns sofort mit etwa achtzig Leuten im Jugendfreizeitheim Altaumund getroffen und eine Resolution geschrieben, gegen den Polizeieinsatz. Wir wollen den Fahrer des Polizeiwagens und die Verantwortlichen für den Einsatz anzeigen. Allerdings will auch die Polizei Anzeigen wegen Widerstand, Raub und Landfriedensbruch stellen. Wir versuchen, Unterstützung von der Gewerkschaft zu bekommen.
*Florian/ID*

## KRIEGSDIENSTGEGNER VERHAFTET

GELSENKIRCHEN
24. April

*In einem Flugblatt berichten antimilitaristische Gruppen über die Verhaftung eines Totalverweigerers, gegen den demnächst in einem Zivilprozeß Anklage wegen „Ungehorsam gegenüber dem Vorgesetzten" und „Fahnenflucht" erhoben wird. Wir bringen Auszüge daraus:*

Am 10. April 1979 wurde der 23-jährige Wehrpflichtige Heinz-Michael Fischer von Feldjägern in Bochum verhaftet. Grund hierfür war, daß er einer Einberufung nach Hamburg zum Luftwaffen-Ausbildungsregiment aufgrund seiner pazifistischen Lebenseinstellung nicht Folge leisten konnte.

Heinz-Michael Fischer gehört zu einer Gruppe von konsequenten Kriegsgegnern, die sowohl den Militärdienst als auch den zivilen Ersatz dafür u.a. aus folgenden Gründen verweigern: Als überzeugter Kriegsdienstgegner trat Michael im Januar 1975 dem Katastrophenschutz bei und wurde vom Wehrdienst freigestellt.
Am 1.9.1976 wurde Michael laut amtsärztlicher Untersuchung wegen eines Knieleidens als für den Katastrophenschutz nicht tauglich befunden. Eine daraufhin folgende zweite Musterung bescheinigte ihm jedoch volle Wehrdiensttauglichkeit!
Nachdem seine Postkarten-Verweigerung im August 1977 durch Aufhebung der Wehrdienstnovelle nichtig geworden war, beantragte er die Anerkennung nach dem herkömmlichen Verfahren (Gewissensprüfung). Sein Antrag wurde jedoch in der ersten Verhandlung abgelehnt.

Michael hat sich keinen weiteren Verfahren ausgesetzt, da er die gewissensinquisitorischen Verfahrensweisen als menschenunwürdig empfindet. Seine intensive Auseinandersetzung mit dem Militärapparat brachte ihn zu der Überzeugung, daß er es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann, einen Dienst zu leisten, der seinem Ziel, einer gewaltfreien und friedlichen Gesellschaft entgegensteht. Ein Akzeptieren des Zivildienstes hätte für Michael ein gleichzeitiges Akzeptieren der Wehrpflicht bedeutet, da es im Gesetz auch ausdrücklich heißt, daß der Ersatzdienst die Erfüllung der Wehrpflicht ist (§ 3, Abs. 1, Satz 1 des Wehrpflichtgesetzes). Aus diesem Grund hat Michael am 9.2.79 dem Bundesverteidigungsminister erklärt, daß er nicht bereit ist, einen Kriegs- oder Ersatzdienst abzuleisten.

Diese Entscheidung Michaels, die die konsequente Fortführung seines bisherigen Weges darstellt, wird wie ein Verbrechen behandelt, das mit Gefängnis bis zu maximal 5 Jahren bestraft wird.

Die Konsequenz aus seinem Handeln kann Michael leichter tragen, wenn er weiß, daß er unterstützt wird, und daß er diesen Weg nicht alleine geht. Dieses Flugblatt richtet sich darum an alle, die die Entscheidung Michaels unterstützen oder zumindest respektieren. Wir bitten Euch darum, Michael durch Unterstützungsbriefe die Isolation ein wenig zu erleichtern. Ihr alle könnt ihm helfen, indem ihr entweder ihm oder dem Offizier, dem er untersteht, schreibt und Eure Betroffenheit ausdrückt.

**Die Adresse ist: Michael Fischer oder Oberstleutnant Körtel, 12. Luftwaffenausbildungsregiment 1, Lettow-Vorbeck Kaserne, Jenfelder Allee 70, 2000 Hamburg 70.**

Wer sich weiter informieren möchte oder uns unterstützen möchte, der wende sich an den **Freundeskreis Michael Fischer c/o Wolfgang Steidele, Munscheidstraße 33, 4650 Gelsenkirchen.** Da wir viel Geld für unsere Arbeit benötigen und wahrscheinlich auch ein Prozeß zu erwarten ist, sind wir für Spenden dankbar **(Girokonto 144041779, Sparkasse Bochum, BLZ 430 500 01).**

**Volker Jetter**
*Am 12. April holten Feldjäger den Totalverweigerer Volker Jetter von zu Hause ab. Er hatte zuvor einen offenen Brief an das Kreiswehrersatzamt geschrieben, in dem er seine Begründung für Verweigerung sowohl des Kriegsdienstes als auch des Prüfungsverfahrens darlegte. Er wurde als Verweigerer abgelehnt. Dem Bescheid lag der Wehrpaß kommentarlos bei, Jetter schickte ihn zurück mit der Bitte, den Paß doch zu behalten und ihn aus den Akten zu löschen. Sein Bruder Uwe berichtet über die Entwicklung der Ereignisse:*

(...) Hierauf folgten drei Einladungen zum Eignungstest (Idiotentest). Volker verweigerte den Eignungstest, erschien aber beim Ersatzamt, um nochmals seine Weigerung, mit Militärbehörden zusammenzuarbeiten, klarzustellen. Er wurde lediglich von einem Beamten bedrängt, den Wehrpaß endlich entgegenzunehmen. Danach bekam er einen „kleinen" Bußgeldbescheid über DM 532,–; 300,– DM wegen Nichtentgegennahme des Wehrpasses (der Rest war für die Bürokratie). Volker konnte nicht bezahlen und teilte dies dem Ersatzamt mit. Es erfolgte keine Reaktion, bis er im März einen Einberufungsbescheid erhielt. Da Volker Jetter nicht erschien, kamen die Feldjäger mehrmals im Balingen bei seiner Mutter und in Stuttgart, wo er studiert, vorbei.

Am 12. April stellte er sich den Feldjägern in Balingen. Allerdings mit Unterstützung von ein paar Kriegsdienstverweigerern. Es gelang ein paar Fotos zu schießen. Dabei wurden die Feldjäger aggressiv und gingen auf einen plakatetragenden Kriegsdienstverweigerer los. Die Feldjäger brachten Volker in die Kaserne, von wo aus er nach zwangsläufiger Befehlsverweigerung zur Staatsanwaltschaft nach Rottweil überstellt wurde. Volker befindet sich zur Zeit in Hechingen in U-Haft und wartet auf seinen Prozeß wegen „Fahnenflucht".

**Adresse: Volker Jetter, Vollzugsanstalt, 7450 Hechingen, Heiligkreuzstraße 9.**

**Für Fragen und Infos: Uwe Jetter, Lessingstr. 12, 7000 Stuttgart 1.**

## OCHSENBLUT GEGEN KRIEGSAUSSTELLUNG

LÖRRACH, 8. Mai

In Lörrach gastiert zur Zeit die Wanderausstellung „Unsere Marine". In einem großen Zelt werden Kriegsschiffmodelle, Torpedos und Minen gezeigt, Schautafeln mit schönen Bildern erläutern die Notwendigkeit der bewaffneten Vaterlandsverteidigung. Interessenten brauchen nur auf ein Knöpfchen zu drücken, um ihre Laufbahn beleuchtet vor sich zu sehen. Das Ganze wird mit Disco-Musik (In the Navy) untermalt. Ein Filmzelt und die Wehrdienstberatung runden alles ab.



Lörracher Antimalitaristen hatten sich zu einer Gegenaktion entschlossen, angefangen mit einer Fahrraddemonstration, Theateraufführung vor der Ausstellung, einer kleinen fahrbaren Gegenausstellung und Flugblättern sollte auf den Irrsinn der Kriegsmaschinerie hingewiesen, zum Nachdenken und zur Diskussion angeregt werden.

Am 5. Mai folgte dann die spektakulärste Aktion. 16 Leute brachen unter Salven von Krachern ochsenblutüberströmt auf dem Ausstellungsgelände zusammen. Angesichts des blutigen Bildes standen die Vaterlandsverteidiger recht hilflos herum. Nur „Willi", einer der Uniformierten, lief Amok, trat 3 der „Toten" auf die Hand, wovon einer mit Kreislaufkollaps stationär ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Nach einer Stunde, in der rege Diskussionen stattfanden, Flugblätter und Broschüren, unter anderem eins der Bundeswehr verteilt wurden, bahrten Sympathisanten die Toten vor dem Eingang auf.

Nach einer weiteren Viertelstunde wurde die Aktion abgebrochen. Erst jetzt erschien die Polizei mit 3 Einsatzfahrzeugen und 20 Mann. Widerstandslos ließen sich 17 Leute, darunter 4 Unbeteiligte, festnehmen. Feldjäger wollten einen beteiligten Antimilitaristen festnehmen. Sie übergaben ihn den rechtsmäßigen Ordnungskräften. Trotz des gewaltfreien Widerstandes der Umstehenden gelang es der Polizei, einen Antimilitaristen allein abzutransportieren. Dabei kam es zu unverhältnismäßiger Brutalität der Polizei und zu Einsatz von Chemical Mace. Alle Festgenommenen waren am Abend wieder auf freiem Fuß.

Die Ausstellung geht noch in andere Städte Deutschlands. Informationen und eine Film über die Aktion können Interessenten erhalten bei **Thomas Schmidt, Grüttweg 2, 7850 Lörrach, Tel. 07621 / 3887.**

## TANZ IN DEN MUTTERTAG

Hildesheim 13. Mai 79

Das Hildesheimer "Restaurant und Veranstaltungszentrum Berghölzchen" war am Samstag, den 12. Mai, wieder einmal Treffpunkt alter Nazis. Nachdem schon am 2. Dezember 78 die "Deutsche Volksunion" (DVU) eine "Großveranstaltung" (so damals die Ankündigung) mit Oberst Rudel und "Nationalzeitungs"-Frey durchgeführt hatte, lud zum letzten Wochenende die "Hilfsgemeinschaft der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS", kurz HIAG, zu einem "Tanz in den Muttertag" ein.

Aber nicht nur rund 40 Alt-SSler kamen an diesem Tag ins "Berghölzchen", es hatten sich auch ca. 80 Gegendemonstranten eingefunden. Der "Antifaschistische Arbeitskreis" hatte in einem Flugblatt zu diesem Protest aufgerufen. Der Abend gestaltete sich etwas anders, als man es sich auf der Veranstalterseite vorgestellt hatte. Die ankommenden Fahrzeuge der Alt-Nazis wurden mit Sprechchören "Nazis raus" und Transparenten "Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg", "HIAG – SS – Mörder" begrüßt. Die Fahrbahn wurde kurzzeitig blokkiert, um den Faschisten auch Gelegenheit zu geben, alle Spruchbänder gründlich zu lesen. Einige der "alten Kämpfer" versuchten sich den Weg freizumachen, indem sie mit Vollgas auf die Demonstranten zufuhren. Hier half für einige nur der Sprung zur Seite, sonst hätte es Verletzte gegeben. Die Polizei, inzwischen vom Veranstalter gerufen, unternahm nichts dagegen.

Die Hildesheimer HIAG–Mitglieder (mit Anhang) gaben sich empört. Die Äußerungen dieser Leute zeigten einmal mehr mit welcher Unbelehrbarkeit und Bösartigkeit ehemalige SSler noch heute auf ihren menschenverachtenden Standpunkten beharren: "Natürlich bin ich Nazi" (Ausspruch einer etwa 55-jährigen Frau), "Für diese Wanzen habe ich nun jahrelang gelitten" (ein etwa 60-jähriger ehemaliger SS-Mann, der auch gleich einem Antifaschisten ans Leder wollte).

Endgültig sauer war die HIAG-Gesellschaft, als die von ihr engagierten Musiker ihre Sachen zusammenpackten. Der Bandleader: "Wir wußten ja bis heute Abend nicht, für wen wir da spielen sollten". Der Schlagzeuger: "Als wir im Saal das Transparent 'Hilfsgemeinschaft der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS' sahen, war für uns Schluß".

"Berghölzchen"-Besitzer Strohmeier: "Hier hat bisher noch jede Veranstaltung stattgefunden." Es wird Zeit, daß solche Veranstaltungen künftig nicht mehr laufen. . .

**Die Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V. (HIAG) wurde bundesweit 1951 gegründet. Offizielles Organ: 'Der Freiwillige', Hrsg.: der HIAG-eigene Munin-Verlag.**

## BLOCKADE DER BOHRFAHRZEUGE IN LÜCHOW

**„Bei Sonnenaufgang sehen die Dinger gleich viel schöner aus“**

Frankfurt, 16. Mai 1979

**EINE CHRONOLOGIE**

**Sonntag, 13. Mai**

Um 9 Uhr abends sitzen etwa 12 Landwirte zusammen. Sie diskutieren über den Vorschlag, am nächsten Morgen, Montag, die Ausfahrt der Bohrfahrzeuge zu blockieren.

Die Bohrfahrzeuge werden über das Wochenende auf einem abgesperrten Gelände auf dem Lüchower Schrottplatz zusammengezogen und bewacht. Montag morgen fahren sie wieder zu den Bohrstellen.

Die Bauern hatten bisher noch nichts unmittelbar gegen die Bohrungen unternommen. In den Wochen vorher konzentrierten sie ihr bißchen freie Zeit darauf, die „eigenen" Kommunalpolitiker zu einer klaren Stellungnahme zu bewegen, für oder gegen ‚Gorleben', Hauptsache Klarheit.

Trotzdem wurmte die Leute im Kreis Lüchow-Dannenberg der Fortgang der Bohrungen. Trotz Hannover und Harrisburg, als sei nichts geschehen. Ein paar Tage vor dem Sonntag waren einige Bauern aus München wiedergekommen. Sie hatten dort an einer Veranstaltung zu Gorleben mitgemacht. Dort waren sie halbwegs gefeiert worden. Jetzt kamen sie in Hochstimmung zurück - und wollten was gegen die Bohrungen tun.

**Halb 10 Uhr.** Die Meinungen sind sehr geteilt. Einige bezweifeln den Sinn einer Blockade überhaupt, andere den Zeitpunkt. Klar ist, unter fünfzig Leuten wollen sie erst gar nicht anfangen. Ein anderer Landwirt kommt dazu. Ist auch dagegen. Binnen zehn Minuten zieht er dann aber einen Namen nach dem anderen aus dem Hut, wer alles mitmachen würde. Die Stimmung schlägt um.

**Zehn Uhr.** Es wird aufgeteilt, wer wen anruft. Der Hausherr ist immer noch dagegen, steht aber schon am Telefon. Das Argument, dem Albrecht mit dieser Aktion eine Entscheidungshilfe für Mittwoch zu geben, zieht.

**Halb elf.** Mit Leuten von der Bürgerinitiative wird abgesprochen, daß sie Streife fahren. Wenn die Trecker in eine Kontrolle geraten, sollen sie da nicht ohne Kontakt festhängen. Außerdem ist wichtig, daß eine größere Anzahl Trecker gleichzeitig am Schrottplatz ankommt.

**Elf Uhr.** Treffen von Bürgerinitiativlern in den „Bauernstuben" in Trebel. Es wird geklärt, was läuft und wer welche Strecken abfährt.

Die Polizei hat Wind gekriegt. In Minutenabständen fahren Streifenwagen an den Bauernstuben vorbei. Immer, wenn davor eine größere Anzahl Autos stehen, werden sie aufmerksam.

**Zwölf Uhr.** Alle Autos fahren von den Bauernstuben aus in verschiedenen Richtungen nach Hause. Das Mannöver hat offenbar Erfolg. Es kommt später nicht zu Kontrollen.

**Zwölf Uhr.** Wir beginnen unsere Streife, über Trebel und das Rondel Richtung Groß-Breese. Kein Auto weit und breit. Nur das stille Land, Nebel über den Äckern und ein zuversichtlicher Mond. Am vereinbarten Treffpunkt stehen drei Trecker und drei Autos. Ein vierter Trecker fehlt. „Der verpennt wieder.." Der war aber auch die Nacht erst von Bremen gekommen. Wir fahren zu ihm, wollen ihn schlafen lassen und nur den Trecker nehmen. „Ich habe gesagt, ich komme, und dann komme ich auch", stopft sich das Hemd in die Hose.

**Dreiviertel Zwei.** Wir fahren nach Lüchow vor. Ein, zwei Autos unterwegs. Keine Kontrolle. Am anderen Ende von Lüchow noch kein Trecker. Hoffentlich kommen die rechtzeitig.

**Ein paar Minuten nach Zwei.** Neun Trecker aus der Jamelner Ecke, sie kommen. Die aus Groß-Breese sind inzwischen auf



Schleichwegen an Woltersdorf vorbei. Da wird meistens kontrolliert.

**Viertel nach Zwei.** Der Schrottplatz ist dicht. Trecker werden zur zweiten Absperrung gewunken. Sie sollen schon die Zufahrt für Polizeifahrzeuge sperren. Auf der anderen Seite machen wir das mit Autos. Jeder kann rein oder raus, wenn er nicht gerade vom Celler Brunnenbau oder grün angestrichen ist.

Der Hausherr des abends vorher war um fünf vor zwei als erster am Platz. Als einige Minuten niemand weiter kam, sagte er: „Schön wär's ja gewesen."

Die Elbe-Jeetzel-Zeitung liegt schon da mit dem Bericht von der Bürgerversammlung am Freitag.

**Immer noch Viertel nach Zwei.** Die ersten Polizeiautos kommen. Die Polizisten sind faire Verlierer. Sie geben verlegen zu, da ist nichts mehr zu machen. Sie spekulieren nur darüber, wer denn wohl die Organisation in den Händen hat.

Im Scheinwerferlicht, das vom abgesperrten Gelände herüberkommt, wird auf einem Anhänger ein Skat gemischt. „Bist du sicher, daß das keine Karten von der DKW sind? Die sind gezinkt." - „Elf Karten. Vergeben." - „Also doch Karten von der DKW."

**Fünf Uhr.** Die Üfest, die Gebäude einer großen Sendeanlage, in der die Polizei einquartiert ist, bleibt immer noch dunkel. Es wird wieder kälter.

**Dreiviertel Sieben.** Die Sonne kommt. Der Grenzschutz auch. Stellt sich draußen vor die Absperrungen. Kurz darauf die er-



Montag, 14. Mai 1979, etwa halb sechs. Blockade der Bohrfahrzeuge auf dem Gelände des Lüchower Schrottplatzes.

sten Fahrzeuge der Celler Brunnenbau mit den Bohrmannschaften. Die wissen noch von nichts. Einer von „unseren" Polizisten kommt an die Autoabsperrung. „Also, was da hinten vorgeht, das geht mich nichts an, dafür sind die anderen zuständig. Ich muß nur kommen, wenn es einen Unfall gibt. Sie stehen hier auf dem Bürgersteig. Die Gefährdung wäre sicherlich nicht so groß, wenn Sie drei Meter weiter zurück stehen würden. Ob Sie das machen wollen, ist Ihre Sache. Das ist nur ein Tip."

Vor dem Tor ist inzwischen die Ablösung organisiert worden. Einige Bauern müssen zu m Melken oder auf das Feld. Die Trecker bleiben da. Und wenn doch der eine oder andere wegfährt, kommt ein anderer dafür. Die Grenzer werden ganz hibbelig, wenn sich bei den Treckern was bewegt. Sie spekulieren darauf, daß die wegmüssen. Denkste.

**Um Zwölf** muß ich endgültig weg. Hinter Uelzen sehe ich schon die Ersatz-Bohrwagen stehen. Sie sind auch bis zu den Bohrstellen gekommen, nur Bohren konnten sie nicht, weil das Gerät dazu auf dem Platz eingeschlossen war.
Deshalb werden am Dienstag Morgen einige Ausbruchversuche gemacht.

**Im Laufe des Dienstages** werden es eher mehr als weniger Trecker. Es wird Bier und Korn, Kaffee und Kuchen gebracht. Dienstag morgen um Viertel drei kommen Drucker von der Elbe-Jeetzel-Zeitung und bringen die neue Ausgabe.

**Mittwoch** wird die Blockade, wie vorgehabt, mit einem Demonstrationszug durch Lüchow aufgegeben.

**„Ich kann gar nicht mehr zuhören"**

## KOMMENTARE WENDLÄNDER BAUERN ZUR ALBRECHT-ERKLÄRUNG:

17. Mai 1979

*Nach der Albrecht-Erklärung habe ich versucht, die Reaktion der Bauern, die gerade die erfolgreiche Blockade der Bohrfahrzeuge in Lüchow hinter sich hatten, auf die Erklärung zu erfahren (telefonisch). Hier die Bandabschriften:*

**Undine von Blottnitz, Grabow**

„Also: Vom Zwischenlager hat Albrecht überhaupt nicht geredet, eigentlich. Er hat nicht klar und deutlich gesagt, wo das Zwischenlager hinkommt. Und das ist für uns ganz entscheidend. Wenn das Zwischenlager nämlich hierher kommt, dann ist vollkommen klar, daß der Rest auch hierher kommt. Er ist auf keine unserer Forderungen eingegangen, und es ist immer nur noch vom Standort Gorleben die Rede. Sicherheitstechnisch ist da von vornherein etwas verlogen, finde ich. Das war eine politische Entscheidung. Es gibt genug Gutachten jetzt schon, die sagen, gerade dieser Salzstock ist denkbar ungeeignet. Da müßte man zumindest sämtlich infrage kommenden Salzstöcke untersuchen. Und man müßte außerdem noch mal eine Grundsatzdebatte machen, wie weit man Atommüll im Salzstock oder in anderes Gestein einlagern kann. **Also diese Entscheidung war keine Entscheidung.**

Und wenn ich höre, daß wir Angst haben vorm Sterben, dann kann ich überhaupt nur noch hohnlachen. „Wenn vielleicht ein Kind in den Stausee fällt..." Das damit zu vergleichen, da erwarte ich aber vom Ministerpräsidenten ein bißchen was anderes. Es geht uns nicht um Leben, es geht uns Landwirten schlicht darum, daß wir auch für die nachfolgenden Generationen unsere Landwirtschaft hinterlassen wollen.

K.: Was meinen Sie denn, was es bedeutet, daß es eine politische Entscheidung war?

U. v. B.: Das bedeutet, daß es zur Zeit nicht durchsetzbar ist. Und wenn die Atomgesetze richtig in Gang gebracht sind, dann ist es eben durchsetzbar. Aber momentan ist es deswegen nicht durchsetzbar, weil die Bevölkerung das eindeutig nicht will.

K.: Und das ist der Grund, weshalb es jetzt noch aufgeschoben ist?

U. v. B.: Das ist ein Aufschieben, sicher. Er hat doch auch gesagt, es sei zur Zeit politisch nicht machbar. Der Ravens hat gesagt: „Nein, aus Sicherheitsgründen halten wir es nicht für machbar." Und Herr Albrecht hat gesagt, es sei zur Zeit politisch nicht machbar, und wir müssen noch erst das Konzept der Bundesregierung hören, über das weitere Energieprogramm, ob man den Schnellen Brüter baut usw.

Und wenn die sagen „Schnellen Brüter bauen", dann geht das hier aber ganz schnell los. In der Zwischenzeit stand ja auch gar nicht zur Debatte die Genehmigung einer Wiederaufbereitungsanlage. Im Zeitplan der DKW steht, daß jetzt das Zwischenlagerbecken und die Probebohrungen dran sind. Und genau das hat Albrecht übernommen.

K.: Die DKW hat gestern erst erklärt, wenn jetzt ein Antrag auf Genehmigung gestellt worden wäre, dann erst der für ein Zwischenlager.

U. v. B.: Ja natürlich, da braucht man doch nur den Zeitplan der DKW zu lesen. Da steht das genau so drin. Jetzt im Sommer 79 Genehmigung eines Eingangslagers oder Zwischenlagers, wie Sie es nennen wollen, und Beginn der Probebohrungen, dann Tiefbohrungen. Und das hat er gemacht. Was heißt denn politisch nicht durchsetzbar überhaupt? „Zur Zeit" auch noch, das kommt noch hinzu. Er hat nicht klar gesagt, hier werden keine Baumaßnahmen getroffen, hier wird

kein Eingangslager gebaut. Oder: Wir müssen auch an anderen Salzstöcken mal probebohren. **Nichts, nichts. Das ist eine Ungeheuerlichkeit. Das ist genau so eine Ungeheuerlichkeit, wie die DKW sich in den Besitz des Landes gebracht hat. Das ist eine Volksverdummung, sonst gar nichts.**

Albrecht hat eine Viertelstunde über die Gefahrlosigkeit einer Wiederaufbereitungsanlage geredet, darüber würde er nie so lange reden, wenn er nicht vorhätte, sie bauen zu lassen. Das ist doch schon bedenklich. Und immer die Betonung „zur Zeit", das war keine klare Auskunft, nichts.

Gut, wir müssen zulassen, daß der Salzstock erprobt wird, aber wir haben ja verlangt, daß ein neutraler Gutachter dabei ist, damit wir auch wirklich erfahren, ob das nun auch stimmt, was die da feststellen. Ob da nicht wieder irgendetwas passend gemacht wird anschließend. Dann werden wir verlangen, daß darüber genauso eine Diskussion stattfindet.

Dieses Gorleben-Hearing ist ja letztlich vom Widerstand, also von uns ausgegangen. Das ist auch immer ziemlich vergessen worden. Das ist von uns gefordert und auch in Gang gebracht worden. Nicht von Herrn Albrecht. Gut, er hat es dann einberufen und hat es bezahlt, sicherlich, aber da hat er ja auch nicht aus seiner Privatkasse bezahlt.

K.: Die Erklärung hat also für Sie überhaupt keine Folgen. Sie geben sich nicht zufrieden...

U. v. B.: Überhaupt nicht. Das Schönste... Haben Sie gestern abend den Schnipkoweit gehört? (Sozialminister in Niedersachen, ID)

K.: Nein, ich kriege hier NDR nicht.

U. v. B.: Der hat nämlich gestern abend ganz groß gesagt, es werden keine ökologischen Gutachten mehr erstellt. Das wäre für die Endlagerung nicht notwendig. Wissen Sie, was das für uns bedeutet? Es ist noch überhaupt kein Gutachten erstellt worden, was für Folgen das hier für die Bevölkerung, für das Land und für die Landwirtschaft hat. Und man kann nicht einfach einen Kreis derartig umkrempeln, über Nacht in ein Industriegebiet. Und auch wenn wir nur die Endlagerung hierher kriegen, das hat unglaubliche Folgen.

K.: Die DKW meinte, daß diese Entscheidung jetzt überhaupt keine Folgen hat für die ganzen Infrastrukturmaßnahmen.

U. v. B.: Sicherlich. Die haben immer schon gesagt, das hat kaum Folgen für uns. Wenn Sie die ganzen Berichte der DKW lesen, da steht das immer drin. Auch in diesem Sicherheitsbericht, da steht noch höhnisch drin, die Landwirtschaft ist hier sowieso schlecht, magerer Boden, und dann ist das nicht so schlimm, so in etwa.

Und das hat natürlich Folgen, es müssen Straßen gebaut werden, diese Riesentransporter können gar nicht auf unseren kleinen Straßen fahren. Es werden Felder zerschnitten, es wird wieder Wald geopfert, wir „brauchen" Gleisanlagen, wir „brauchen" Polizeischutz, das ist ja ein Bergwerk, was hier errichtet wird. Das hat ungeheure ökologische Folgen. Für uns alle hier. Und da sind überhaupt keine Gedanken drum gemacht worden. Das ist doch eine Ungeheuerlichkeit.

Gut, man muß von Sicherheit reden, das ist ja auch sehr wichtig, aber über die Sorgen der Bevölkerung muß man sich doch auch mal Gedanken machen. Sie kennen ja hier die Gegend. Das kann man doch nicht einfach über Nacht umkrempeln. Das ist eine ungeheure Zumutung für alle Leute. Das ist eben keine nationale Aufgabe.

Und diese Sache gestern, daß auf einmal auf dem Tisch des Hauses liegt, daß in Cap La Hague wir die Brennstäbe abgenommen bekommen für die nächsten sechs Jahre. Das heißt doch:

Jetzt können die wieder lustig Kernkraftwerke bauen! Die Entsorgung ist ja gelöst...

Mit Cap La Hague, das ist gar nicht wahr, das ist immer noch nicht wahr, die haben das noch überhaupt nicht fertig gebaut, um unsere Leichtwasser-Reaktor-Brennstäbe aufzuarbeiten.

K.: Woher wissen Sie das, daß das da nicht geht?

U v. B.: Weil von uns Leute da waren, wir haben mit Gewerkschaftern geredet. Es ist von uns in Cap La Hague bis jetzt noch nicht ein Brennstab aufgearbeitet. Weil die ein ganz anderes System haben. Die haben doch da die Graphit-Stäbe. Das ist ein ganz anderes System als unsere Reaktoren, für unsere Brennstäbe müßten die da noch irgendwelche Kammern vorbauen . Bis jetzt ist von uns in Cap La Hague noch nicht ein Brennstab aufgearbeitet worden.

K.: Also ist das auch Augenwischerei?

U. v. B.: Ach, natürlich ist das Augenwischerei. Das ist wirklich alles ganz unglaublich. Und auf die Dauer wird das die Bevölkerung in Frankreich natürlich auch nicht wollen, daß da der Atommüll der ganzen Welt aufgearbeitet wird. Natürlich haben wir Müll, den müssen wir irgendwo unterbringen, das ist ja unbestreitbar. Den würden wir sogar auch nehmen, wenn feststeht, daß das Einlagern im Salzstock geeignet ist. Und daß das Einlagern im Salzstock die beste Möglichkeit ist. Dann ist das vielleicht noch einsehbar. Aber es ist nicht einsehbar, wenn überhaupt nichts anderes diskutiert wird. Die Amerikaner und Schweden sagen ja, man kann es nicht in Salzstöcke einlagern.

K.: Das gilt für Sie jetzt aber nur für die im Moment in Betrieb befindlichen AKWs?

U. v. B.: Der im Moment befindlichen. Aber es wird ja immer weiter produziert. Das heißt: **Stopp absolut sämtlicher AKWs!** Man sollte sich Gedanken machen, wo man mit den Brennstäben hingeht, und das bedeutet, daß man a..er auch alle in Frage kommenden Salzstöcke, ich glaube, das sind vier oder fünf, untersucht, und nicht ausgerechnet den nimmt, wo die DDR von der anderen Seite auch dran kann. Aber nicht unter dieser jetzigen Voraussetzung, daß sie immer weitere AKWs bauen, daß sie immer mehr in Sach- und Zugzwänge geraten.

Unter diesen Voraussetzungen ist überhaupt nicht dran zu denken, daß wir zufrieden sind. Das war ein Teilerfolg und ein Rausschieben, Gewinnen von Zeit. Was ja auch schon gut ist.

*(Die Sache mit La Hague stimmt so nicht ganz. Heinrich Pothmer hat mir das eben erklärt, daß die vor etwa zweieinhalb Jahren extra eine Anlage für „unsere" Brennstäbe gebaut haben. Bloß, das Ding war während der ganzen Zeit nur ein paar Tage in Betrieb, weil es dauern Störfälle gab, unter anderem ist einer deutschen Gewerkschaftsdelegation während ihres Besuches der Filter aus dem Schornstein um die Ohren geflogen.)*

**Joachim Schulz, Reitze**

S.: Ich möchte sagen, daß ich enttäuscht darüber bin , daß gerade Herr Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht nicht aus sicherheitstechnischen, sondern aus politischen Gründen entschieden hat. Wie kann er als Christdemokrat es mit seinem Gewissen überhaupt vereinbaren, nach dem Hearing in Hannover und nach Harrisburg, noch zu sagen, die Anlage sei sicherheitstechnisch realisierbar? Durch diese Aussage muß die große Verunsicherung weiter Teile der Bevölkerung, vor allem im Kreise Lüchow-Dannenberg, zwangsläufig bleiben. Mit Sicherheit hat Herr Dr. Albrecht sich und der CDU einen schlechten Dienst erwiesen.

K.: Daß das eine rein politische Entscheidung war, bedeutet das für Sie auch: daß es eine aufgeschobene Geschichte ist?

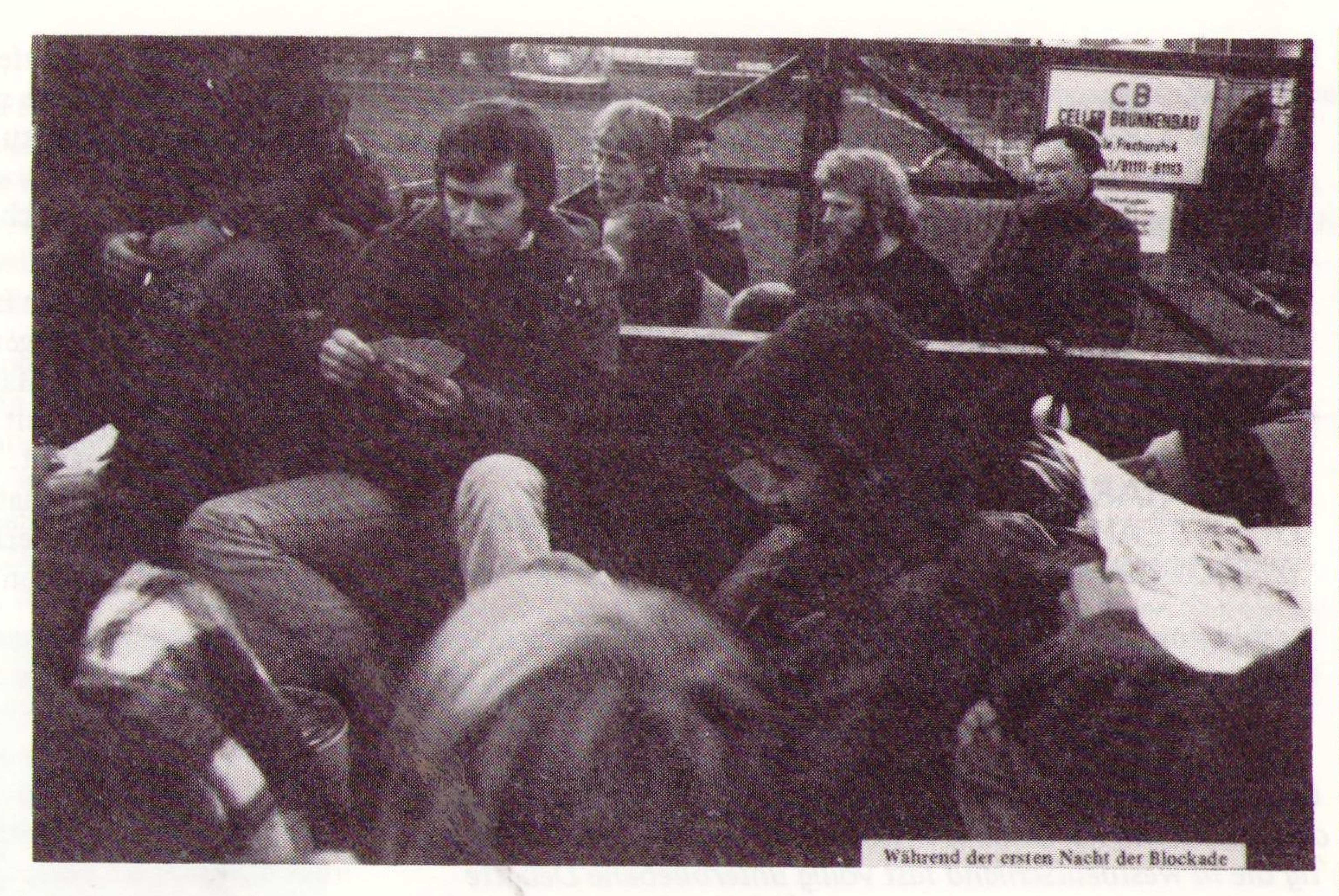
S.: Ja, so sehe ich das auch, daß das eine aufgeschobene Geschichte ist. Auf Grund dieser seiner Aussage.

**Horst Wiese** aus **Gedelitz** hat sich das beinahe schon gedacht. Für ihn ist die Erklärung von Albrecht ein Hinhalten und Verschaukeln. „Da war nichts dabei, was uns erfreuen könnte,

lediglich die Reihenfolge ist anders." Die Aussage von Albrecht, daß die Bevölkerung mit politischen Argumenten überzeugt werden müßte, hält er für eine Verdummung.

Anstatt sich weiter damit auseinanderzusetzen, hält Horst Wiese es für wichtiger, die Alternativenergien auszubauen. Und dafür staatliche Unterstützung zu fordern. Konsequenz für ihn aus der Albrecht-Erklärung: „Wir müssen mehr Menschen wachrütteln in anderen Gebieten."

Der Widerstand werde weitergehen. Daß die WAA für Albrecht „politisch jetzt nicht durchsetzbar ist", sei bereits ein kleiner Erfolg des Widerstandes. Allerdings meint Wiese, wenn jetzt Abstriche gemacht würden, dann geschehe das eher aus technischen Gründen als aus Rücksicht auf die Bevölkerung.



Während der ersten Nacht der Blockade

**Heinrich Pothmer, Teichlosen**

P.: Die Albrecht-Erklärung ist das, was wir erwartet haben: erst mal keine WAA, erstmal, aber was unheimlich reingehauen hat, das war die Begründung. - Und dann seine Beispiele, Lebensrisiko, das waren ja Tritte in den Hintern... Das war genau das, daß die sich auf einer ganz anderen Ebene bewegen, daß die überhaupt nicht dieselbe Sprache sprechen.

Und dann die Begründung dazu: Wir können bauen, gar kein Problem, Risiko ist immer da, schon wenn wir geboren werden, Mensch, ich konnte gar nicht mehr zuhören.

## WAS WILL DIE D W K ?

*Bonn/Bad Godesberg Mai 1979*

*Aus GORLEBEN aktuell/Mai 79: Die niedersächsische Landesregierung und auch die Bundesregierung haben das "Konzept" für Wiederaufbereitung und Endlagerung von Atommüll geändert. Die untenstehenden Dokumente zeigen, daß dieser "Meinungswandel" durchaus mit den Wünschen der Gorleben-Betreiberfirma DWK übereinstimmt.*

*Seit 1977 kritisiert die DWK die Kopplung des Zwischenlagerbeckens mit der Genehmigung des Gesamtkonzepts als politischen Fehler. Daß nun die Landesregierung die "Entkoppelung" beschließt und die Vorbereitung des Zwischenlagers in Gorleben forciert, wird die DWK mehr als nur zufrieden stellen. Das sollte man allen Politikern hinter die Ohren schreiben, die nun mit der "sachgerechten" Entscheidung der Landesregierung hausieren gehen.*

**"Für uns ist der Bauzeitplan bezüglich des gesamten Entsorgungszentrums weniger wichtig als vor allem die Inbetriebnahme des Lagerbeckens. Sobald wir das Lagerbecken haben, haben wir in zeitlicher Hinsicht genügend Flexibilität, die wir auch nach meiner Auffassung brauchen, um in großer Ruhe und aller Sorgfalt die Wiederaufbereitungsanlage selbst zu planen, zu bauen, alle Begleitanlagen — auch das Endlager — zu planen und zu bauen, um auch nicht den geringsten Anschein in der Öffentlichkeit zu erwecken, als ob diese Dinge unter Zeitdruck ständen und darunter unter Umständen leiden könnten. Diesen Eindruck muß die Verwaltungsbehörde, muß die Regierung und müssen auch wir, als die wirtschaftlich Interessierten unter allen Umständen vermeiden. Deswegen kommt es nicht so sehr darauf an, wieviel Bauzeit wir für die Wiederaufbereitungsanlage selbst brauchen; ob das vier, fünf oder sechs Jahren sind, spielt im Grunde genommen keine Rolle. Wichtig ist nur die Inbetriebnahme des Zwischenlagerbekkens. (. . .)**

**Ich habe nicht die Entsorgungsrichtlinien des Bundesinnenministeriums kritisiert, sondern nur das Junktim, das aufgestellt worden ist für das Genehmigungsverfahren des Entsorgungszentrums, das ja besagt: Wir erteilen die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das Eingangslagerbecken nur dann, wenn wir die Genehmigungsfähigkeit der Gesamtanlage einschließlich des Endlagerbeckens überschauen können. Das ist juristisch nicht notwendig. Man könnte leicht das Risiko — wir müßten es tragen — auf sich nehmen und sagen: Auch ohne daß wir die Genehmigungsfähigkeit des Gesamten überschauen, genehmigen wir auf jeden Fall das Eingangslagerbecken. Sollte sich später herausstellen, daß der Standort falsch ist oder daß irgendetwas hapert, dann ist auf jeden Fall dieses Eingangsbekken wie ein Zwischenlagerbecken zu betrachten."**

(Originalton G. Scheuten (DWK-Vorstand), vorgetragen auf der nichtöffentlichen Informationssitzung des Ausschusses für Forschung und Technologie am 25.5.77 in Bonn).

*Am 25.5.77 erklärte Dr. Schüller, Vorstandsmitglied der DWK zur Frage der Langzeitlagerung von Brennelementen aus Leichtwasserreaktoren:*

**Die Zahl von 10 Jahren bezieht sich auf die tatsächliche bisherige Lagerdauer der ältesten LWR-Elemente. Wir selber haben in Karlsruhe welche, die vor 8 Jahren aus dem Reaktor entladen wurden. Wir arbeiten dies einzelnen Elemente auch nicht auf, sondern lassen sie im Rahmen eines Langzeitstandfestigkeitsprogramms im Wasserbecken stehen. Der Zustand dieser 8 Jahre alten Elemente ist ausgezeichnet, so daß man mit ziemlich großer Gewißheit sagen kann, daß das auch noch viele Jahre länger der Fall sein wird. Es ist aber jede Extrapolation mit gewisser Vorsicht zu betrachten; denn der Mechanismus, der das Element eines Tages zum Defekt führt, ist ein Korrosionsmechanismus, und der geht nicht linear. Es wird an irgendeinem Zeitpunkt einen steilen Anstieg der Leckagemengen geben, die aus diesem Element austreten.**

**Wir haben aber auf der anderen Seite so gute Erfahrungen mit der Beherrschung der Aktivität in dem Wasserbecken und mit unserer Wasserreinigungsanlage, daß wir keine Sorgen darüber haben, auch von dem Zeitpunkt, wo Aktivität in größeren Mengen austritt, diese technisch zu beherrschen. Das führt keineswegs zu einer Katastrophe, sondern nur zu einem häufigen Filterwechsel.**

*Also Herr Dr. Schüller! "An irgendeinem Zeitpunkt wird es einen steilen Anstieg der Leckagemengen" aus den gelagerten Brennelementen geben! Wie tröstlich! Das heißt doch, daß das Kühlwasser radioaktiv verseucht wird, oder?*

*Die Lagerbecken werden künstlich gekühlt. Versagt die Kühlung, verdampft das hochaktive Wasser und verpestet die Umwelt. Die Betreiber kalkulieren diese Möglichkeit ein. Aus einem eingeplanten großen Teich soll im Notfall Wasser nachströmen. Wenn auch dieses Wasser verdampft ist, droht das Zu-*

*sammenschmelzen der Brennelemente und eine Katastrophe wie in Harrisburg. Der kleine Unterschied: im AKW sind 100 t Uran, im Lagerbecken 3000 t Uran enthalten. Über die Becken sollen Hallen gebaut werden, die auf große Längen keine Stützpfeiler haben und noch nicht einmal einem Flugzeugabsturz standhalten.*

*Dies jedenfalls kam beim Gorleben-Hearing in Hannover heraus.*

## NACH HARRISBURG: DIE GEFAHREN DER NIEDRIGSTRAHLUNG WERDEN IMMER NOCH VERHEIMLICHT!

Washington D. C. / College Park, Maryland 15. Februar

*Über der Reaktorkatastrophe Three Miles Island bei Harrisburg, Pennsyvania, hat sich ein Großteil der Diskussion über die Gefahren atomarer Strahlung auf die Kernschmelzung, den meltdown, konzentriert. Wir finden es wichtig, daß gleichzeitig die in Westdeutschland fast völlig unterbliebene Debatte über die Gefahren der sogenannten Niedrigstrahlung, also der bisher im Rahmen der Höchstwerte alltäglich zugelassenen Strahlung, weitergeführt wird, und veröffentlichen dazu die beiden folgenden Dokumente aus den USA. In dem ersten schreibt ein Physiker, der sich „Millstone" nennt (nämlich nach dem Mühlstein, der die Atomindustrie zermalmen möge, und nach dem Reaktor Millstone in Connecticut, der sich laufend durch Sicherheitsdefekte ausgezeichnet hat) über die krimiähnlichen Machenschaften von Regierungsfunktionären, kritische Strahlenforschung kaltzustellen. Im zweiten warnt das „Environmental Policy Institute", ein amerikanisches Ökologie-Institut, speziell uns Europa-Bewohner: in Westeuropa sollen nämlich gespenstischerweise in aller Stille die zulässigen Strahlungs höchstwerte sogar erweitert werden, während die Forschungen gebieterisch nahelegen, daß sie drastisch verringert werden müssen! Der Hauptgrund vermutlich: Wiederaufbereitungsanlagen, die auf der Basis verringerter Strahlung arbeiten, wären nach derzeitigen Schätzungen so teuer, daß keine einzige gebaut werden könnte.*

### Krebsgefahr bei Arbeitern von der U.S.-Regierung verschleiert

von James A. Millstone, Atomphysiker bei North American Air Defense (NORAD), Februar 1978

**„Das ist der unordentlichste und strukturloseste Sauhaufen..."** Der Parlamentsausschuß für Gesundheit und Umwelt erschütterte Anfang dieses Monats das Energieministerium (Department of Energy, DOE), indem er eine mögliche Verschleierung der Gefahren von ionisierender Niedrigstrahlung enthüllte. Wenn die neuen Beschuldigungen korrekt sind, daß ionisierende Niedrigstrahlung bedeutend gefährlicher ist, als es früher von der Regierung und der Industrie zugegeben wurde – gegenwärtige Schätzungen belaufen sich auf das 10 bis 20fache – dann ist nicht nur der gegenwärtige Gebrauch der Atomkraft in Gefahr, sondern die Regierung wird sich auch Tausenden von Prozessen von Militär- und Zivilpersonal und deren Familien gegenüber sehen. Die Anklagen wurden erhoben von den Abgeordneten Paul Rogers (Demokrat, Florida) und Tim Lee Carter (Republikaner, Kentucky) am zweiten Tag der parlamentarischen Untersuchungen über die Einstellung eines Forschungsprojektes von Dr. Thomas F. Mancuso, der abgelehnt hatte, ein früheres Untersuchungsergebnis – häufiges Auftreten von Krebs unter den Arbeitern der Hanford-Anlagen in Richland, Washington – öffentlich zurückzunehmen.

Rogers, der Vorsitzende des Ausschusses, erklärte dem DOE (Department of Energy), stellvertretenden Energieminister für Umwelt, James Liverman: „Das ist der unstrukturierteste, unordentlichste Sauhaufen, den ich seit geraumer Zeit gesehen habe. Möglicherweise muß das Justizministerium aufgefordert werden, sich darum zu kümmern." Liverman verschlug es für einen Moment die Sprache. „Nachdem was Sie gesagt haben, weiß ich nicht, was ich sagen soll.", sagte er.

Liverman war stellvertretender Verwaltungsleiter für Umwelt und Sicherheit in der Energieforschungs- und -entwicklungsverwaltung, der Vorgängerin des DOE. Er war verantwortlich für die Einstellung von Mancusos Arbeit. Kürzlich wurde er von James Schlesinger, seit langem ein Befürworter der Atomenergie, zum Minister ernannt. Diese Ernennung bedarf noch der Bestätigung durch den Senat. Liverman wurde von Rogers beauftragt, einen schriftlichen Bericht vorzubereiten, welche ‚Abhilfemaßnahmen' er einzuleiten gedenke.



*Dieses Bild schickte uns ein Leser. Wir glauben, daß es das AKW Brunsbüttel ist.*

### Die Verschleierung

Am 1. Juni 1964 veranlaßte die Atomenergiekommission AEC eine Studie unter der Leitung von Dr. Manusco an der Universität von Pittsburg über Gesundheit und Sterblichkeit der Beschäftigten von Vertragspartnern der AEC. Diese Untersuchung sollte laut Liverman das Ziel haben, frühere Voraussagen zu bestätigen, daß alle Auswirkungen „minimal und wahrscheinlich nicht darstellbar" sein würden. Aber zu seinem großem Ärger liefen die Dinge anders.

Der erste Hammer kam 1974, als Dr. Samuel D. Milham, Epidemologe am Gesundheitsministerium des Staates Washington Untersuchungsergebnisse veröffentlichte, die ein um 25 % häufiger als erwartetes Auftreten von Krebs unter den Arbeitern der Hanford-Atomanlagen ergaben. Rogers zitierte Dokumente, die zeigen, daß die AEC sich über die möglichen Auswirkungen, die jetzt Milhams Ergebnisse haben würden, Sorgen machte und daß sie das Batelle-Institut Pacific Nothwest mit einer Nachprüfung beauftragte – inder Hoffnung, sie würden Milhams Ergebnisse widerlegen. Stattdessen bestätigte der Bericht sie. Schließlich überredete die AEC Milham, auf einem

Treffen (von dem Milham sagte, auf ihm sei eine ‚Beerdigungs-atmosphäre' gewesen) seine Ergebnisse nicht zu veröffentlichen. Milham sagte beim Hearing aus, daß sein Übereinkommen mit der AEC, nicht zu publizieren, auf seiner Kenntnis basierte, daß Mancusos Studie Fortschritte machte und daß die Angelegenheit sehr ‚heikel' sei und ‚viele Probleme bringen könnte'.

Was er nicht wußte, war, daß Dr. Sydney Marks, damals beim Energieministerium Mancuso kontaktierte und eine Presseveröffentlichung diktierte, in der Mancuso instruiert wurde, Milhams Ergebnisse zu widerlegen. Mancuso lehnte ab und gab an, daß er mehr Zeit zur Analyse und zum Sammeln von Daten brauche und daß eine Aussage zu dieser Zeit nicht auf wissenschaftlichen Ergebnissen basieren würde. (Milham hatte einen Vorteil gegenüber Mancuso: Als staatlicher Gesundheitsbeamter kam er schnell an Todesurkunden heran, während Mancuso einen zeitraubenden Weg über das Sozialversicherungssystem gehen mußte.) Mancuso sagte beim Hearing aus, daß sich nach seinem Zusammentreffen mit Marks seine früher herzlichen Beziehungen zur AEC rapide verschlechterten. Im März 1975 wurde Mancuso von der AEC informiert, daß seine Forschungsfinanzierung am 31. Juli 1977 auslaufen würde.

**Gründe für die Beendigung: zuerst „bevorstehende Pensionierung"**

Schon im Dezember 1974 hatte Liverman eine Empfehlung seines Stabes, vorbereitet von Marks erhalten, daß Mancusos Studie „innerhalb des Hauses" weitergegeben werden sollte an die Medizin- und Gesundheitsabteilung der Oak Ridge Associated Universities. Der auslösende Anlaß, der von Liverman für die Übergabe angegeben wurde, war die „bevorstehende Pensionierung" von Mancuso, der 1977 65 Jahre alt sein würde. Mancuso sagte jedoch aus, daß die University of Pittsburg den Forschungsprofessoren immer erlaubt habe, bis siebzig weiterzumachen, vorausgesetzt, die Finanzierung reicht aus. Tatsächlich räumte Liverman in seiner Aussage ein, daß „meine Wahl der Worte ‚bevorstehende Pensionierung' unglücklich, unangemessen und vielleicht sogar irrtümlich war."

**Widerlegtes Gutachten des Forschungsbeirates**

Der wahre Grund, behauptete Liverman, war „ein Urteil seines (Mancusos) Forschungsbeirates, daß die Arbeit eingeschränkt und zeitlich begrenzt werden sollte und ein anderer Forscher als Forschungsleiter ausgewählt werden sollte." Nachdem er weiter unter Druck gesetzt worden war, gab Liverman zu, daß er das wirkliche Gutachten des Forschungsbeirates nie gesehen hat, und er gab den Schwarzen Peter weiter an Marks, der die Zusammenfassung des Gutachtens erstellt hatte, die er, Liverman, dann gelesen hätte. Marks, der aus einem detaillierteren Entwurf vorlas, bestätigte erneut die negativen Ergebnisse des Forschungsbeirats-Gutachten.

Daraufhin sagte der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Rogers, indem er aus einer Aktennotiz der echten Gutachter vorlas, die in den zwei Kisten mit Dokumenten gefunden worden war, die seinem Ausschuß vom DOE übergeben wurde, daß die gemeinsame Auffassung des Beirates gewesen ist, Mancusos Studie sollte fortgesetzt werden. Nur einer der sechs Mitglieder hatte empfohlen, sie zu stoppen, und dieser eine war Marks selbst!

**Marks verläßt DOE und geht zu Batelle**

1976 verläßt Marks, der die Beendigung von Mancusos Vertrag empfohlen hatte, das Department of Energy, um für Batelle Pacific Northwest zu arbeiten. Im selben Jahr erhält Batelle einen Vertrag über 80 Mill. Dollar pro Jahr, von dem Teile zur Fortsetzung von Mancusos Arbeit verwendet werden sollten. „Das ist ja süß", erklärte Carter, „80 Mill. Dollar und Doktor Marks wechselten etwa zur gleichen Zeit." Batelle, das mit DOE bedeutende Verträge zur Entwicklung von Kernbrennstoffkreisläufen hat, hat niemals vorher Studien zur Human-Epideologie durchgeführt, noch hat es die technischen oder wissenschaftlichen Kapazitäten dazu.

Den letzten Schlag bekam Liverman, als er offenbate, daß es keinen neuen Forschungsleiter gibt, der Mancuso ersetzt, obwohl mehr als zwei Jahre vergangen sind, seit Mancuso von der Beendigung seiner Arbeit unterrichtet wurde. Als er von Rogers gefragt wurde, ob das das typische Verfahren sei, gab Liverman zu, daß es das nicht sei. Worauf Rogers erwiderte: „Es ist unglaublich! Das ist der größte Sauhaufen, den ich seit langer Zeit gesehen haben."

**Der wissenschaftliche Streit**

Die Kontroverse unter Wissenschaftlern über Niedrigstrahlung geht um zwei Faktoren. Erstens, ob es einen sicheren Schwellenwert gibt, unterhalb dessen Strahlung unschädlich ist oder ob jede Strahlung, gleich wie gering, gefährlich ist. Zweitens, wie gefährlich ionisierende Strahlung überhaupt ist, das heißt, wie viele Todesfälle das Ergebnis wären, wenn eine bestimmte Anzahl von Menschen einer bestimmten Strahlung ausgesetzt wären.

**Schwellenwert oder nicht?**

Während der ersten Hälfte des Atomzeitalters (1942–1960) war es von Wissenschaftlern allgemein akzeptiert, daß es eine sichere Untergrenze ionisierender Strahlung gab. Mann glaubte, das solange jemand diesen Schwellenwert nicht überschritt, kein Schaden erfolgen würde. Mann glaubte, daß der Körper selbst jeden Strahlungsschaden sofort wieder heilen würde. Heute nimmt keiner mehr eine vollständige Selbstheilung an, aber das Ausmaß, in dem der Körper sich selbst heilt, ist jetzt hart umstritten in der Wissenschaft. (...) Seit 1960 ist ein überwältigender Bestand von Daten gesammelt worden, der beweist, daß es kein sicheres Niveau von Strahlung gibt. Keine Dosis kann so gering sein, daß das Krebsrisiko null ist. Es gibt keinen Schwellenwert.

**Wie gefährlich ist Niedrigstrahlung? Die Hypothese linearen Anwachsens**

Selbst wenn die Wissenschaftler sich einig wären, daß schon die kleinste Strahlung Krebs verursachen kann, daß es also keinen Schwellenwert gibt, wäre immer noch die Frage, wie groß das tatsächliche Risiko bei sehr niedrigen Strahlungen ist. Bei mittlerer bis hoher Bestrahlung wächst das Krebsrisiko linear mit der radioaktiven Dosis. (...) Einige Zeit glaubte mann allgemein, die Hypothese linearen Anwachsens sei für niedrige Strahlungen übertrieben. Das heutige Niveau „erlaubter" beruflicher Strahlenaussetzung wurde auf der Basis dieser Annahme 1956 auf 5 rem por Jahr festgesetzt (Das gilt auch für Westdeutschland!). Morgan jedoch sagte in seiner Zeugenaussage: „Ich bin erstaunt und entsetzt über die große Zahl von Wissenschaftlern (die meist mit ERDA bzw. jetzt DOE in Verbindung stehen), die trotz überwältigender Beweise für die Hypothese linearen Anwachsens bei niedriger Strahlung immer noch sagen: „Die Annahme sei überaus vorsichtig."

Die Studie von Mancuso und seinen Mitarbeitern A. Stewart und G. Kneale über die Arbeiter, die in Hanford einer Niedrigstrahlung ausgesetzt sind, besagt – wenn sie stimmt –, daß die Hypothese linearen Anwachsens das Krebsrisiko stark unterschätzt, also gar nicht vorsichtig ist. Alice Stewart, Professorin für Epidemologie an der Universität von Birmingham in England, schlägt aufgrund ihrer Ergebnisse vor, die heutigen Standards für Strahlung bei der Arbeit auf ein Zehntel oder Zwanzigstel zu reduzieren, also von 5 auf 0,25 bis 0,5 rem pro Jahr. Mensch vergleiche damit die Aussage Livermans vor dem Rogers-Unterausschuß: „...Alle verfügbaren Informationen über ionisierende Strahlung besagen, daß keine wesentliche Änderung der Strahlenschutzrichtlinien für die Allgemeinheit oder die Arbeitenden der in der Atomindustrie nötig sind."

**Der soziale und politische Streit**

Nach Morgan „wäre es zweifelhaft, ob viele von unseren Atomkraftwerken weiterarbeiten könn.en, wenn die jetzt erlaubte Höchststrahlungsdosis auf ein Zehntel reduziert würde." Das beruht auf den sogenannten „normalen" Strahlungen im Normalbetrieb der Atomkraftwerke. Wenn wir bedenken, wie stark die Atomindustrie ist, so wird offensichtlich, daß die Regierung alle unabhängigen und objektiven Studien über die Risiken von Niedrigstrahlung zu verstecken versucht hat.

Letztes Jahr empfahl die Internationale Kommission für Strahlenschutz (International Commission on Radiation Protection, ICRP), die Höchststrahlungsdosis heraufzusetzten — und zwar auf das Fünffache! Und das trotz der neuen Ergebnisse von Mancuso, Stewart und Kneale.

Die Atomindustrie hat sogar Schwierigkeiten, die jetzt geltenden Grenzen einzuhalten. Im Augenblick werden immer mehr nichtständige Beschäftigte „ausgebrannt", um Reparaturarbeiten in Betriebsteilen mit hoher Strahlung zu machen. Das kann mensch nur kriminell nennen.

Aber selbst wenn mensch die Höchststrahlungsdosis auf 0,5 rem pro Jahr heruntersetzt, wie es jetzt auch der Vorsitzende des Komitees für Biologische Wirkungen ionisierender Strahlung bei der Nationalen Akademie der Wissenschaften empfohlen hat, ist das eventuell noch gar keine Lösung. Vielleicht werden einfach mehr Leute angestellt, von denen jeder einen geringeren Teil der Strahlendosis abbekommt, was aber entsprechend mehr Krebsfälle zur Folge hat.

*Wer mehr wissen will, kann sich an die Division of Mathematical and Physical Sciences and Engineering wenden, Department of Physics and Astronomy, University of Maryland, in College Park, Maryland 20742, USA. — Wichtige Artikel zur Niedrigstrahlung sind in der Zeitung „In these times" vom 22.–28. März 1978 erschienen. Die Anschrift ist 1509 North Milwaukee Avenue, Chicago, Illinois 60622, USA.*

## IN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT IST ERHÖHTE STRAHLUNG ZUGELASSEN

*Von Robert Alvarez, Leiter des Projekts Strahlungsschäden-Information beim Environmental Policy Institute (Februar '79).*

**Strahlungsdebatte in den USA gegen internationale Atombürokratie**

Das Problem der ionisierenden Niedrigstrahlung wird zur Zeit in den Vereinigten Staaten ein zentraler Punkt der gesundheitspolitischen Debatte. Vor allem geht es um die erhöhte Unsicherheit des Risikos von Krebs durch radioaktive Strahlung. Neuere epidemiologische (d.h. verseuchungskundliche) Untersuchungen über Atomarbeiter und Leute, die medizinischer Röntgenstrahlung ausgesetzt waren, haben diese Debatte angeheizt.

*Wer's liest: T.F. Mancuso und andere, Radiation exposures of Hanford Workers dying from cancer and other causes, in: Journal of Health Physics, November 1977;*
*Reanalysis of data relating to Hanford Study of the cancer risks of radiation workers, International Atomic Energy Agency (IAEA), März 1978;*
*I.D.J. Bross u.a., Leukemia from low-level radiation, in: North-Eastern Journal of Medicine, Juli 1972;*
*Genetic Damage from Diagnostic Radiation, in: Journal of the American Medical Association, Mai 1977;*
*A.M. Stewart u.a., Survey of Childhood Malignancies, in: British Medical Journal, 1958;*
*T. Najarian und T. Colton, Mortality from leukemia and cancer in shipyard nuclear workers, in: Lancet, 13. Mai 1978.*

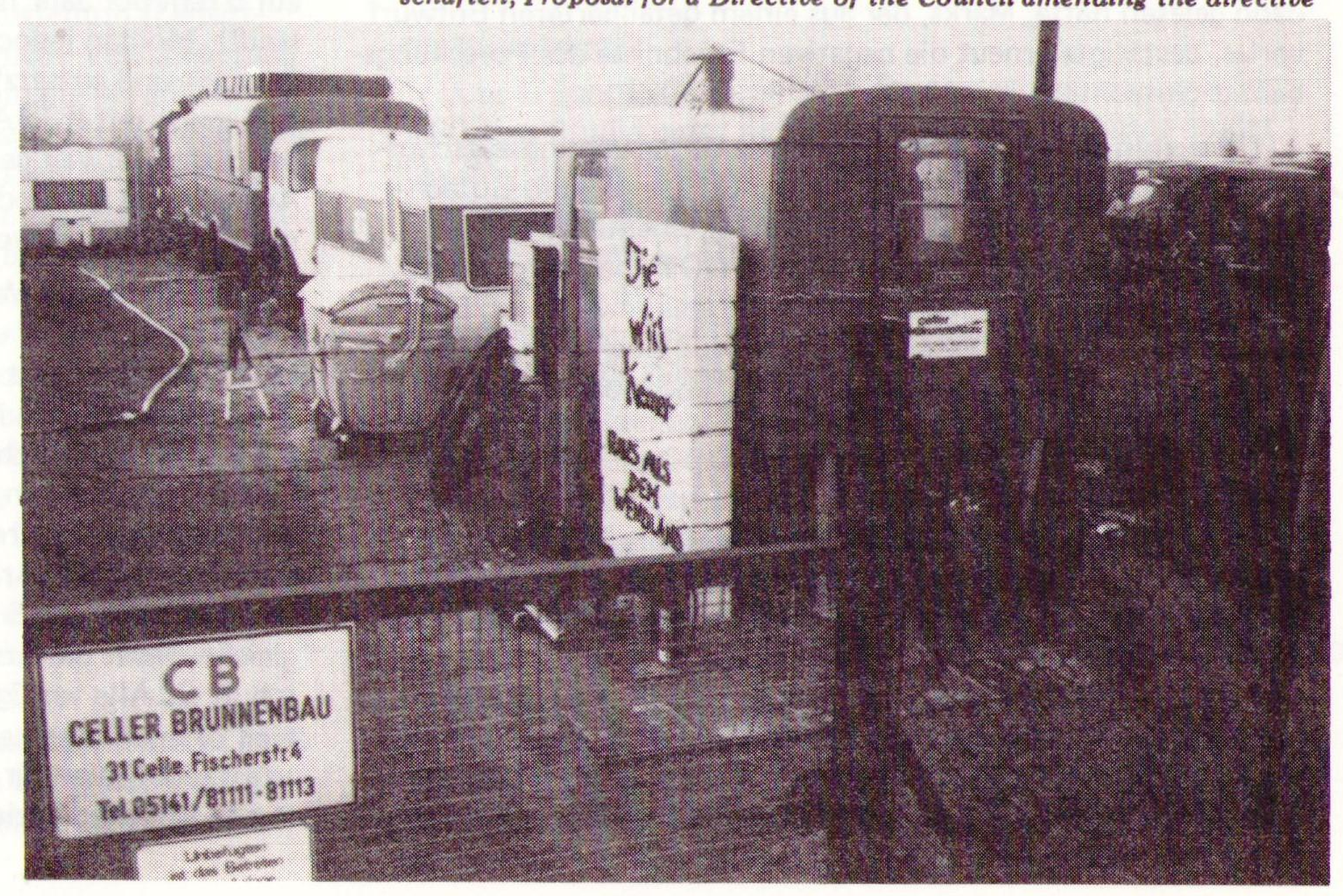
Genau das Gegenteil dessen, was die verstärkte Besorgnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit von ihr verlangten, tat die Internationale Kommission für Strahlenschutz, ICRP. In ihrem Bericht Nr. 26 schlägt sie vor, die bisherige Haltung zur Verminderung der Risiken aus ionisierender Niedrigstrahlung wesentlich zu verändern. Der Bericht schlägt vor allem zwei größere Veränderungen vor, die, wenn sie durchgeführt werden, mehr Strahlung mit höheren Dosen für mehr Menschen bedeuten. Die Veränderungen sind folgende:

1. Anstatt an die Risiken für Arbeiter im Öffentlichen Dienst und in der Atomindustrie strengere Maßstäbe anzulegen, schlägt die ICRP vor, die Bandbreite der Risikoschätzungen zu erweitern, indem „gefährdete Gruppen" mittels Zufallsauswal ermittelt werden und die Stichproben unbegrenzt groß sein dürfen. Dieser Vorschlag, das sogenannte Konzept äquivalenter Dosen, erlaubt es, daß die Dosen auf dem Papier verringert werden, ohne daß die Dosen für die Leute, die den Strahlungsquellen unmittelbar ausgesetzt sind, wirklich verringert werden. *(In anderen Worten, es werden in die Berechnung der Durchschnittswerte mehr Leute einbezogen, die „weit vom Schuß" arbeiten und daher die Durchschnittswerte runterdrücken. — ID)*

2. Die ICRP schlägt gewaltige Erhöhungen der inneren Strahlungsmengen vor. *(Das ist die Strahlung von in den Körper aufgenommenen radioaktiven Spaltprodukten. — ID)*. Und dies, obwohl neuere wissenschaftliche Belege zeigen, daß die derzeitigen Schätzungen der Risiken innerer Strahlung ernsthaft unterschätzt worden sind.

**Europa sicherer? Wers glaubt wird selig!**

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften (EG) hat bereits im Dezember 1978 die Empfehlungen des ICRP-Berichts angenommen. *(Nachzulesen in: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Proposal for a Directive of the Council amending the directive*




*Blockade der Bohrfahrzeuge in Lüchow, 14. bis 16. Mai*

Für Überraschung sorgte am Montagmorgen bei der Blockade die Mauer, auf der steht: „Die will keiner. Raus aus Wendland." Sie hatte nämlich etwa eine Woche vorher dazu gedient, den Zugang zum Lüchower Amtsgericht, dem Polizeihauptquartier, zu versperren. Dort war sie von Polizisten abgetragen worden. Jetzt steht sie - auch von den Wachen unberührt - auf dem Gelände der Celler Brunnenbau am Schrottplatz. Wer hatte wohl für sie das Tor aufgemacht?

Für das Foto räumte mir ein Wachmann extra noch Gerätschafteb zur Seite, die die Aussicht versperrten.

***laying down the basic safety standards for the health protection of the general public and workers against the dangers of ionizing radiation, endgültige Ausgabe S. 605, Brüssel, 20. November 1978.)***

Wir haben in Eingaben an die Kontrollbehörde (U.S. Nuclear Regulatory Commission) die Gefahren, die wir in diesem ICRP-Bericht sehen, im einzelnen erklärt. JETZT IST ES WICHTIG, DASS SICH EINE INTERNATIONALE OPPOSITION GEGEN DIESE VORSCHLÄGE BILDET.

*Die Leute vom Strahlungsschäden-Informationsprojekt schicken Interessenten die Eingaben an die Kontrollbehörde und fordern sie auf, zu schreiben und Fragen zu stellen. Die Anschrift: Environmental Policy Institute, 317 Pennsylvania Avenue South East, Washington, D.C. 20003, USA.*

*Inzwischen geht das Gerangel um die Mancuso-Studie weiter. Laut „Tageszeitung" vom 15. Mai 1979 haben Gewerkschaftsgruppen den U.S.-Gesundheitsminister Califano aufgefordert, die Studie um die Krebsgefährdung der AKW-Arbeiter weiterzufinanzieren. Dabei kam heraus, daß die Studie ursprünglich dem Zweck hatte dienen sollen, Ansprüche von geschädigten Arbeitern abzuwehren! – Auch Wissenschaftler der National Academy of Science der USA haben (laut „Spiegel" vom 7. Mai 1979) erklärt, daß die Gesundheitsgefährdung durch „vergleichsweise niedrige Strahlendosis" bisher unterschätzt worden sei.*

## ERGEBNISSE DER BOHRUNGEN IN GORLEBEN BEKANNT: FÜR ATOMMÜLLFABRIK UND ENDLAGER UNGEEIGNET

Hannover/ Lüchow 15. Mai

Der Bürgerinititative Lüchow-Dannenberg sind vorab die Auswertungserbegnisse der hydrogeologischen Bohrungen zur Untersuchung des Baugrundes bekannt geworden. Die Auswertung findet statt unter der Leitung von Wissenschaftlern an der TU Braunschweig.

Auf einer Pressekonferenz am Dienstag, dem 15. Mai 1979 gaben Vertreter der Bürgerinitiative die Ergebnisse bekannt:

**Über dem Salzstock Gorleben liegt eine etwa 60 bis 70 Meter dicke Torfschicht. Diese Torfschicht ist als Baugrund für Gebäude von der Größenordnung einer Wiederaufbereitungsanlage (3 m dicke Betonwände) ungeeignet. Darüberhinaus steht damit fest, daß der Salzstock Kontakt mit dem Grundwasser hat. Ein Salzstock mit Grundwasserkontakt ist aber auch ungeeignet für ein Endlager von radioaktiven Abfällen.**

Von Prof. Grimmel war schon vor längerer Zeit die Vermutung geäußert worden, daß Grundwasserkontakt bereits vom Ahrendssee und vom Höhbeck – einem Höhenzug an der Elbe – her besteht. Diese Vermutung wird durch die Ergebnisse der Bohrungen auch für andere Bereiche bestätigt.

Aus all diesen Gründen, meinte Martin Mombauer von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, sei nicht nur die WAA, sondern auch das Endlager technisch bereits gestorben. „Wenn die das jetzt noch durchboxen, dann boxen sie es durch auf Grund eines bereits begonnenen Konzeptes. Streng genommen müßten sie jetzt alle Salzstöcke auf Sicherheit hin untersuchen. um irgendeinen rauszufinden. Das tun sie nicht, weil das heller Selbstmord wäre."

Auf einer Bürgerversammlung am Freitag, den 11. Mai im Kurhaus von Hitzacker hatte der CDU-Landtagsabgeordnete Grill diesen Vorschlag in bemerkenswerter Offenheit mit der Begründung abgelehnt, damit würde sich die Unruhe, die jetzt im Landkreis Lüchow-Dannenberg ist, an allen möglichen Standorten ausbreiten. „Wir befürchten", sagte Martin Mombauer, „daß die das jetzt auf uns konzentrieren, um zu verhindern, daß noch an anderen Orten Rabatz passiert."

Im Vorgriff auf die Albrecht-Erklärung vom Mittwoch, dem 16. Mai, erklärte Martin Mombauer von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg: wenn die Atommüllfabrik jetzt nicht gebaut würde, dann läge das zunächst erstmal an den technischen Probelemen. Die würden aber wohl nicht genannt werden. Stattdessen würden die Politiker wahrscheinlich viel über ihre Verantwortung und über ihr demokratisches Verhalten reden und von der Rücksicht auf die Bevölkerung. Richtig sei daran nur, daß der Widerstand die Politiker gezwungen hat, die Durchführung ihrer Pläne sein zu lassen.

**„Ernst, laß nach"**

Im Kreis Lüchow Dannenberg kursiert ein Plakat, auf dem ein strahlender Albrecht in der Montur des Lügenbarons von Münchhausen einen Ritt auf dem Plutoniumfaß veranstaltet. Aufschrift: Ernst, laß nach.

Als wenn dieses Plakat bestätigt werden sollte, wurden inzwischen weitere taktische Spielchen um ‚Gorleben' bekannt.

Nach Aussagen von Leuten aus der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg gibt es ein Geheimpapier der DWK. Dieses Papier gebe wesentliche Aufschlüsse über die Arbeiten zu ‚Gorleben', unter anderem technische Einzelheiten, die bisher nicht bekannt gemacht wurden. Dieses Papier hat bereits vor dem Hannover-Hearing existiert. Es ist den Gutachtern des Hearings vorenthalten worden. Im niedersächsischen Landtag wurde eine kleine Anfrage eingebracht, um zu erfahren, warum dieses Papier den Wissenschaftlern in Hannover nicht zugänglich gemacht worden ist. Die Frage ist bisher nocht nicht beantwortet.

Nach Informationen der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg gilt es inzwischen als sicher, daß ein Atomkraftwerk in Langendorf, etwa 15 km nördliche von Gorleben, gebaut werden soll. Die Absicht, dieses AKW zu bauen, war seit längerer Zeit bekannt. Angeblich war aber die Planung zurückgestellt worden, bis über das Projekt Gorleben entschieden worden sei. Wie jetzt bekannt wurde, gingen die Planungen allerdings weiter. Die erforderlichen Grundstücke seien bereits in den Händen der Betreiber. Die Planungen seien bereits so weit fortgeschritten, daß nur noch der Antrag auf Baugenehmigung fehle.

## NACHRICHTEN VON ESO UND KARL

Hamburg/Amsterdam 16. Mai 1979

*Die beiden AKW-Gegner hatten (Eso Oldefest und Karl Winter natürlich) Gefängnisstrafen wegen der Teilnahme an Grohnde-Demonstrationen zu erwarten. Ende März hatten sie mit anderen zusammen Schutz in der Hamburger Petri-Kirche gesucht und waren von dort aus nach Holland geflüchtet, wo sie einen Antrag auf politisches Asyl stellten. Mtbesetzer schreiben dazu:*

Weil wir Esos Verhaftung in der Kirche nicht mehr hätten verhindern können, hatte Eso, gemeinsam mit Karl, sich entschlossen, nach Holland zu fahren. Das war am 7. April. Dort haben beide am 26.4.1979 politisches Asyl beantragt. Dieser Antrag wurde erst mal angenommen und weitergeleitet. Normalerweise dauert die Bearbeitung eines Asylantrages ein bis anderthalb Jahre. Ihnen wurde aber gesagt, daß die Entscheidung darüber schon früher getroffen wird, d.h. es wird nicht lange dauern.

Einmal in der Woche müssen sich die beiden bei der Fremdenpolizei melden. Des weiteren haben sie zwei „rennomierte" Bürgen (einer ist Vorsitzender der christlich-radikalen Partei), und jeder hat einen Rechtsanwalt.

Karl und Eso haben zusammen mit anderen in Amsterdam ein leerstehendes Haus besetzt, welches sie gegenwärtig bewohnbar machen und einrichten. In dem Viertel, in dem sie wohnen, gibt es sehr viele besetzte Häuser, weil nach hollän-

dischem Recht Besetzer nicht ohne Weiteres aus einem besetzten Haus vertrieben werden können, wenn sie sechs Stunden drin waren, und weil Häuser, die bewohnbar (gemacht) sind, nicht abgerissen werden dürfen. - Innerhalb dieses Besetzerviertels gibt es gut funktionierende Kommunikations- und Organisationsstrukturen, aus denen heraus auch jetzt mit der Solidaritätsarbeit für Eso und Karl begonnen wird. Außerdem werden sie noch von der LEC (vergleichbar den Grünen Listen, aber nicht so konservativ) und einzelnen Stromgruppen (vergleichbar mit Bürgerinitiativen) unterstützt. Außerdem gab es noch eine große Öffentlichkeit in der liberalen holländischen Presse.

Weil Eso und Karl bislang damit beschäftigt waren, sich einen Lebensraum zu schaffen, und weil sie bislang noch nicht staatlich unterstützt werden (erst nach dem Asylantrag) durch Sozialhilfe oder ähnliches, haben sie uns aufgefordert, sie materiell zu unterstützen, bis sie selbst dazu in der Lage sind. Karl will einen Töpferladen aufmachen und Eso will in einer Autowerkstatt arbeiten.

Hier die Kontonummer:

*Zentrumbank Amsterdam 876 788 835, Steuncomitee Atomtegenstanders, Innece Jansen*

Für den Asylantrag gibt es drei Möglichkeiten : 1. Dem Antrag wird stattgegeben. - 2. Die beiden bekommen eine Aufenthaltsgenehmigung. Diese beiden Möglichkeiten bedeuten, daß sie legal in Holland (d.h. ohne verfolgt zu werden) leben können. - 3. Die Bundesregierung stellt einen Auslieferungsantrag, d.h. die beiden würden bis zur Entscheidung dieses Antrags eventuell in Holland in den Knast kommen.

Zu 1: Dies halten wir für weniger wahrscheinlich, weil das bedeuten würde, daß die holländische Regierung von der Tatsache der politischen Verfolgung in der Bundesrepublik ausgeht.

Zu 2. und 3.: Welchen dieser beiden Punkte wir erreichen, hängt von unserer politischen Unterstützung ab.

*Postadresse von Eso und Karl: Els van Poppel, 3te Osterparkstraat 135, III NL – Amsterdam.*

## DIE BESETZER DER PETRI-KIRCHE FORDERN: ENDGÜLTIGE HAFTVERSCHONUNG FÜR WERNER HOPPE!

Hamburg April 79 — Am 19. April 1979, einen Tag nach Beendigung der Kirchenbesetzung in St. Petri erschien in der Bildzeitung ein Artikel mit der Überschrift: „BM-Terroristen in Petri-Kirche." Dazu wurden Bilder von Werner Hoppe gezeigt.

Die Petri-Kirche ist vom 2. 4. bis 18. 4. von uns besetzt gewesen. Wir sind Atomkraftgegner und wollten uns mit dieser Aktion gegen unsere zunehmende Kriminalisierung wehren. Die Kirchenbesetzung war mit 2 1/2 Wochen die längste in der BRD. Die ganze Zeit über waren Tausende von interessierten Besuchern in der Kirche. Sie unterstützten uns mit Geldspenden und Nahrungsmitteln.

Die Kirchenleitung sah uns nicht gerne, aber sie duldete uns und ließ uns nicht von der Polizei rausprügeln.

Die Kirchenbesetzung war von Anfang bis Ende eine berechtigte, legale, gewaltlose Aktion. Diese Tatsache und vor allem das friedliche Ende paßten der Bildzeitung natürlich nciht. Also muß sie sich noch etwas ausdenken, um die Aktion zum Schutz von Millionen Menschenleben (denkt an Harrisburg!) schlecht zu machen. Dabei ist es für sie ein gefundenes Fressen, daß zwei Menschen in der Kirche gesichtet wurden, die wegen Mitgliedschaft innder Roten Armee Fraktion verurteilt wurden: Kai Allnach und Werner Hoppe.

Kai ist seit 1974 aus dem Gefängnis entlassen. Er macht eine Lehre als Anwaltsgehilfe, obwohl er noch immer sehr krank ist. Werner hat im Februar Haftverschonung bekommen, weil er lebensgefährlich erkrankt war. Er ist noch lange nicht wieder gesund – 7 Jahre Isolationshaft – solche Schäden heilen nicht in zwei Monaten! – und wäre nach Auskunft seiner Ärzte innerhalb von zwei Wochen wieder in Lebensgefahr, wenn er wieder im Knast wäre.

Ein Ziel des Zeitungsartikels war es, uns Angst zu machen, damit wir uns von Werner und Kai distanzieren. Dazu können wir nur sagen, daß wir uns gefreut haben, daß die beiden in die Petri-Kirche gekommen sind. Wie sich an den Zeitungen vom 20. 4. zeigt, verfolgte dieser Artikel noch einen zweiten Zweck (die Springerpresse hatte nicht umsonst in der besetzten Kirche Hausverbot): Werner soll schnellstmöglich wieder in den Knast gebracht werden. Ihm wird unterstellt, er sei einer der Besetzer gewesen und somit sei er gesund genug für den Knast. Werner war nur einer von Tausenden, die in den letzten Wochen in St. Petri waren.

Die vorläufige Haftverschonung von Werner ist an verschiedene Auflagen gebunden, wie z. B. er dürfe „keinen Kontakt zu terroristischen Gewalttätern" und ähnlichen Kreisen haben. Wenn jetzt sein Besuch in der Kirche dazu benutzt wird, eine Hetze gegen ihn zu entfachen, damit er möglichst schnell wieder ins Gefängnis kommt, zeigt sich, was mit diesen Auflagen erreicht werden soll: Er soll viel essen, damit er schnell zumindest körperlich wieder reif für den Knast ist. Gleichzeitig soll verhindert werden, daß er seine politische Identität behält; er soll gezwungen werden, sich zu verhalten wie ein völlig unpolitischer Mensch. D. h. daß er nach dem Willen der Justiz den Mund halten soll, an keiner Veranstaltung teilnehmen darf und den Kontakt zu den meisten seiner Freunde abbrechen müßte (dennwelcher Linke ist schon kein Extremist? ) Aber für Werner ist diese politische Identität lebenswichtig; schließlich hat er jahrelang dafür gekämpft und im Knast gesessen.

Werner war am letzten Tag der Besetzung in der Kirche und hat sie mit uns gemeinsam verlassen, weil er selbstverständlich dagegen ist, daß Leben durch AKWs vernichtet wird und daß die Menschen, die dagegen Widerstand leisten, dafür ins Gefängnis sollen. Daraus den Schluß zu ziehen, daß er wieder ins Gefängnis, ist der Zynismus, den wir von der Springerpresse kennen. Die Haft würde für ihn den sicheren Tod bedeuteten.

Die Besetzer der St. Petri-Kirche

**Gegen das AKW Cattenom:**

## DREILÄNDERDEMONSTRATION ZU PFINGSTEN

SAARBRÜCKEN 26. April — *Die Saarbrücker Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke e.V. (Kontakt: Stefan Arz, Lothringerstr. 17, 6600 Saarbrücken) teilt auf einem Flugblatt mit:*

„Am 4. Juni (Pfingstmontag) 17 Uhr Ortszeit findet in Thionville (Frankreich) für den Raum Saarland/Lothringen/Luxemburg eine friedliche Demonstration gegen den im Bau befindlichen (französischen) Atomkraftwerksgiganten in Cattenom statt.

Diese Demonstration ist Teil der für Pfingsten international gegen die Nutzung der Atomenergie geplanten dezentralen Demonstrationen.

Busse nach Thionville fahren ab Saarbrücken (12 Uhr, Landwehrplatz) und Merzig (12 Uhr, Perl).

Zur Vorbereitung der Pfingstdemonstration wird im Raum Saar/Lothringen/Luxemburg eine Plakataktion durchgeführt, bei der Auszüge aus dem Katastrophenplan Fessenheim (übertragen auf hiesige Verhältnisse) veröffentlicht werden.




## JUGEND(AB)HILFE? NEIN DANKE!

DORTMUND, 14. Mai 79

*Ein nordrhein-westfälisches Landestreffen von Jugendzentren - und initiativen/gruppen, Kommunikationszentren und alternativen Freizeiteinrichtungen gibt's am 25.-27. Mai in Dortmund im Jugendzentrum Märkische Straße 26. Hier ist das Programm:*

Freitag, 25. Mai, ab 18 Uhr: Fest mit Musik, Theater, Information aus Initiativen.

Samstag, 26. Mai, ab 10 Uhr: Arbeitsgruppen zu den Themen „Was läuft in den Jugendzentren/Kommunikationszentren und was soll/sollte laufen? " (inhaltliche Arbeit an den Zentren) und „Gibt es in Nordrhein-Westfalen eine Jugendzentrumsbewegung? " (Berichte aus Initiativen und neuen Häusern.)

Weitere Themen: „Wer organisiert die Arbeit/Selbstorganisation? ", „Organisationsformen nach außen/Finanzen/Zusammenarbeit", „Alternativ? Kultur-, Kommunikationszentren, Kneipen, Cafes".

Die Arbeitsgruppen gehen am Samstag bis 20 Uhr. Die Veranstalter sind der Förderverein Jugendhilfe, das Jugendzentrum Märkische Straße 26, die Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg - Stamm Winfried, der Bund Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend (Landesverband Nordrhein-Westfalen). In Dortmund und Umgebung werden noch Schlafplätze für die Teilnehmer gebraucht. Wer welche anbieten kann, soll das Organisationsbüro benachrichtigen.

*Kontakt und Organisation: Verein Jugendhilfe/DPSG, Adlerstr. 95, 4600 Dortmund 1*

## PFINGSTZELTLAGER AUF DER RONNEBURG

Hanau 14. Mai

*Unerwarteterweise gibt es auch in diesem Jahr ein Pfingslager auf der Ronneburg. Einige „eifrige Hanauer Pfingstfreunde" schreiben unter dem Titel „Punkt for Pfingsten":*

Auch in diesem Jahr findet es wieder statt: das Pfingstzeltlager auf dem Jugendzentrum Ronneburg (JZR) bei Hanau und zwar vom 2. - 4. Juni.

Zunächst sah es aber ganz und gar nicht danach aus. Die CDU-Regierung im Main-Kinzig-Kreis unter Landrat Rüger gab schon vor Monaten zu verstehen, daß sie an einem Pfingsttreffen 1979 auf der Ronneburg nicht interessiert sei und dafür auch keinerlei finanzielle Mittel zur Verfügung stellen werde. Dies ist keineswegs eine launische Entscheidung der CDU, sondern paßt genau in die ganze Jugendpolitik (wenn man es noch so nennen kann) im Main-Kinzig-Kreis. Im JRZ tummeln sich, seit die CDU seit ein paar Jahren zu bestimmen hat, fast nur noch Sportvereine und die Hanauer Bereitschaftspolizei. Für die Jugendlichen ist kein Platz mehr. Warum dies so ist, ließ CDU-Landrat Rüger auch alle wissen: ihn stören „die vielen einseitig links orientierten Jugendlichen". Gegen diese Entwicklung gibt es im Main-Kinzig-Kreis von den Jugendlichen leider kaum Widerstand.

Anders ist es beim Pfingsttreffen, denn dies hat schon fast traditionellen Charakter. Je nach Wetterlage kamen in den letzten Jahren bis zu 10.000 Jugendliche an den Pfingsttagen auf den weißen Berg am JRZ. Bereits in den letzten beiden Jahren versuchte die CDU das Treffen zu verbieten. Der Arbeitskreis' demokratischer Jugnedverbände (ADJ), in dem sich Jusos, Judos, Jugendzentrumsinitiativen, SDAJ und kirchliche Jugend zusammengeschlossen hat, schaffte es jedoch, die Jugendlichen auf die Ronneburg zu mobilisieren und zog dort ein selbstorganisiertes Programm mit viel Musik und Suff durch. So wird es auch dieses Jahr laufen. Die CDU mußte sich in den letzten Wochen dem massiven Protest der Jugendlichen im Main-Kinzigkreis, der mit einer Demonstration am 5. Mai in Hanau seinen Höhepunkt hatte, beugen und sagte den Jugendlichen die Benutzung der Zeltwiese sowie der sanitären Anlagen zu. Sonst aber nichts. obwohl das Jungendzentrum noch aus einem Schwimmbad, einer Turnhalle, einem großen sowie mehreren kleinen Sälen und einer Kantine besteht. Dies bleibt dies Jahr (zunächst) alles zu.

Der ADJ gibt sich damit zufrieden, da er sowieso nur die Zeltwiese und die Toilettenbenutzung gefordert hatte. Er will, wie auch in den letzten beiden Jahren sein Programm durchziehen, was durch den Getränkeverkauf finanziert wird. Fast wie bei einem Freizeit unternehmen. Fast wäre der ADJ, in dem vor allem die Jusos federführend sind, sogar noch bereit gewesen, die schriftliche Verantwortung für. das Zeltlager zu übernehmen und zu versichern. So hatte es nämlich der CDU-Landrat gefordert. Damit wären im Falle von Sachschäden einzelne Jugendliche eventuell haftbar gewesen. Zum Glück hat sich keine Versicherung bereit erklärt, so eine Veranstaltung zu versichern.

Bei dem diesjährigen Pfingsttreffen geht es nicht nur darum, oben auf der Ronneburg zu sein und die gnädig zugestandene Wiese inclusive Scheißhäuser zu benutzen, es geht auch darum, zu zeigen, wem das Jugendzentrum gehört: den Jugendlichen! Und es geht am besten, wenn man auch benutzt, was einem gehört. Somit ist es wichtig, daß dieses Jahr massenhaft Jugendliche und auch Leute, die sich noch so fühlen, an den Pfingsttagen auf die Ronneburg kommen, auch wenn sie der Meinung sind, daß dies ihr Jugendzentrum ist. Denn wenn wir dieses Jahr nicht oben sind, findet das Pfingstlager nie mehr statt — und oben sein heißt nicht nur Zeltlager, Musik und Saufen!!

Das Pfingstzeltlager auf der Ronneburg findet statt, solange wir auf dem weißen Berg hocken. Deshalb kommt alle am Pfingstsamstag auf die Ronneburg, wer kann schon am Freitag. Bringt Kocher und was zu essen. sowie Zelte und schlafsäcke mit.

Das Jugendzentrum Ronneburg liegt direkt neben der historischen Ronneburg, ca. 30 Kilometer von Frankfurt entfernt zwischen Hanau und Gelnhausen.

Für Fez in jeder Hinsicht ist gesorgt!

P.S.: einige Histörchen der letzten Pfingstlager

— 1975: Ronnebruger Pfingsttreffen verboten, Polizei versteckte sich im Wald, Scheiben gingen zu Bruch. Nur ein Typ (der

größte Kommunist Hanaus, ca. 2 m lang) konnte das Haupthaus über die Oberfenster erstürmen, darauf enttarnten sich die Zivilen. Landrat Rüger fuhr besoffen zum Tatort.

- 1976 Hanauer Frauengruppe verprügelte die Junge Union. JU baute ihre Zelte ab und verschwand.
- 1977: Erstes alternatives Fußballturnier, Hanauer Chaoten stürmten den Platz. Erste Fußballplatzbesetzung in Hessen. Junge Union mußte abermals das Feld räumen.
- 1978 : Kreis verlangte Eintritt, Kassenboykott!
- 1979: Rambo Zambo! Auch d.eses Jahr sind wieder Zäune zum . . . na was wohl? da!

Viele Grüße, Jakob & Wilhelm Grimm Gesellschaft und KOZ Hanau

## TÜBINGEN – LANDKOMMUNEN-TREFFEN

Landkommunen sind für den 8. - 10. Juni zum Regionaltreffen von Baden-Württemberg eingeladen. Für 400 .- ist ein 100 Leute Zelt gemietet worden (wer kann das Zelt von Konstanz her- und zurücktransportieren, es ist 500 kg schwer und 2.50 m lang? ) Wer kann beim Aufbau helfen? Das Treffen soll zum Kennenlernen dienen. Themen sind: selbstorganisiertes Kommunedorf, Landwirtschaft, menschliche Technik, gesunde Ernährung, Erfahrungen aus Monte Verita, Kunst, Museen, Musik, Pädagogik, Medizin. Das Treffen findet auf dem Jugendzeltplatz Kirnbachtal statt. Autos und Motorräder sollen gefälligst auf dem Parkplatz und nicht im Wald abgestellt werden.
P.S.: In Tübingen ist noch ein Platz an eine Frau in einer Töpferwohngemeinschaft zu vergeben.
**Kontakt: Walter Hofmann, Schwärzlocher Str. 81, 7400 Tübingen, Tel.: 0 70 71 / 52 53**

**Uelzen Openluft-Festival Anfang Juni**

Am 2. Juni findet ein Openluftfestival statt, das ist ein Open air–konzert ohne Eintritt, Ordner und sonstigen Kram. Es spielen Hammerfest, Good Food, Airbreak, Subway Project und abends geht die Veranstaltung dann im Jugendzentrum weiter. Das Konzert fängt um 14 Uhr an und findet in den Ilmenau-Anlagen in Uelzen statt.
*Kontakt: Heinrich Pajonk, 3133 Schnega Starrel 1a, Tel. 05844/1343*

## UMSONST UND DRAUßEN FEST AM BODENSEE VOM 25. – 27. MAI

Nach dem Vorbild vom „Großen Bruder", den „Umsonst und Draußen – Festivals" in Vlotho bei Hannover hat sich letztes Jahr auch im Süden der BRD eine „U & D - Familie" gebildet.
Nach ca. 9 Monaten „Schwangerschaft" ist's Ende Mai so weit: Vom 25. - 27. Mai gibt's dieses Jahr erstmals ein „U & D - Fest" direkt am Bodensee, in Friedrichshafen - Fischbach.
Zu der eintrittsfreien 3-Tages-Orgie auf einem früheren Campingplatz hat sich fast alles, was Beine hat zu gehen, angesagt.
Mit von der Partie sind:

Messalina, Déja vue, Allgäu, Profil, Daktylus, Exara, Elastic - Rock - Band, Munju, Peek-a Boo, Brühwarm, Sparifankel, Here & Now, Ginistan, Viewpoint, Rotglut, Check Point Charlie, Ravensburger Theatergruppe, 3 Tornados, Karin Duwe, Rüdiger und Madi, Butterfaß-Schweinsfüße, TSE und Freunde, Rosa Träume Theater, Kölner Volkstheater, Urs Stieger, Jenno, Lumpenpack, Tommi und das Asphaltkommando, Kreater Brennsuppe, Harry und Wolfi, Grachmusikoff, Klaus der Geiger und die Kölner Straßenmusiker, M.E.K. Bochum, Dicke Lippe, 100 Fleck Leut, Anti AKW Gruppen, A98-Niemalsleut, Feuerschlucker, DFG/VK-Gruppen, Büchertischler und so weiter und so fort . . .

Finanziert wird das Fest durch den Verkauf von Essen und Trinken sowie euren Spenden, Veranstalter sind alle Beteiligten, alle bekannten und unbekannten Freunde UND DU! Das Feschtle findet bei jedem Wetter statt, bringt eure Pooftüten und Zelte mit.

Die „U & D - Familie" (JUZE Immenstadt Friedrichshafen, Kreßbronn, Wangen, Club Vaudeville Lindau, Räuberhöhle Ravensburg)

Good feelings and a big zick zack Schabernack!
**Kontakt: U. u. B. Mäckle, Bodenseestr. 37, 8990 Oberreitnau, Tel. 08382/7216, am besten zwischen 17.30 und 18.30)**
**Umsonst und Draußen – Spendenkonto: Kreissparkasse Kreßborn, Ktnr. 508 540**

## PLATZBESETZUNG GEGEN STRASSENBAU

KÖNIGSTEIN/KELKHEIM 9. Mai

Am 5. Mai haben wir, das sind 40-60 Leute (Mitglieder der Bürgerinitiativen aus Königstein und Kelkheim und noch Leute aus der Jugendzentrumsinitiative Königstein und noch viele mehr) ein Rundhaus gebaut, genau an der Stelle, wo die neue B8 von Kelkheim hoch zum Feldberg geplant ist. Eine Autobahn quer durch Feld Wiese und Wald, wiedermal soll ein ökologisch und freizeitmäßig wichtiges Naherholungsgebiet einfach kaputt gehauen werden. ( 70 Hektar Wald mit 30 000 Bäumen sollen umgehackt werden.) Wir halten diesen Platz besetzt, um uns gegen die diktatorische Straßenplanung zu wehren. Vorher hatten die BI's versucht, die „rechtlichen" Mittel einzusetzen und haben sich auf die bürokratischen Geschichten eingelassen. (Wir haben zum Beispiel Einsprüche getippt, Anfragen an verschiedene Ministerien gerichtet und waren beim Erörterungstermin anwesend.) Doch das hat uns nur den Frust gebracht. Denn auch bei diesem Erörterungstermin war wieder wie üblich die Entscheidung schon vorher gefallen. Im Liederbachtal wurden schon die ersten Bäume gefällt und ein gewaltiger Damm quer durchs Tal aufgeschüttet, über den diese Autobahn führen soll.
**Aber wir sind dem Asphalt zuvorgekommen!**
Für das Rundhaus mit seinen 12 Metern Durchmesser haben wir Stämme verwendet, die schon gefällt waren um den Damm da hinzubauen. (Wir brauchen aber noch Bretter fürs Dach
Auf die Idee eine Platzbesetzung zu machen, kamen wir auch, weil die meisten von uns vor 2 Jahren eine mehrmonatige JUZ-Besetzung gemacht hatten (1.Mai 77 – Mitte Oktober 77).

Obwohl wir damals unser Ziel (das neue Haus für unser JUZ in Selbstverwaltung) nicht erreicht haben, hat uns die Zeit der Besetzung und die dort erfahrene neue Art zusammen zu leben so viel gebracht, daß wir über die zwei Jahre hinweg noch gut Kontakt miteinander gehalten haben. So haben wir zu dem Rundhaus auf dem Damm auch einen Bezug wie zu einem Jugendzentrum. Dabei sehen wir in dieser Aktion nicht nur ein Mittel um den Bau der B 8 zu verhindern, sondern wollen dort auch weiter in solchen Formen zusammenleben, wie wir

sie in dem besetzten JUZ vor zwei Jahren entdeckt haben. Das klappt auch. Und seitdem wir mit dem Hausbau angefangen haben, scheint auch noch die Sonne.

Die Spaziergänger, die an unserem Haus vorbeikommen, sind erstmal erschreckt, daß durch dieses liebliche Tal eine Autobahn gehen soll und freuen sich dann, daß wir dagegen Widerstand leisten. Schwierig ist es für sie nur, ihre Kinder wieder mit nach Hause zu nehmen, weil die viel lieber bei uns bleiben, Bilder malen und an dem Haus weiter bauen wollen.
Seitdem wir den Platz besetz haben, haben auch die örtlichen Polizisten ein ungeheures Frischluftbedürfnis. Alle paar Stunden kommen sie zu uns rausgefahren, steigen aus ihrem Auto aus, fotografieren die Baufortschritte an der Hütte und versuchen möglichst viele Namen aufzuschreiben. Am Montag kam dann noch ein Herr Messer vom Landratsamt und brachte uns was für AKWs nicht zu erreichen ist: eine Baustoppverfügung. Die Hütte verstößt nämlich gegen das Landschaftsschutzgesetz. Der stellvertretende Ortsvorsitzende der SPD Kelkheim Wellershaus war am Dienstag auf dem Platz und hat erzählt, daß die Feuerwehr im Kelkheim sich weigern würde, daß die Fotos von den ausliegenden Unterschrifenlisten, die die Polizei gemacht hat vernichtet werden. Mal sehen.

– 2. TEIL – 17. Mai

Inzwischen haben die Behörden gemerkt, daß Polizeistreifen, Personalienfeststellungen und amtliche Foto-Orgien zur Einschüchterung nicht ausreichen. Außerdem mußten jene Ämter mitansehen, daß der Elan der Platzbesetzer nicht erlahmte, sondern im Gegenteil die Zahl der Aktiven sich ständig erhöht, ebenso wie die Zustimmung von Spaziergängern und anderen Bürgern. Unübersehbar ist auch, daß ständig weitergebaut wird. Auf dem Dach des Holzwigwams werden derzeit die Planen durch Holz ersetzt, ein bombastisches Klo im Wald - mit guter Aussicht - ist fertiggestellt. Und einige Leute sind gar an den Bau einer sonnengeheizten Dusche gegangen.

Als nächste Stufe des behördlichen Abschreckungskonzepts erhielten mehrere Leute von der Polizei die Mitteilung, daß gegen sie Ermittlungsverfahren eingeleitet worden seien. Die genaue Zahl ist nicht festzustellen, da die Polizisten in ihrer anfänglichen Personalienfeststellungs-Begeisterung auch viele Spaziergänger in ihrer Kartei registriert haben und wir nicht wissen, wieviele völlig Unbeteiligte auch so einen Wisch bekommen haben. Die Anklagepunkte sind das Errichten von Haus und Informationsstand ohne Genehmigung, Errichtung einer Feuerstelle in Waldnähe und Holzdiebstahl. Das Holz, das angeblich gestohlen wurde, hat den Wert von 300 Mark und ist noch vorhanden. Es wurde lediglich ein paar Meter weiter transportiert und einer sinnvolleren Verwendung als dem Vorsichhinmodern zugeführt.
Der Clou aber ist: an die Kontaktadresse der Königsteiner Bürgerinitiative Umweltschutz, die mit dem Bau des Holzhauses gar nichts zu tun hat, kamen binnen drei Tagen drei Schreiben des Landkreises: „Baueinstellungsanordnung", „Bauverbot" und zu guter Letzt eine „Zwangsgeldfestsetzung" über 2.000 Mark, da die Bürgerinitiative als Bauherr gegen das Naturschutzgesetz verstoße, da sie im Landschaftsschutzgebiet Taunus und im Regionalen Grünzug eine Hütte baue. Das ist natürlich echt ein Hammer, wenn man überlegt, daß in absehbarer Zeit dort eine vierspurige Straße langgelegt werden soll und das dann dem Landschaftsschutzgebiet anscheinend überhaupt nichts ausmachen wird. Die Amtsschimmel haben anscheinend noch nicht gemerkt, daß unsere Aktion Umweltzerstörung verhindern soll, eine Umweltzerstörung, die von diesen und anderen Behörden toleriert und vorangetrieben wird.

Ansonsten hoffen wir, noch recht lange in unserem „Naturdorf" „Am Damm 1" zu bleiben, notfalls bis zur Bekanntgabe der Entscheidung, daß die Bundesstraße 8 nicht ausgebaut wird. Bis dahin kommen bestimmt noch einige Hütten dazu. Wir freuen uns über jeden Besuch, ob zu Festen, die meistens Samstag (u.a. 19. Mai) laufen, oder unter der Woche.

Zu erreichen sind wir indem ihr die Schnellstraße von Kelkheim nach Königstein entlangfahrt, dann geht links ein kleiner Teerweg zur „roten Mühle" ab. Dort das Auto stehen lassen und zu Fuß den Feldweg, der da anfängt langlaufen. Nur die Bullen kommen immer mit dem Auto vorgefahren. Außerdem freuen wir uns über jede Fahrraddemo, die zu unserem Platz führt.

**Kontakt: Eva Groth, Wiesbadener Str. 32, 624 Königstein/Ts.**
**Tel.: 06174/7140**



# Völkerverständigung

## ESPERANTO ESTAS SIMPLA KAJ BELSONA

Mönchen-Gladbach, 8. Mai 1979

*Aus Mönchen-Gladbach erhielten wir die Klage darüber, daß Esperanto an der dortigen Volkshochschule nicht gelehrt wird. Der Konflikt zwischen der Volkshochschule und den Esperanto-Anhängern besteht seit längerem. Esperanto ist die von dem polnischen Augenarzt Dr. L. L. Zamenhof vor 90 Jahren geschaffene „Lingo Internacia". Der Bericht ist leicht gekürzt:*

Was esperanto ist, steht - wenn auch sehr verkürzt und verschludert - in jedem Lexikon. Diese verständigungssprache wurde 1954 auch von der UNESCO anerkannt, 1966 wurde eine petition mit nahezu einer million einzelunterschriften und den kollektivunterschriften von über 3.5oo organisationen mit zusammen mehr als 71 millionen Mitgliedern mit der forderung nach einführung des esperanto an allen schulen der erde als nebenfach und im internationalen bereich der UNO unterbreitet. Diese petition trägt - urkundlich nachzuschauen in den kopien beim UEA, NL-3005 BJ Rotterdam, Nieuwe Binnenweg 176 (universala esperanto - asocio) - die unterschrift u.a. der IG Metall und der SPD.

Bereits seit ca. 25 jahren wird esperanto-freunden in mönchen-gladbach - im gegensatz zu anderen städten - die einrichtung von esperanto-kursen an der volkshochschule verweigert, mit jedesmal seltsamer anmutenden begründungen.

Gleichzeitig wird verbreitet, daß andere sprachen den vorrang haben usw. Hier sei deswegen noch einmal festgehalten, daß esperanto nicht beabsichtigt, andere lehrsprachen zu verdrängen. Wir bieten hiermit also allen Sprachlehrern die Friedenspfeife an. Wir sind jedoch der Meinung, daß bei allem Respekt vor den oft über 5.000 Regeln mit oft über einer Million Ausnahmen in den natursprachen nicht viel übrigbleibt, wenn man die schule verlassen hat! Esperanto aber hat neben international verwurzeltem wortschatz in phonetischer Schrift von genialer einfachheit nur eine grammatik, die auf 16 grundregeln aufbaut, so daß erfahrungsgemäß sowohl sehr schnell korrespondenzsicherheit als auch freies sprechen erlernt wird und nie mehr verlernt werden kann, genauso wie man seine muttersprache nicht verlernt.

angesichts der notwendigkeit einer neutralen zweitsprache für alle bürger, d.h. für jeden arbeiter, bauern, angestellten und für jede hausfrau und berufstätige frau in europa und in der babylonisch verwirrten welt - gerade auch im hinblick auf eine freie ungesteuerte meinungsbildung über alle grenzen hinweg und der kontaktmöglichkeiten direkter art - ist die erlernung des esperanto in allen schulen unbedingt erforderlich, zumal diese sprache sich in den 90 jahren ihrer entwicklung enorm weiter vervollkommnet hat und über eine beachtliche übersetzungs- und originalliteratur verfügt.

Höhere schüler brauchen nur eine stunde in der woche, hauptschüler vielleicht drei stunden in der woche verteilt, ebenfalls jedoch nur als nebenfach. Deswegen stürzt die schule nicht ein, aber die völkerverständigung gewinnt ungemein dadurch!

**Kontakt: Hans Dito Goeres, Viersener Str. 123, 4050 Mönchengladbach, esperanto-centro e.V., Grunigerstr. 5, 4790 Paderborn, Mondopaca Esperantista Movada, sekcio F.R.G., Schloßgasse 30, 6731 Elmstein 2**

Und zum Schluß:

Esperanto estas simpla, klara, belsona kaj bone komprenebla.

Esperanto ist einfach, klar, wohlklingend und gut verständlich.

## ZUR HEIDE KEMPE-BÖTTCHER -AFFAIRE: Offener Brief Nr 2

*Hamburg 28. April 79*

*Hilke Böttcher, die Schwester von Heidy Kempe Böttcher beklagt sich, daß wir die Vorgeschichte zum Fall ihrer Schwester Heidy (im ID 277) "völlig falsch wiedergegeben haben". Zur Richtigstellung verweisen wir auf ID 226 und ID 230.*

*Der folgende Artikel über die Geschehnisse NACH dem März 1978 stammt von Hilke und enthält einen neuen offenen Brief von Simone de Beauvoir, J.P. Sartre und anderen, der über den Stand der "Affaire Heidy" über ein Jahr später informiert:*

1 Jahr nach den an Heidy verübten Folterungen laufen die verantwortlichen Verbrecher in Polizeiuniform noch immer frei herum, während die Justiz den Fall durch ihre "Ermittlung" immer mehr vernebelt. In diesem Zusammenhang haben Simone DE BEAUVOIR, Jean-Pierr FAYE, Daniel GUERIN, Arno MÜNSTER, Jean-Paul SARTRE, Jean-Pierre VIGIER erneut einen offenen Brief verfaßt (schon im Juni 78 war in Le Monde ein Offener Brief von ihnen erschienen):

OFFENER BRIEF

"Es ist die SCHWERE der Ereignisse, die am Abend des 21. März 1978 in einem Polizeikommissariat oder an einem anderen Ort eingetreten sind, es ist die Tatsache, daß ein Mensch ohne Schutz, eine AUSLÄNDERIN, in der Folge einer nicht zu rechtfertigenden Intervention der Ordnungskräfte in ihrer Wohnung auf eine solche Weise behandelt worden ist, die unseren Schritt zugunsten Heidy Kempe-Böttcher gegenüber der französischen Presse im Juni 1978 motiviert haben.

Beim Verfassen dieses Briefes, der zu einer Reihe von Fragen führt, die dahin tendieren, die Aktion gewisser Polizeiorgane in Frage zu stellen, die mit der Überwachung und Unterdrückung sogenannter "linksradikaler" wenn nicht "terroristischer" Aktivitäten betraut sind, dachten wir, die nationale und internationale öffentliche Meinung alarmieren zu können, um einen Prozeß in Gang setzen zu können, der es erlauben würde, eine gewisse Anzahl noch dunkel gebliebener Punkte in dieser Affäre auf zuklären, binnen kürzester Zeit genaue Auskünfte über die Urheber des Verbrechens zu erhalten, und die Verantwortlichen der Heidy beigebrachten FOLTERN zu verurteilen.

Leider sind diese Hoffnungen,dieses (vielleicht naive) Vertrauen in die Lebenskraft und in das gute Funktionieren der demokratischen Institutionen, in die "liberal" genannte Fähigkeit der französischen Gesellschaft und der Behörden, eine ernsthafte Untersuchung durchzuführen, die den Mißbrauch und die erdrückenden Verantwortlichkeiten gewisser Leute in dieser Affäre enthüllen würde, zutiefst enttäuscht worden. Anstatt diesen Schrei der Empörung in dasganze Land hinein zu verbreiten, hat sich die Presse damit begnügt, in einer ersten Serie von Artikeln die Tatsachen zu berichten, dann aber nach der Veröffentlichung unseres Aufrufs ein nahezu totales Schweigen bewahrt. Die großen internationalen Presseorgane (mit Ausnahme von LE MONDE), Radio und Fernsehen haben es verweigert, unseren Aufruf zu verbreiten und ihre Leser, Hörer und Fernsehzuschauer von unserem Schritt zu unterrichten. Die 10 Fragen, die wir in unserem Brief an LE MONDE gestellt haben, haben bis heute keinerlei Antworten erhalten, keine offizielle Reaktion seitens des Innenministers oder der Polizeipräfektur. Wir haben also berechtigte Gründe zu glauben, daß sich hinter diesem Stillschweigen ein tiefes Unwohlsein versteckt, eine Verlegenheit der mit der Affäre betrauten offiziellen Instanzen und daß hier ganz offensichtlich versucht wird, einen Skandal zu ersticken und die Spuren der wahren Verantwortlichen wegzuwischen.




So können wir uns nur darüber wundern, daß daß bis heute nur zwei der sechs Polizisten, die Heidy am 21. März 1978 mit "unbekanntem Ziel" mitgenommen haben, dem Opfer gegenübergestellt worden sind, und daß diese Gegenüberstellung, trotz wiederholter Anfragen der Anwälte (. . .) erst am 23. Oktober stattfindet, d.h. 7 Monate nachdem Heidy ihre schweren Verbrennungen erlitten hat. Andererseits hat der Richter, (der auch mit noch anderen politischen Affären beschäftigt ist, die den Staat ins Zwielicht rücken könnten), es nicht für nötig befunden, Heidys Kleidungsstücke analysieren zu lassen, insbesondere den mit Flecken übersäten Slip des Opfers, obwohl eine solche Expertise zur Kenntnis des Ursprungs der Verbrennungen hätte führen können und zur Kenntnis darüber, ob auch Vergewaltigung vorlag. Diese Weigerung des Ermittlungsrichters hat der Untersuchung einen sehr harten Schlag versetzt und stellt einen wichtigen Grund für das Ruhen der Affäre dar.

Weitere beunruhigende Aspekte sind im Laufe der Untersuchung aufgetaucht: Bestimmte Personen sind noch immer nicht verhört, oder noch nicht verhört, oder noch nicht einmal identifiziert worden. Zum Beispiel der Polizist, der mit Jacques Soncin (Heidys Feund), während dessen Festhaltung auf dem Kommissariat des 19. Arondissements gesprochen hatte, Heidys Monatskarte in der Hand wedelnd, und der gesagt hatte: "Deine Freundin ist eine aus Deutschland geflohene Linksradikale, sie hat es uns gesagt!"

Daß all dies sich im Frankreich von heute ereignen kann, ohne eine große Empörung hervorzurufen, und ohne Sanktionen in gewissen Polizeidiensten nach sich zu ziehen, die wenig kontrollierbar oder sogar unkontrollierbar sind, beunruhigt uns umso mehr. In der offiziellen Ideologie (die, es ist wahr, von einem großen Teil der öffentlichen Meinung, wenn nicht der Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird) stellt Frankreich das Land der "Freiheit" und der "Respektierung der Menschenrechte" dar. Die Affäre Heidy – wie auch die empörenden Tatsachen, die sich während des Algerien-Krieges ereignet haben – beweist, daß dieses Frankreich nicht gefeit ist gegen SCHWERE VERLETZUNGEN DER MENSCHENRECHTE UND INTEGRITÄT DES MENSCHLICHENS WESENS, auch wenn es falsch wäre, daraus zu schließen, daß das "SECHSECK" heute von einem diktatorischen Regime regiert würde, das der systematischen Verletzung der Menschenrechte schuldig wäre.

Aber daß es im Falle Heidy Kempe-Böttcher Mißhandlung von extremer Schwere, und sogar FOLTERUNG gegeben hat, ist eine Tatsache. Und daß dies in Frankreich geschehen ist, in Paris, im Lande Giscard d'Estaings, in einem Land, das offiziell vom "fortschrittlichen Liberalismus" regiert wird, auch das ist eine nicht abzustreitende Tatsache.

Deshalb halten wir die Antwort des Innenministers auf die schriftliche Anfrage, die der Rechtsanwalt und sozialistische Abgeordnete Forni bezüglich Heidys Falles an die Regierung gerichtet hat, und in der er präzise Auskünfte bezüglich der ersten Ergebnisse der Untersuchung forderte, für völlig unausreichend. Das Frappierende an dieser "Antwort" des Ministers ist die LEERE, die in seinem Bericht der Ereignisse ab dem Moment auftaucht, wo der Polizeiwagen Jacques Soncin auf dem "zuständigen" Kommissariat abgeliefert hat. Es ist merkwürdig zu sehen, wie der Minister völlig stillschweigend über die Folge der Ereignisse hinweggeht, wie er kein Wort über den physischen und psychischen Zustand, in dem Heidy sich 4 Stunden später im PSYCHIATRISCHEN Krankenhaus von St. Anne wiedergefunden hat, obwohl es doch dieser Zeitraum ist, auf den die Untersuchung von Anfang an hätte gerichtet werden müssen.

Angesichts der Tatsache, daß die Untersuchung nicht mit der notwendigen Härte geführt worden ist, daß sie ruht, daß es Druck auf die Massenmedien und vor allem auf die schriftliche Presse gegeben hat, um diese Affäre zu ersticken, daß bis heute kein Verantwortlicher der Ordnungskräfte der schweren Mißhandlung eines menschlichen Wesens beschuldigt ist, angesichts all dieser Tatsachen sehen wir keinen Grund, unsere Unterstützung für Heidy und all diejenigen zurückzuziehen, die sich trotz aller Hindernisse und Versuche, die weitere Durchführung zu sabotieren, bemühen, die wahren Verantwortlichen aufzuklären.

Die gegenwärtige Lage der Dinge kann unsere Entschlossenheit nur bestärken, darauf zu bestehen und unseren öffentlichen Appell vom Juni 1978 zu erneuern."

(Die Unterzeichner)

## 1. MAI IN LONGWY: ZUSAMMENSTÖßE ZWISCHEN STAHLARBEITERN UND CRS

Alles hat am Dienstag-Morgen angefangen zur Stunde der täglichen Wachablösung der C.R.S. Ungefähr hundert in der C.F.D.T. organisierte Stahlarbeiter wollten dieses verhindern, jedoch ohne Erfolg.

Die Leute der C.F.D.T. änderten daraufhin ihre Taktik. Mit Hilfe von alten Reifen, Benzin und Molis versuchten sie das Polizeirevier von Longwy zu belagern, wohin die Hundertschaft der C.R.S. geflüchtet war. Die Konfontation sollte länger als drei Stunden dauern.

Ein Vertreter der Polizei schien anfangs nicht besonders beunruhigt: „Wir hören laufend den Sender der C.G.T. coeur d'acier. Der Sprecher hat gerade die Stahlarbeiter und ins besondere die Mitglieder der C.G.T. aufgefordert, sich nicht an den Aktionen der C.F.D.T. zu beteiligen. Die Lage ist also nicht dramatisch."

In der Tat sollten die Arbeiter vormittags kaum Verstärkung bekommen. Gegen Mittag stürmten die C.R.S. raus und säumten die umliegenden Straßen. Es gelang ihnen schließlich einen schweren Tranporter einzunehmen, der führerlos auf das Kommissariat losgelassen worden war.

Aber es kam noch anders. Am Nachmittag gab es weitere Auseinandersetzungen. Zwei- bis dreihundert Demonstranten nutzten einen Abhang aus indem sie brennende Reifen und leere Bierfässer auf die Ordnungskräfte runterrollen ließen. Bolzen und Pflastersteine wurden geworfen. Die C.R.S. antwortete mit Kurzangriffen und Tränengas.

Nicht weit davon entfernt feierten im selben Augenblick einige tausend Mitglieder der C.G.T auf einer Versammlung den 1. Mai.

## LARZAC – GERICHTSVOLLZIEHER NACH HAUSE GESCHICKT

St. Zacharie
6. Mai

*Wir bekamen mal wieder einen Brief aus dem Larzac. Wie wir schon im ID 271 kurz gemeldet haben, leistet die dortige Bevölkerung g erheblichen Widerstand gegen die geplante Erweiterung eines Truppenübungsplatzes. Hier wieder ein Beispiel:*

Am 27. April sollte der erste Besuch des Gerichtsvollziehers bei einem der Larzac-Bauern stattfinden. Nachdem die Enteignungen für die geplante Erweiterung des Truppenübungsplatzes rechtskräftig geworden sind, muß nun eine Art Gerichtsvollzieher (Enteignungsrichter auf französisch) jeden der betroffenen Bauern besuchen und über die Höhe der Entschädigung verhandeln. Der erste Besuch war nun für den Morgen des 27. auf dem Hof von Costeraste angekündigt. Costeraste ist Land der GFA, also Land, das von einer Landkaufgenossenschaft aus Bauern und Unterstützern dem Zugriff der Armee entzogen wurde.
Der Richter, Grenet, kam aber zu spät. Das lag an den vielen Baumstämmen und sonstigenn Hindernissen, die auf der Nationalstarße lagen, als er von Millau aus, mit Polizeieskorte, auf das Larzac-Plateau fahren wollte. Gegen Mittag kam er in La Cavalerie an und zog sich zwecks Stärkung und Entspannung in die dortige Gendarmerie zurück. Dort kam er so schnell nicht wieder weg, denn allerhand Leute blockierten die Eingangstür und verstopften das Schlüsselloch mit Streichhölzern. Bis 200 Schläger der Garde Mobile (MEK) aufräumten. Damit war der Richter aus der Gendarmerie befreit, aber noch lange nicht auf Costeraste angekommen, denn dort saßen wieder 200 Leute auf der Straße, alles Gerede nützte nichts, schließlich entwich auch noch die Luft aus den Reifen des Polizeitransporters. Die Gendarmen prügelten einen Weg durch die passiv bleibende Menge, wobei es einige Verletzte gab. Da es jedoch schon spätnachmittag war, hatten die Anwälte der GFA gerade ihre Akten eingepackt und verabschiedeten sich mit dem Hinweis, sie müßten demnächst pünktlicher zu den Terminen kommen, nicht mit halbtägiger Verspätung. Nach den den Volksabstimmungen in den umliegenden Städten (82 - 98 % gegen den Übungsplatz) fühlen sich die Bauern erst recht stark und sie planen weitere selbstgemachte Verbesserungen der Infrastruktur auf dem Plateau (Telefon, ‚fliegende' Mechaniker und Tierärzte . . . ). Schließlich soll eine neue Käsemarke ‚Larzac' verbreitet werden, anstatt alle Milch an die Roquefort-Fabrik zu geben. Mit dem Duft des Widerstandes.

## COUNTER-INSURGENCY IN CHILE

SANTIAGO
April '79

Die „Nationale Sicherheit" ist in Gefahr: 26 Bombenanschläge in 5 Monaten. Das Gespenst des Terrorismus ist jetzt auch hier wieder aufgetaucht und die Diktatur Pinochets hat entsprechend reagiert:

— Verlängerung des Ausnahme-Status („estado de emergensia") um ein weiteres halbes Jahr
— Vorbereitung eines Anti-Terror-Gesetzes.

Betrachtet mensch die propagandistisch aufgeblasene Kampagne gegen die Bedrohung der Nation durch den „bewaffneten Kampf" und die „bewaffnete Propaganda" der Linken näher, so kommen schnell Zweifel an der linken Herkunft der Bombenanschläge auf; sowohl von ihren Objekten als auch von ihrer Durchführung und Herstellung. Seit November 1978 gab es 26 Bombenanschläge, von denen 22 explodierten und 4 rechtzeitig entschärft wurden. Von den detonierten Bomben war eine Hälfte in Privathäusern und die andere in öffentlichen Gebäuden und privaten Geschäftshäusern deponiert. Bisher wurden durch die Anschläge keine Personen verletzt, sondern lediglich geringer Sachschaden verursacht.

Die in Privathäusern explodierten Sprengkörper betrafen u. a.:

— Israel Borgez, Präsident des Obersten Gerichtshofes (Cortes Suprema), der über die Auslieferung des DINA-Chefs General Contreras und zwei weitere hohe Offiziere der früheren chilenischen Geheimpolizei zu entscheiden hat. Die Regierung der USA hat die Auslieferung der drei DINA-Agenten verlangt wegen der erwiesenen Anordnung der Ermordung des chilenischen Exil-Politikers Letelier in Washington durch den DINA-Agenten Michael Townley und drei Exil-Kubanern.
— Arturo Fontaine, Direktor der größten Tageszeitung Chiles „El Mercurio"
— Erich Spencer, Präsident des Studentenverbandes.

Alle Bomben haben einiges gemein: Sie sind von geringer Sprengkraft; sie sind so deponiert, daß sie keine Verletzungen verursachen können und sind durch einen Uhr-Mechanismus alle nachts zur Explosion gebracht. Sowohl Innenminister S. Fernandez, wie Generäle der Sicherheitspolizei haben die auf Pressekonferenzen immer wieder auftauchende Frage, ob es sich bei den Bombenlegern nicht um Agenten der CNJ (chilenische Geheimpolizei, ehemalige DINA) handelt, die damit den Ausnahme-Staat und die verschärften Sicherheitsmaßnahmen rechtfertigen sollten, kategorisch zurückgewiesen.

Die publizistisch aufgewerteten „Erfolge" bei der Terroristen-Fahndung in Kreisen der Linken erwiesen sich denn auch bisher als Seifenblasen. Von den 46 „geständigen Bombenlegern" wurden nur 15 wegen des Verstoßes gegen das Waffengesetz vor ein Militärgericht gestellt; 12 wegen der Verletzung des Gesetzes zur Sicherheit des Staates angeklagt (dazu reichen z.B. der Besitz von illegalen Flugblättern und Zeitschriften aus) und die restlichen 19 sind inzwischen wieder frei.

Schwerpunkt polizeilicher Repression und Verfolgung bleibt weiterhin die Partei des MIR (Bewegung der Revolutionären Linken). Jede Verhaftung einer Widerstands-Zelle wird öffentlich als Erfolg der Terrorismus-Bekämpfung gefeiert, wenn auch Beweise meist fehlen. So wurde bespielsweise im Januar dieses Jahres eine MIR-Zelle verhaftet und von den 7 Verhafteten, die nach Angaben der Geheimpolizei CNJ selbstverständlich alle „geständig" waren, eine Bombe gelegt zu haben, stehen nur 3 im Prozeß.

Ein weiterer wichtiger Sachverhalt stützt die Zweifel an der Herkunft der Anschläge von seiten des „Widerstandes": die Anfertigung der Bomben mit trotil, der nur den Militärs zur Verfügung steht. Nach Angaben von General German Campos, Chef der Polizei waren alle 1978 explodierten Sprengkörper mit dem Sprengstoff „trotil" angefertigt. Die Geheimpolizei CNJ hingegen behauptet nachdrücklich: „Sie (die Bomben) sind nicht mit trotil versehen, weil (!) dieses nur von den Streitkräften verwendet wird."

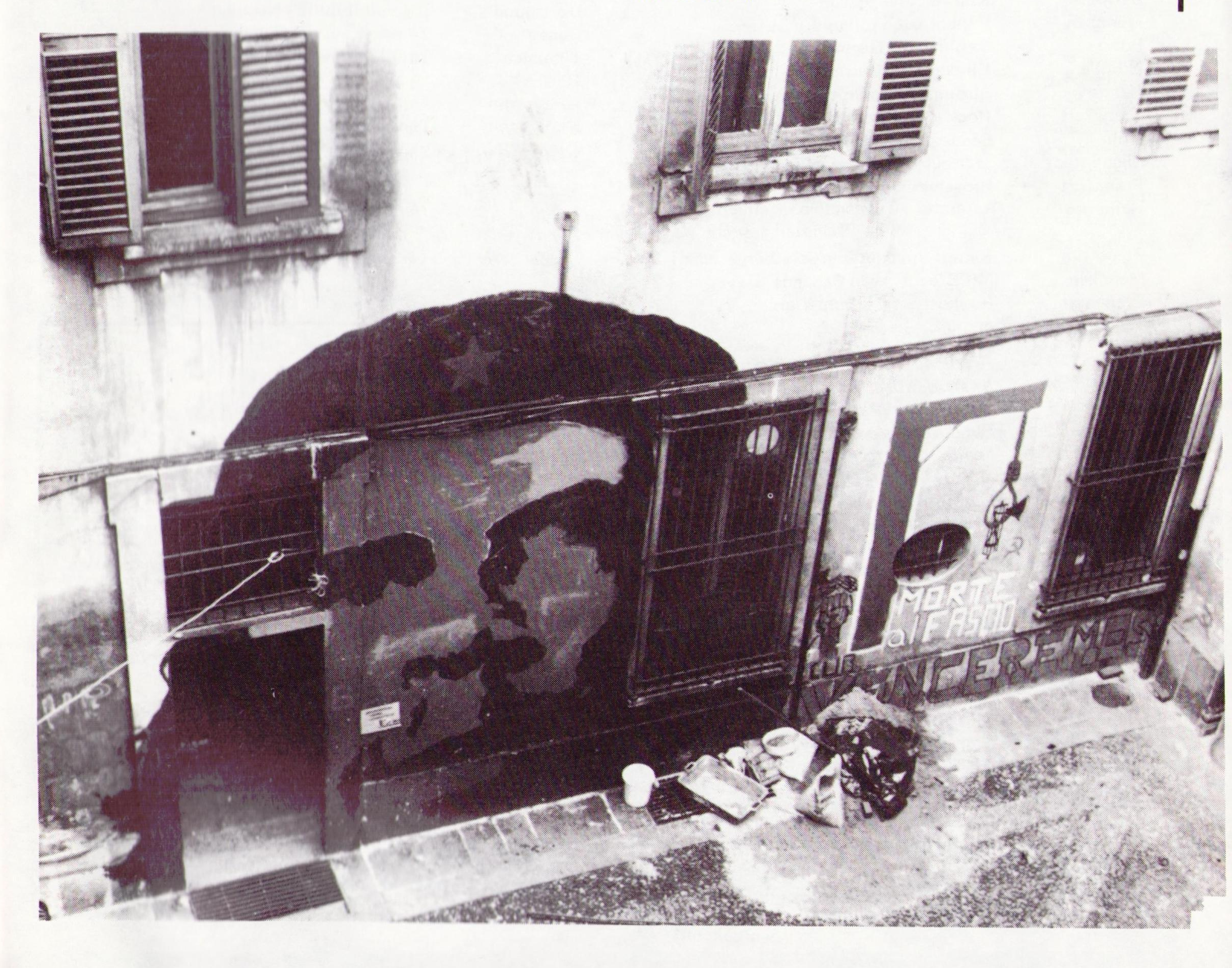
Obwohl die Presse seitdem bei Bombenanschlägen getreu die Angaben des Sicherheitsdienstes über die Beschaffenheit der Sprengmittel abdruckt, erschien in der Tageszeitung „El Mercurio" vom 14. Februar 1979 die Notiz, daß die im Stadtviertel „La Granja" von Santiago explodierte Bombe n ch nach Angaben der Polizei „mit 500 g trotil angefertigt war".

Die in Pressekreisen wiederholte Frage, ob die „Bomber" vielleicht aus den Reihen der extremen Rechten und der Geheimpolizei kommen„ hat durch eine Bemerkung eines Beamten der Untersuchungsorgane mehr Gewicht erhalten, nach der eine sogenanntes Kommando "Lauturo" im Untergrund operiert, das aus Jugendlichen der extremen Rechten und aus Ex-Dina-Agenten besteht. Auch gab es von Seiten des „Widerstands" Ende 1978 den Hinweis, daß eine faschistische Zelle , die sich die „Roten Brigaden Chiles" („Brigadas Rojas Chilenas") nennt, Bomben in Supermärkten und Häusern von Rechtsanwälten legt, von denen einer entlassene Gewerkschaftler der Kupfermine „El Teniente" verteidigte.

Die gewöhnlich nach Bombenanschlägen abgegebenen Erklärungen an die Presse über d e Verantwortlichkeit d eser oder jener Gruppe fehlen be. den bisherigen Detonationen fast immer. In den an Personen gerichteten Anschlägen gab es bisher keinen einzigen Hinweis für Motiv und Herkunft. Lediglich für die Bomben gegen die Verwaltungshäuser von Chilectra (Elektrizitätswerke), von Serviu (eine Art staatliche Hausverwaltung und Bausparkasse) und Emo (Wasserwerke) hat sich der „Widerstand" verantwortlich erklärt: „Die Diktatur hat mit der Kürzung von Licht Wasser und Häuserräumungen auf die Probleme der Pobladores (Leu e aus den Armenvierteln) geantwortet."
Wenn nach Anschlägen einmal Erklärungen einer Gruppe auftauchen, meist sog. Kommandos des MIR, so bleiben an der Echtheit der Papiere Zweifel angebracht., seit der MIR 1978 darauf hinwies, daß gefälschte Ausgaben seiner clandestinen Zeitschrift „El Rebelde" im Umlauf sind.

Der MIR ist im Moment die einzige Partei innerhalb der Linken im Untergrund, die die Wichtigkeit des bewaffneten Kampfes hervorhebt und auch bewaffnete Propaganda-Aktionen durchführt. So im Februar dieses Jahres, als eine Gruppe des MIR an zwei aufeinanderfolgenden Tagen zwei Busse „besetzte", um sich mit politischen Erklärungen und Flugblättern an die Öffentlichkeit zu wenden und an die Ar eiter, die in den Bussen gerade zur Arbeit fuhren. Gemäß den eigenen Publikationen des MIR sind diese Aktionen Beispiele für die Phase des Widerstandes, den sie „bewaffnete Propaganda" nennen.
Sowohl die verübten Bombenanschläge, die in der Mehrzahl der Fälle offensichtlich nicht linken Ursprungs sind, als auch das Erscheinen von gefälschten Untergrundzeitungen des Widerstandes legen den Verdacht nahe, daß in Chile mit dem Abklingen der offenen Repression eine Phase der „Counter Insurgency" begonnen hat, d e wie überall die Diffamierung jeglicher Opposition als Terrorismus begründen will und der Legitimierung des Ausnahmestaates und der verschärften Sicherheitsmaßnahmen dient.
Mit dem antizipierten Anti-Terrorgesetz stellt sich Chile in die Reihe der vom Terrorismus bedrohten Länder und rückt damit die innere Opposition in die Nähe des weltweit bekannten Phänomens eines „internationalen Terrorismus", womit seine nationale Ursache verloren geht. Terrorismus bleibt dann nur noch bodenlo e Willkürlichkeit ohne nationale Ursache, der dann dann so unvermittelt überraschend auftaucht wie die UFOs.

(Daten und Zitate aus der chilenischen Wochenzeitung „Hoy" vom 27. 3. 79)



Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
**D 1870 CX**

ID Nr. 282

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

4400 E 305 1

UTE LAMPING
HORNERSTR.17
D-2800 BREMEN 1

**Achtung liebe Abonnenten!**
**Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten . . .**
**KEIN GELD AUF'M KONTO — KEIN ID IM KASTEN!**

**Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

## KURZE



## KNAST/REPRESSION



## *HUNGERSTREIKS ZU HAFTBEDINGUNGEN* 5



## MEDIEN



## BETRIEB/ 1. MAI



## KRIEG/FASCHISMUS



## UMWELT



## *SCHULE/JUGEND/UNI*



## VÖLKERVERSTÄNDIGUNG




**HERAUSGEBER**
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343
Tel.: 0611/ 704 352
Redaktionsschluß: Mittwoch, 16 Uhr ← NEU!
**Druck:** Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45
Verantwortlicher Redakteur: Heide Platen




**Abonnement:**
Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18 - für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72.- für ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 - 602**